

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
16. Dezember 1927

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konfessionelle 20 Pfennig, Reichsmark 2.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wortes 20 Pfennig (täglich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Einzelexemplare des ersten Wortes 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Wörter über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags von 8 1/2 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Tönhoff 203-207 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Polstschickkonto: Berlin 57536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Der Schiedsspruch von Düsseldorf.

Unbefriedigendes Ergebnis für die Arbeiter. — Die Gewerkschaften lehnen ab. — Keine Kündigungen zum ersten Januar.

Düsseldorf, 15. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Schlichter im Eisenkonflikt hat am Donnerstag gegen die Stimmen beider Parteien einen Schiedsspruch gefällt, der von den Arbeitern als völlig unzureichend empfunden wird.

Sofort nach der Bekanntgabe des Schiedsspruches trat eine Konferenz in Düsseldorf zusammen, an der Vertreter des Vorstandes, Vertreter der Bezirksleitungen und die Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes von Rheinland-Westfalen teilnahmen. Sie haben zu den Schiedssprüchen Stellung genommen und haben beschlossen, daß am Sonntag in Essen eine Funktionärversammlung für die nordwestliche Gruppe stattfinden soll.

Sie haben weiter beschlossen, dieser Funktionärskonferenz zu empfehlen, die beiden Schiedssprüche abzulehnen, weil erstens der Schiedsspruch für die Arbeitszeit nicht die Verordnung des Arbeitsministers vom 16. Juli 1927 einhält, weil der Schiedsspruch über den Lohn keine ausreichende Lohnerhöhung gebracht hat und weil eine Bindung vorgesehen ist bis zum 1. November 1928 ohne jegliche Sicherheitsklausel.

Die Unternehmer kündigen nicht!

Bochum, 15. Dezember. (Eigenbericht.)

Der Arbeitgeberverband der Nordwestlichen Gruppe, die die Betriebe von Hamm bis Düsseldorf umfaßt, hat beschlossen, die mit der Annahme der Stilllegung verbundenen Kündigungen der Arbeiterschaft zum 1. Januar nicht vorzunehmen.

Der Schlichter hat gesprochen, nachdem in den Verhandlungen der Parteien keine Einigung zustande gekommen ist. Der Schiedsspruch liegt vor.

Die Gewerkschaften sind tief unzufrieden. Der Unterschied zwischen dem, was sie gefordert haben, und dem, was der Spruch den Arbeitern zugesteht, ist sehr groß.

Die Unternehmer erklären sofort: Schwerwiegende Belastung der Industrie — aber sie haben beschlossen, nicht zu kündigen. Der Revolver, mit dem sie gedroht haben, wird zunächst nicht gegen die deutsche Wirtschaft abgeschossen. Das zeigt die Sachlage.

Der Schiedsspruch über die Arbeitszeit hält sich eng an die Richtlinien, die der Beschuld des Arbeitsministers an die Unternehmer über die Dreischichtenverordnung gegeben hat. Die Verzögerung der Durchführung der Dreischichtenverordnung wirkt gegen die Forderungen der Arbeiterschaft in der übrigen Industrie. In einem Punkte ist eine sehr interessante Vereinbarung zustande gekommen: in den Hammer- und Preßwerken und fast einsehenden Walzenstraßen glauben die Unternehmer mit zwei achtschichtigen Schichten dieselbe Produktion zu erzielen wie bisher mit zwei Zwölfschichtschichten!

Im übrigen bleibt es bei der 52stündigen Arbeitswoche in der weiterverarbeitenden Industrie! Der Spruch soll bis zum 31. Dezember 1928 verbindlich und un kündbar sein. Die Sabotage der Unternehmer und die Stilllegungsdrohung haben erreicht, daß die Arbeiterschaft im Industriegebiet in ihrem Kampf für den Achtstundentag ein volles Jahr lang gehemmt wird.

Der politische Kampf um den Achtstundentag muß um so entschiedener weitergeführt werden!

Die Lohnforderungen der Arbeiterschaft sind nicht besser behandelt worden. Hier wird der Schiedsspruch plüschig beredt. Er hört auf, bloße Entscheidung und sachliche Festsetzung zu sein und wird zum Plädoyer des Schlichters für seine Entscheidung. Das hat seinen guten Grund!

Die Arbeiterschaft forderte Lohnerhöhung: zum Ausgleich der Teuerung im Laufe des vergangenen Jahres, zum Ausgleich für Lohnkürzung durch Arbeitszeitverkürzung im Verlauf der betrieblichen Rationalisierung. Der Schiedsspruch gesteht ihr zu: 2 Proz. Lohnerhöhung zur Abgeltung dieser Forderung, dazu die Erhöhung des Zuschlags für Mehrarbeit und Überarbeit von 12 1/2 auf 25 Proz.

Der Schlichter schätzt beides zusammen als Lohnerhöhung um 4 Proz. In derselben Zeit haben die Unternehmer bei glänzender Konjunktur glänzende Gewinne gemacht — siehe Krupp. Also: die Arbeiterschaft hat die Kosten der betrieblichen Rationalisierung getragen, sie soll sie zu einem erheblichen Teil in Zukunft weiter tragen!

Die Arbeiter forderten Lohnausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Schiedsspruch gesteht den Ausgleich nur zu 50 bzw. 60 Proz. zu. Er sagt offen heraus: die Arbeiter müssen zum Ausgleich für die Arbeitszeitverkürzung einen Teil der Kosten tragen. Mit anderen Worten: auch die Kosten der sozialen Rationalisierung werden auf die Schultern der Arbeiter gewälzt!

Für wieviel Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung in Betracht kommt, läßt sich nicht abschätzen.

Für diese Arbeiter steht die Lohnfrage so: wenn sie bisher 12 Stunden gearbeitet haben, arbeiten sie künftig 8 Stunden, aber erhalten nur einen Lohn, der 10 Stundenlöhnen nach der bisherigen Regelung entspricht. Ihr Einkommen wird also gesenkt.

Für die Arbeiter in der verarbeitenden Industrie gibt es 4 Proz. Lohnerhöhung bei gleichbleibender Arbeitszeit.

Da versteht man, warum der Schiedsspruch zum Plädoyer des Schlichters für sich selbst wird! Und diese Lohnregelung soll etwa bis zum 1. November 1928 gelten — ohne Rücksicht auf die Teuerung!

Die Gewerkschaften sagen: ein Schiedsspruch für die Unternehmer! Der Deutsche Metallarbeiterverband empfiehlt seine Ablehnung.

(Wir veröffentlichen den Inhalt des Schiedsspruches im Gewerkschaftsteil, 4. Seite, Hauptblatt.)

Der Gewerbeverein gegen Schiedsspruch.

Der Hauptvorstand des Gewerbevereins Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Düncker) erklärt zu der Entscheidung über die Dreischichtenverordnung und den Schiedsspruch:

„Durch die Entscheidung des Herrn Reichsarbeitsministers sind in überaus reichem Maße die Belange der Wirt-

schaft und weniger die in ihrer Gesundheit gefährdete Arbeiterschaft berücksichtigt worden. Zu dem inzwischen gefällten Schiedsspruch, der bezüglich der Lohnfrage und der Arbeitszeit nicht befriedigen kann, wird der Gewerbeverein Deutscher Metallarbeiter in einer Konferenz am Sonntag im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Stellung nehmen.“

Die Unternehmer klagen über Belastung.

Düsseldorf, 15. Dezember. (Eigenbericht.)

Die Unternehmer weisen darauf hin, daß die Gesamtauswirkung der beiden soeben veröffentlichten Schiedssprüche im Zusammenhang mit der Durchführung der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 sich noch nicht voranschauen läßt. Es steht aber fest, wenn im weiteren Verlaufe des Verfahrens nicht noch eine wesentliche Milderung des Schiedsspruches zugunsten der Industrie einträte, insofern eine sehr große Mehrbelastung sowohl der eisenschaffenden, wie auch der eisenerarbeitenden Industrie erforderlich werde. Man verweist insbesondere auf die Regelung des Lohnausgleichs, durch welche die Werte sehr stark belastet werden, sowie weiter auf die Verdoppelung der bisherigen Mehrstundenzuschläge. Besonders aber betrachtet man die erfolgte allgemeine Lohnerhöhung in ihrer weiteren Auswirkung sowohl für die eisenschaffende, als auch für die eisenerarbeitende Industrie und auch für die gesamte übrige Industrie als sehr schwerwiegend.

Der bayerische Landtag zur Arbeitszeitverordnung.

München, den 15. Dezember. (U.)

Im bayerischen Landtag wurde heute ein Antrag angenommen, der die bayerische Regierung ersucht, bei der Durchführung der Arbeitszeitverordnung für die Großhessenerindustrie in Bayern keine Ausnahme nach dem Artikel 3 dieser Verordnung zuzulassen.

In der Aussprache erklärten Abgeordnete der bayerischen Volkspartei, die Arbeit in den Betrieben der Großhessenerindustrie sei so ungesund und so lebensgefährlich, daß man sogar für den Sechsstundentag eintreten müßte. Die Arbeiter der Großhessenerindustrie hätten neben den Bergleuten den meisten Anspruch auf den Achtstundentag.

Von sozialdemokratischer Seite wurden die Einwände der Arbeitgeber gegen die Durchführung des Achtstundentages als lebensgefährlich bezeichnet.

Erschießen und Erhängen!

Ludendorffs Traum von 1923.

München, 15. Dezember. (Eigenbericht.)

Im Untersuchungsausschuß berichtete heute Abg. Hoegner (Soz.) über den Diktaturplan Hüller-Ludendorff. Der militärische Ausbau des Kampfbundes unterstand einem Oberkommando, dessen Befehle monatlich 1150 Schweizer Franken verschlang. Die Auslandsgegner wurden von der Hanfabank in München verworfen. Ziel des Kampfbundes, dessen Mitglieder in Reichswehrkasernen ausgebildet wurden, war die Ausrufung einer östlichen Reichsdiktatur in München mit dem Reichsdiktator Ludendorff, dem Reichswehrminister Lohmeyer und mit Hüller in führender Regierungstellung.

Brutalster Terror war gegen alle vorgeesehen, die sich diesen Plänen widersetzen konnten oder als unzuverlässig galten. Alle öffentlichen Gebäude, Bahn, Post- und Telegraphenämter, sollten besetzt werden, ebenso die Zeitungsgebäude und Druckereien. Die leitenden Beamten sollten in Schutzhaft wandern. Festgenommen werden sollten alle sozialdemokratischen und kommunistischen Führer und Journalisten, sowie die Gewerkschaftsführer und die Betriebsräte. Zeitungspersonal, das den Versuch machen würde, die Gebäude zu verlassen, sollte an die Wand gestellt werden.

Im Besitze des am 9. November an der Feldherrnhalle gefallenen Oberlandesgerichtsrats Freiherrn von der Pfordten fand sich

die neue Reichsverfassung der Diktatur Hüller-Ludendorff!

Sie umfaßte über 30 Paragraphen und stellt das blutige Dokument dar, das die politische Geschichte überhaupt kennt. Für nicht weniger als 40 verhältnismäßig harmlose Vergehen politischer Natur war die Todesstrafe durch Erschießen oder Erhängen angedroht. Im einzelnen bestimmte diese Verfassung: Die gesamte Reichsgewalt geht auf Verweiser über. Alle Körperschaften

des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind aufgelöst, wer an solcher Körperschaft noch teilnimmt oder zur Teilnahme aufzordert, wird mit dem Tode bestraft. Der Rechtsanspruch der Beamten ist aufgehoben. An Stelle der aufgelösten Körperschaften treten Räte, gebildet aus den „befähigten“ Angehörigen der wichtigsten Berufe in Stärke von 3 bis 50 Mann. Alle Männer und Frauen von 16 bis 50 Jahren sind zum öffentlichen Volksdienst verpflichtet, alle Männer zwischen 20 und 45 Jahren zum Polizeidienst. Ueber das gesamte Reichsgebiet ist der Belagerungszustand verhängt. Alle Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind aufgelöst, jede Koalitions- und Versammlungsfreiheit aufgehoben; dergleichen die persönliche Freiheit, Brief- und Postgeheimnis und alle politischen Parteien und Vereine. Alle Druckereien können beschlagnahmt und enteignet werden. Ausperrungen und Streiks werden mit dem Tode bestraft.

Das gesamte Vermögen der Juden wird beschlagnahmt,

die Banken werden gesperrt und die Börsen geschlossen. Diese Verfassung sollte am Tage der nationalen Revolution in Kraft treten und sich auf eine ihr beigegebene Standgerichtsverordnung stützen, die ebenfalls bei dem Tode von der Pfordten gefunden wurde.

Der Berichterstatter schilderte dann die bekannten Vorgänge beim Festhalten des Putzschusses. An der Waffenausgabe für die Kampftruppen hatten aktive Reichswehrsoldaten mitgewirkt. 54 jüdische Geiseln wurden in der Putzschacht verhaftet, ohne daß es dem Landtag bisher gelungen ist, die Akten über diese Vorgänge zu erhalten, bei denen ungeheureliche Kohorten sorglos kommen sind. Die Ausschuhmehrheit verheißerte auch die Behandlung der gegen Offiziere der internationalen Kommission verübten Gewalttaten.

Niederlage Brauns' im Reichstag.

Die Regierungsmehrheit schmilzt auf neunzehn Stimmen zusammen!

Im Reichstag gab es gestern eine Katastrophe im Kleinen. Die Regierung, vertreten durch den Arbeitsminister Brauns, erlitt eine Niederlage, und zwar mit einem Stimmenverhältnis, wie es in der parlamentarischen Geschichte noch nicht dagewesen ist. Mit 385 gegen 19 Stimmen wurde das Sterbegeld für Kriegerhinterbliebene beschlossen, nachdem Herr Brauns ausdrücklich die Ablehnung gefordert hatte.

Doch sich der taktisch sonst so gewandte Herr Brauns in eine solche Situation begeben hat, nimmt wunder. Hätte er das Ergebnis vorausgesehen, so hätte er gewiß die Sache laufen lassen, zumal der Beschluß des Reichstags nur eine geringfügige Belastung des Reichsetats — mit etwa 900 000 Mark im Jahre — mit sich bringt.

Die deutschnationale Fraktion wollte aber offenbar ihre Rechte haben für die Abstrafung, die sie am Tage zuvor durch Frau Leusch erfahren hatte. Sie verschloß sich den Bitten des Ministers. Und als das Zentrum auf der Rechten überall weiße Karten ausblitzen sah, geriet es in Schrecken. Sollte es am Ende die einzige Partei sein, die das Sterbegeld für die Kriegerhinterbliebenen ablehnt? Im Nu wurden auch bei ihm die roten Karten durch weiße ersetzt. Nur die lächelnd herbeigeholten Minister und einige der ganz Getreuen blieben beim Nein. Und als man auszählte, waren es neunzehn!

Eine Deroute der Disziplin im Bürgerblut! Sie wird überall, besonders im Regierungslager selbst, die Ueberzeugung stärken, daß es mit diesem Reichstag nicht mehr lange geht!

„Hören Sie, Herr Reichskanzler!“

Wirth gegen Marx.

Gegen die katastrophalen Erklärungen des Reichskanzlers auf der Pressekonferenz des Zentrums — „die Zentrumspartei war weder eine monarchistische, noch will sie eine republikanische Partei sein“ — wendet sich Joseph Wirth in der neuesten Nummer der „Deutschen Republik“ mit folgender Anklage:

Hören Sie, Herr Reichskanzler! Wir heißen die Verfassung von Weimar nicht nur gut, weil sie „ordnungsgemäß zustande gekommen und moralisch und staatsrechtlich absolut verbindlich ist“. Wir haben diese Verfassung mit geschaffen, sie ist auch unser Werk, auch unsere Zentrumsseite lebt darin. Und wenn es in dem Manifest (des Zentrums) vom 21. Januar heißt: Es gibt für uns keine andere staatliche Wirklichkeit als die der deutschen Republik, so befragt das für eine politische Partei nichts anderes, da sie doch eben von der Wirklichkeit und für die Wirklichkeit lebt, daß sie in ihrer politischen Art republikanisch ist. Die ideologische Bestimmung des Parteiparagraphen auf „Verfassungspartei“ unter Abschöpfung der Begriffe republikanische oder monarchistische Partei ist nicht aus der politischen Sphäre geboren und hat vor allem mit politischer Zielstrebigkeit nichts zu tun, ist vielmehr ein schlechter Versuch, so etwas wie weltanschauliche Ideologie mit politischer Aktualität zu verknüpfen. Aber daraus resultiert keine politische Willensbildung.

Bei solcher inneren Haltung sind wir für keinerlei Puffkissen ein Hindernis, sondern höchstens ein Kasporn.

Wird uns der politische Wert der republikanischen Verfassung für unsere Zeit über ihren Realitätscharakter nicht hinausgegangen ist. Was in allem vorweg ich schwere Sorgen nicht zu verhehlen. Solange nicht die Gewißheit besteht, daß auch ein starkes Bürgertum mit ausgesprochenem politischen Willen schüßend vor der Demokratie steht, solange man im Zentrum glaubt, die Wählerschaft darüber täuschen zu können, daß die Koalition mit den Deutschnationalen ein politisches Fiasko war, daß sie höchstens deren Leiche hütete, den Kampf gegen die bestehende Staatsform mit neuem Willen aufzunehmen, solange gehen die politischen Verhältnisse in unserem Lande nicht vorwärts, sondern rückwärts, und mich dünkt, daß auch die Zentrumspartei schließlich die Kosten wieder tragen müßte.

Für uns ergibt sich daraus die zwingende Folgerung: Die Sozialdemokratie muß einen ganz gewaltigen Aufschwung nehmen, wenn die politischen Verhältnisse nicht rückwärts, sondern trotz alledem vorwärts gehen sollen.

Berschlechterung der Lex Brüning.

Völlig ungenügende Senkung der Lohnsteuer.

Im Steuerauschuß des Reichstags begründete am Donnerstag Abg. Brüning (Z.) einen gemeinsamen Antrag des Zentrums, der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei, der das Einkommensteuergesetz folgendermaßen ändern will:

1. Der Steuerabzug vom Arbeitslohn soll um 15 Proz., jedoch höchstens um 2 M. monatlich (50 Pf. wöchentlich) ermäßigt werden.
2. Die veranlagte Einkommensteuer wird ebenfalls um 15 Proz. ermäßigt, jedoch höchstens um 24 M. jährlich, wenn das Einkommen den Betrag von 8000 M. nicht übersteigt.
3. Die abzuglichen Sonderleistungen sollen für Ledige von 480 auf 600 M. und für Familienangehörige von 100 M. auf 250 M. erhöht werden.
4. Steuerbeiträge, die monatlich eine Reichsmark (wöchentlich 0,25 M.) nicht übersteigen, werden nicht erhoben. Die entsprechenden Sätze waren bisher 0,80 und 0,20 M.
5. Das Gesetz über die Beschränkung der Einnahme aus der Lohnsteuer vom 8. September 1925 (Lex Brüning) soll folgende Fassung erhalten:

„Ueberschreitet das Einkommen aus der Lohnsteuer im Kalenderjahr 1928 oder in einem späteren Kalenderjahr den Betrag von 1800 Millionen Reichsmark, so hat die Reichsregierung einen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine Senkung der Lohnsteuer herbeiführt.“

Zu diesem Antrage erklärte die Reichsregierung durch den Staatssekretär Popitz ihre Zustimmung, da angenommen werden könnte, daß die Länder und Gemeinden sich mit ihm einverstanden erklären und daß der Ertrag von 1300 Millionen mit Sicherheit aufgenommen werde. Auch die Methode der Lohnsteuerentlastung sei der Regierung angenehm, da niemand aus der Steuerpflicht völlig herausfalle, wie das bei einer Erhöhung des Existenzminimums der Fall gewesen wäre.

Reichsfinanzminister Dr. Höpfer beteuerte, die Reichsregierung habe in keiner Phase den Gedanken erwogen, von der Lex Brüning abzuweichen. Der Betrag von 1300 Millionen werde mit Rücksicht auf die Erhöhung der Beamtenbezüge erforderlich sein.

Preußen und der Einheitsstaat.

Sozialdemokratische Abrechnung mit Reudell im Landtag.

Auf der Tagesordnung der Donnerstagssitzung steht die erste Lesung des Haushaltsvoranschlags für 1928. Als erster Redner ergreift das Wort:

Abg. Heilmann (Soz.):

Beit über die Reihen der Regierungsparteien hinaus wird man dem preußischen Finanzminister Dr. Höpfer-Utschhoff für die kluge und fleißige Betreuung der Staatsfinanzen Dank wissen. Aber einige der interessantesten Finanzkapitel hat er in seiner Einführungsrede nur gestreift. Wie steht es mit der Zentralgenossenschaftsfrage? Wir glauben selbstverständlich nicht, daß sie irgendwie gefährdet ist. Aber wir wünschen Aufschluß darüber, wie die Preußenkassette unter Leitung des Präsidenten Semper ihre Kredite aus Großgrundbesitz und Kleingrundbesitz verteilt. Welche Sicherheit bietet die Staatsregierung, daß sich unter dem gegenwärtigen Präsidenten der Preußenkassette semper idem (weiter) die Beleihungspolitik dieses staatlichen Instituts mit dem Willen der Staatsregierung deckt, die bäuerliche Wirtschaft zu fördern. (Sehr gut! links.) Die zweite Finanzfrage ist die

Abfindung der Standesherrn.

Das Sperrgesetz ist ja ab 1. Juli d. J. abgelaufen. Wird Preußen von den Fürsten und Standesherrn mit Klagen bedroht? Ich mache in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß, wenn Preußen nicht den Hohenzollernvertrag abgeschlossen hätte, jetzt ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des Herrn v. Reudell die Höhe der Abfindung festsetzen würde. Wir sind nachträglich doch sehr froh, daß wir Preußen dieses peinliche und wahrscheinlich teure Experiment erspart haben. (Sehr gut! bei den Sozialisten bei den Komm.) Jetzt fordern die Standesherrn volle Aufwertung ihrer Prämien, Zinsen usw. Hat sich der Reichsfinanzminister Dr. Hergt endlich dem preußischen Verlangen gefügt, eine vernünftige Begrenzung der Aufwertung dieser mittelalterlichen Ansprüche eintreten zu lassen? Nicht mit Unrecht hat die „Germania“ unlängst geschrieben, daß die Steuerzahler ein heiliger Zorn über die unverhältnismäßigen Ansprüche der Standesherrn erfassen müßte. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Schacht's Anleihefabrikation.

Die dritte Finanzfrage betrifft die Schwierigkeiten, die Reichsbankpräsident Schacht den preußischen Amerika-Anleihen, wie den Anleihen der Gemeinden in den Weg legt. Das Vorgehen des Dr. Schacht beruht auf einer Vereinbarung zwischen ihm und der Schwerindustrie. (Hört, hört! links.) Der Reichsbankpräsident hat dementieren lassen, daß seiner Vordemer Rede eine Konferenz mit den Industrieführern vorangegangen sei. Aber zufällig am gleichen Tage, an dem der Reichsbankpräsident die Leuna-Werte beschlagnahmt hat, haben das gleiche unwiderstehliche Wissensbedürfnis empfunden Herr Dr. Siemens von der Elektroindustrie, Herr Bach vom Farbentrust und Herr Dr. Reichard von der Schwerindustrie. Der Zufall ist mindestens so merkwürdig wie der, der Ludendorff am 13. März 6 Uhr morgens am Brandenburger Tor spazieren gehen ließ. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Soz.)

Wir stehen einer Verschwörung der großen Trusts und des Reichsbankpräsidenten gegenüber, die öffentlichen Untersuchungen zu drohen und dem Privatkapital la die Hand zu spielen. (Uebhafte Zustimmung links.)

Herr Dr. Schacht ist aus der Demokratischen Partei ausgestiegen, er ist anscheinend übergetreten in die Partei habenstein, der die Reichsbank und die deutsche Finanzpolitik in den Dienst der Stinnes und Hugenberg gestellt hat. Wir können uns im Kampf gegen die kapitalistische Finanzpolitik der Reichsbank nicht auf eine verzeuende Aussprache im Haushaltsausschuß beschränken, sondern rufen zum Kampf gegen den Reichsbankpräsidenten die ganze Öffentlichkeit auf. (Bravol! links.)

Preußen und das Reich.

Andere Konflikte zwischen dem Reich und Preußen entstammen aus dem Fall Luther und dem Fall Reudell. Preußen hat vor dem Staatsgerichtshof ein Urteil gegen das Reich erstritten, daß es einen Vertreter seiner Wahl in den Verwaltungsbeirat der Reichsbahn senden könne. Aber das Reich weigert sich, dem Urteil nachzukommen, und der Reichskanzler hat jetzt an den preußischen Ministerpräsidenten geschrieben, es stehe nicht fest, ob das Urteil des Staatsgerichtshofes ein Feststellungs- oder ein Vollstreckungsurteil sei. (Große Heiterkeit.) Preußen soll sich also den Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn mit Hilfe des Gerichtsvollziehers holen. Tatsächlich ist es der Reichsregierung nicht gelungen, einen der hoch bezahlten Plätze im Verwaltungsrat der Reichsbahn freizubekommen, und auch Herr Dr. Hans Luther, früher Oberbürgermeister und Reichskanzler, jetzt Mitglied und Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei, weigert sich, den Platz Preußens zu räumen, den er zu Unrecht inne hat. Herr v. Reudell hat als Landrat und Beauftragter des Reichskanzlers' Rapp die Oberbrücke bei Zickeritz mit 6 Genarmen heldenhaft gegen die rote Armee verteidigt, die glücklicherweise nur in seiner Phantasie bestand. Er hat den Jungdo-Führer v. Trescow bayonetiert und dann als Reichsminister des Innern im Fall Bahl und in Sachen der Deutschen Studentenschaft die preußische Staatsregierung angerempelt. Reichskanzler Marx sucht Herrn v. Reudell zu decken so gut es geht. Aber selbst die „Kölnische Volkszeitung“ qualifiziert den Brief von Marx als schlechte Ausreden und entschuldigt ihn nur damit, daß man eine schlechte Sache nicht besser verteidigen könne. (Sehr gut! links.) Die preußische Staatsregierung tut recht daran, Herrn Marx

Auf Verlangen der Oppositionsparteien, denen der neue Antrag erst bei Beginn der Sitzung vorgelegt worden war, vertagte sich der Ausschuß auf Freitag. Schon jetzt aber kann gesagt werden, daß der Antrag der drei Regierungsparteien — die Deutsche Volkspartei selbst bezeichnet — in jeder Hinsicht ungenügend ist.

Er bringt den einzelnen Lohnsteuerpflichtigen nur eine unerhebliche Senkung ihrer Steuerleistung und wird ein wesentlich höheres Einkommen als 1200 Millionen liefern. Außerdem wird die Lex Brüning, dieses Schutzgesetz der Lohnsteuerzahler, ganz erheblich verschlechtert.

Sozialistische Nordostkonferenz.

Sonntag in Berlin.

Zur Besprechung der politischen Verhältnisse in Nordosteuropa und zwischen den sozialdemokratischen Parteien dieser Länder hat das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale nach Berlin eine Konferenz der angehörenden Parteien folgender Länder einberufen: Dänzig, Deutschland, Litauen, Polen, Estland, Finnland, Lettland, Rußland und Schweden. Die Konferenz wird im Sitzungslokal des Parteivorstandes am Sonntag, dem 18. Dezember, 10 Uhr vormittags, beginnen.

nicht mehr zu antworten. Ihre Autorität steht so fest, ihre Stellung ist so gesichert, die Regierungs- und Gesetzgebungsarbeit in Preußen läuft so glatt, daß wir die wütende Opposition der früheren Jahre schon beinahe vergessen haben. Ernstliche Versuche zum Sturz der Regierung werden hier im Landtag kaum noch unternommen. Die Disturpläne des Herrn Dr. Glatz, die jüngst der Volksparteier Selbe vom Stahlhelm wieder aufgenommen hat, sind ebenso dumme wie aussichtslose Phantastien. Ich würde es begrüßen, daß das Reichsgericht in solchen Hirngespinnsten keine Vorbereitung zum Hochverrat erblicken kann, wenn nicht gegenüber den Kommunisten das Reichsgericht die gerade entgegengesetzte Theorie aufgestellt hätte. (Sehr wahr! links.)

Die Rechtsprechung bietet auch sonst fortwährend Anlaß zu lebhafter Besprechung.

In diesen Tagen ist eine Strafe wegen Beleidigung des Ministers Erzgrinsti von 1000 M. auf 50 M. herabgesetzt worden mit der originellen Begründung, die Persönlichkeit des Ministers stehe viel zu hoch, als daß sie durch derartige Angriffe eines öffentlichen Blattes wesentlich beeinträchtigt werden könnte. (Große Heiterkeit.) Der Untersuchungsrichter Pietsch in Hirschberg und der Untersuchungsrichter Hofius in Eberfeld — Frau Erbschen und Frau Dr. Goldmann — haben aus ihrer politischen Boreingenommenheit keinerlei Hehl gemacht, und trotz der Kränklichkeit der Fülle kommt es höchstens zu einer Rahmung des Landgerichtspräsidenten.

In der verfassunggebenden Landesversammlung haben die drei Regierungsparteien Preußens sich unannounced zum deutschen Einheitsstaat bekennt.

Wir haben diesem Bekenntnis heute inmitten einer großen Agitation für den Einheitsstaat nichts hinzuzufügen. Aber wir können den Einheitsstaat nur annehmen, wenn er überall ehrlich durchgeführt wird. Nicht etwa so wie bei der Post mit der besonderen Abteilung 6 in München, bei der alle Funkendogelgeschichten ihre Ueberflüsse an die Reichsruhrfunkgesellschaft abliefern müssen, nur die bayerischen Gesellschaften keinen Pfennig. (Hört, hört! links.) Wir dürfen künftig kein preußisches Recht aufgeben, wenn es nicht gleichzeitig von allen anderen deutschen Ländern ehrlich aufgegeben wird. (Sehr wahr!) Wir können auch dem Einheitsstaat nicht näher dadurch, daß man die Länder finanziell trocken legt und ihnen die Erfüllung ihrer Kulturaufgaben unmöglich macht. Ebenjamenig können wir den Vorschlag des Finanzministers annehmen, Norddeutschland zum Reichsland zu machen und die süddeutschen Staaten bestehen zu lassen. Das politische Uebergewicht Süddeutschlands würde dann die Mainlinie verewigen. (Sehr wahr! links.) Trotz aller Schwierigkeiten und Bedenken wird weder der nächste Reichstag, noch der nächste preußische und bayerische Landtag um die Fragen des Einheitsstaates und der Verwaltungsreform herumkommen. Der nächste Reichstag!

Warum ist es bloß vor den Wahlen so schrilllich still geworden? (Zurufe bei den Deutschnationalen.)

Wollen Sie wirklich Ihre Tage bis zum letzten abhaken? (Heiterkeit.) Wie Friedrich der Große bei Hochkirch seinen Grenadiern zurief, möchte ich Sie ermuntern: „Ihr Kerls, wollt Ihr denn ewig leben?“ (Große Heiterkeit.) Ich halte den Anstachel des deutschnationalen Kollegen Könnack „Die deutschnationale Volkspartei für die Aus!“ für sehr abzutreiben. Ihnen bleibt doch die Gefolgshaft bevor, die nicht alle werden. (Große Heiterkeit.) Wir sind etwas ungeduldig auf die Wahlen, obwohl sie für uns um so besser ausfallen, je länger Sie warten, je länger der Bürgerkrieg im Reich so präzis, so einheitlich und klarer regiert. (Heiterkeit links.) Ich möchte Sie deshalb zum Schluss beschwören, wie Dr. Faust den Teufel: Incubus, Incubus, tritt hervor und mache den Schluss! (Bravol! und große Heiterkeit links.)

Abg. Böcker (DnL): Von so-nemher Entlohnung sollte Herr Heilmann nach der Barma-Kläre nicht reden. (Lachen links.) Der Einheitsstaat brächte keine Ersparnis. Viel notwendiger wäre die Beseitigung der Vielregiererei, der ewigen Gesetzesmacherei und der Weinherrschaft der Parlamente.

Finanzminister Dr. Höpfer-Utschhoff: Die Preußenkassette ist in keiner Weise gefährdet. Ihre Kredite an die Großlandwirtschaft sind nicht so umfangreich, wie in der Öffentlichkeit behauptet worden ist. Wir werden die Zentralgenossenschaftskasse unbedingt als preußisches Institut erhalten. In der Frage der Standesherrn sind wir mit dem Reich noch nicht einig, hoffen aber auf die Beratungen des Reichsausschusses im Januar 1928. Verklagt hat uns bisher Fürst Salm-Horstmar, Herzog von Arenberg und Freiherr von Kreußener. Die letztere auf 682 Mark Rente für Verzicht auf die Weibeneigenschaft. (Große Bewegung.)

Abg. Dr. Graf-Stoblenz (Z.): Die Kreditmittel des Staates müssen gerecht verteilt werden. Die übertriebenen Forderungen der Standesherrn lehnen wir mit Entrüstung ab. Für Wohlfahrtszwecke haben wir zu wenig Geld. Für die Volksgesundheit steht nur ein Viertelprozent der preußischen Staatsausgaben zur Verfügung. An der Verwaltungsreform wollen wir gern mitarbeiten, aber ein Ermächtigungsgesetz für die Staatsregierung lehnen wir ab.

Abg. Dr. von Richter (D. Sp.) fordert vom Justizminister eine Widerlegung der Angriffe des Abg. Heilmann. Er habe als Finanzminister Ueberflüsse gehabt, während der demokratische Finanzminister keinen Weg zur Beseitigung des Defizits weise. Es komme eben nicht nur darauf an, daß die Regierung fest im Sattel liege, sondern auch, was sie schaffe. Die Verwaltungsreform könne nur im Einklang mit dem Reich gemacht werden. Die weitere Debatte wird auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Die Todesurteile gegen Fememörder.

Das Reichsgericht verwirft die Revision.

Leipzig, 15. Dezember. (Eigenbericht.)

Der zweite Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute die Entscheidung in den vor acht Tagen verhandelten Revisionen im Fememordprozeß Wilm. Sowohl die Revisionen der Angeklagten gegen das Todesurteil wie auch die der Staatsanwaltschaft wurden verworfen.

Demnach bleibt das Todesurteil gegen Fuhrmann, Umhofer, Klapproth und Schulz bestehen. Die Begründung des Spruches des Reichsgerichts hebt hervor, daß der Freispruch der Angeklagten von Pöser, Stantien und Budjinsty infolge Mangels an Beweisen erfolgt ist. Die Einwendungen gegen die Zuständigkeit und gegen die Zusammenfügung des Gerichts werden zurückgewiesen. Von einer Notwehr könne im Falle Wilm's nicht die Rede sein. Die Beweiswürdigung des Urteils gehe mit Recht dahin, daß die ganze Art der Ausführung des Mordes eine taubillige Vollstreckung einer vorher mit sorgfältiger Erwägung allen für und Widerra getrossenen Entscheidung darstelle, und daß die Entscheidung auf den Angeklagten Schulz zurückgeht.

Gutachten im Arensdorfer Prozeß.

August Schmelzer war zurechnungsfähig. — Der Sachverständige gegen die Schullehrer.

Frankfurt a. d. O. 15. Dezember.

Nach der Pause wurde zunächst der Arzt Dr. Göhe aus Fürstentum als Sachverständiger vernommen. Zusammenfassend meinte er, daß August Schmelzer ein reizbarer Mensch und Hypochonder sei, der ruhig bleibe, wenn man ihm Ruhe und Frieden lasse.

Dann erstattete Oberarzt Dr. Ahrens von der Landesirrenanstalt Sorau, wo August Schmelzer sechs Wochen lang auf seinen Geisteszustand untersucht worden war, sein

Gutachten.

Bei dem Transport und bei der Aufnahme sei Schmelzer ruhig, logisch und klar gewesen. Erbliche Belastung liege nicht vor, ebenso wenig Epilepsie. Was seine Kränklichkeiten betreffe, so sei in dem Rentenaufschreiben wohl Nervenschwäche festgestellt, es bestände aber keine Verlegung, die geistige Störungen hätte hervorrufen können. In der Anstalt sei eine gewisse Nervenschwäche bei ihm festgestellt worden. Er habe sich einmal nachts aus dem Bett fallen lassen und auch sonst verschiedenes getan, was nach Ansicht der Ärzte den Eindruck der Wache hervorrief. Im übrigen habe er sich stets ruhig verhalten und auch etwas gearbeitet. Bei Intelligenzprüfungen hätte er ziemlich verfaßt, so daß ein mäßiger Schwachsinn mittleren Grades bei ihm vorliege, der aber keineswegs so erheblich sei, daß er deswegen unter § 51 falle. Zu berücksichtigen sei, daß er ein Hypochonder und ein leicht erregbarer Mensch sei, und daß er damals zweifellos sehr aufgeregt gewesen sei. § 51 komme für ihn nicht in Frage, doch sei die Erregung und die Tatsache, daß er zum Schließen ermüdet worden sei, als strafmildernd zu beurteilen.

Vorl.: Halten Sie ihn für vermindert zurechnungsfähig, und zwar allgemein oder im Erregungszustand? Sachverständiger: Allgemein wohl nur in ganz geringem Maße, dagegen in der Aufregung wohl etwas mehr. Bei einem Hypochonden drückt sich die Erregung anders aus, als bei einem gefunden Menschen.

Auf Befragen von Justizrat Falkenfeld erklärte Dr. Ahrens, daß die Ruhe der Eltern zu Beginn des ganzen Tumultes, wenn sie tatsächlich gefallen sein sollten, für einen Menschen wie August Schmelzer eine Ermunterung bedeuten müßten.

Dr. Placzek gab sodann sein Gutachten mit einem gewissen Vorbehalt ab, da er erst im Laufe der Verhandlung hinzugezogen wurde und den Angeklagten nicht untersuchen konnte. Er schloß sich im wesentlichen der Ansicht des Dr. Ahrens an. § 51 komme nach seiner Richtung hin in Frage.

Nach kurzer Vernehmung des Assistenzarztes am Frankfurter Krankenhaus Dr. Schmidbühl, daß gegen den Abransport Willkür nach Erläuterung vom ärztlichen Standpunkt keine Bedenken bestanden hätten, wurde nach einmal in die Erörterung der Frage der Glaubwürdigkeit des kleinen Willi Vormelcher eingetreten.

Dr. Placzek erstattete auch über die Glaubwürdigkeit des kleinen Vormelcher sein Gutachten. Er machte zunächst längere prinzipielle Ausführungen über die Bewertung von Kinderausagen, wobei er sich gegen den Versuch der sogenannten Gerichtspsychologen wandte, die heute ja meist die Kinderausagen für unglaubwürdig halten. Dieser Versuch sei falsch. Tatsache sei, daß Kinder mitunter in ihren Aussagen viel prägnanter und sorgfältiger seien als Erwachsene. Aufgabe der Justiz müsse es bleiben, ihre Aussage selbst zu werten. In dem zur Rede stehenden Fall habe der kleine Vormelcher die fragliche Aussage, die der alte Schmelzer getan haben soll, sowohl in der Voruntersuchung, wie später immer in der gleichen Form wiederholt. Bei einer Intelligenzprüfung habe sich herausgestellt, daß der Junge es fertiggebracht habe, ein Bild mit 78 Einzelheiten, das er eine halbe Minute betrachtet habe, vollständig sachgemäß zu beschreiben. Danach kann man sagen, daß der Knabe, dem von seinen Lehrern ein so schlechtes Zeugnis ausgestellt sei, zum mindesten eine überragende Merkfähigkeit besitze.

Dr. Placzek demonstrierte dann noch im einzelnen, welche Arten von Intelligenzprüfungen man mit dem kleinen Vormelcher vorgenommen habe. Sowohl diese Aufgaben wie auch diejenigen, die zur Ermittlung seines Charakters dienen, habe der Knabe geradwegs tadellos gelöst.

Auf den erregten Zwischenruf des Hauptlehrers Häbner, daß es sich dabei um Dinge handle, die täglich in der Schule durchgeführt würden, erwiderte der Sachverständige: „Dann ist das gerade ein Beweis, daß das Kind sich diese Sachen sehr gut gemerkt hat. Alles, was von den Lehrern hier vorgebracht wird,“ so fuhr Dr. Placzek fort, „hat jedenfalls für die Glaubwürdigkeit des Schülers nichts zu sagen. Überhaupt sind ja Schullehrer nach ihrer Richtung hin ein Maßstab. Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch an den Kirschenprozeß gegen den Freiherrn von Bülow und möchte dazu weiter sagen, daß Präger in der Schule, auch wenn sie amtlich erlaubt sind, von einem Rongel an pädagogischen Fähigkeiten zeugen, und daß durch diese Züchtungen sehr leicht das feruelle Erleben für das ganze Leben in eine perverste Richtung gewendet werden kann. Auf Grund der Tatsache, daß Willi Vormelcher heretisch immer dieselbe Versicherung wiederholt hat, und auf Grund des Gesamtresultates meiner Feststellungen über seine Wert- und Reproduktionsfähigkeiten muß ich ohne Einschränkung sagen:

Das Kind hat die Wahrheit gesagt; auch der Verdacht einer Phantasieflüge ist durchaus nicht möglich.“

Oberstaatsanwalt: Der Knabe ist auch gegenüber seinem Vater über den Standort, von wo aus der Junge das gehört haben will, ganz fest bei seiner Darstellung geblieben.

Erster Staatsanwalt Burchardt: Außerdem ist der Junge mit dieser Behauptung zu einer Zeit aufgetreten, als noch nichts Befastendes gegen Vater Schmelzer vorhanden war und auch keine Ermittlungen schwebten.

Dr. Placzek: Diese Feststellungen würden mein Urteil nur bestätigen.

Am Anschluß hieran kam es zwischen den Sachverständigen und der Verteidigung zu längeren Auseinandersetzungen, in die auch die Lehrer mit erregten Zwischenrufen eintrifften. Um 5 1/2 Uhr nachmittags wurde dann die Verhandlung auf Freitag früh 9 1/2 Uhr vertagt.

Wer bekam Geld von Moskau?

Der sozialistische Parteivorstand untersucht.

Paris, 15. Dezember. (Eigenbericht.)

Zu der Angelegenheit des kommunistischen Bürgermeisters von Jory, Maranne, der seine Aktentasche mit kompromittierenden Dokumenten in einer Autodrohke liegen gelassen hatte, erzählt man, daß diese Dokumente ihrem Besitzer zurück erstattet wurden, jedoch nicht ohne daß sie vorher sämtlich photographiert worden wären. Photographien dieser Schriftstücke wurden gestern nachmittags in den Wandelgängen der Deputiertenkammer und des Rathhauses herumgegeben.

Daraus ergibt sich, daß verschiedene halbkommunistische Gebilde unter neutraler Flagge, z. B. ein „Berein der Genossenschaftler“ und ein „Bauerat“ je 4500 Franken aus der kommunistischen Parteikasse erhalten haben. Eine als „Ligne der Sozialistischen Partei“ bezeichnete Gruppe hat 54000 Franken erhalten. Es kann sich nur um die Gruppe Maurin handeln, die ein eigenes Organ „Der Funke“ herausgab, und die bereits auf Befehl des letzten Parteitagges aus dem Parteivorstand entfernt worden

Jedem das Seine!



Die Weihnachtsbescherung des Bürgerblods für Generals- und Alterspensionäre.

Zum letztenmal: Dolchstoßlegende.

Letzte Abrechnung mit Admiral Brüninghaus im Untersuchungsausschuß.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung des Untersuchungsausschusses geht Abg. Brüninghaus zunächst auf die Behauptungen ein, unter Schiffsmaterial sei dem englischen Marineunterlegan gewesen. Sollte das zutreffen — Brüninghaus bestrittet das —, so würde das ein ehrenbes Zeugnis für die Leistungen der Marinemannschaften sein. Die vernommenen Matrosen und ihre Verteidiger in unseren Reihen sind ihm Schwächer und Heher. Die U.S.P. hat — er wiederholt es zum tausendsten Male, ohne Beweise beizubringen — systematisch geschürt und die Sabotage des Krieges organisiert. Rikhandlungen, Hunger, Schinderei — höchst seltene Ausnahmen. Er zitiert apokryphe Flugblätter und Urteile des Oberreichsanwalts als unantastbare Beweismittel seiner These. Ausführungen verzeuweielter Menschen, Zitate einzelner Zeitungen, Bruchstücke aus Sitzungsprotokollen der U.S.P., Bekenntnisse zum Massensturm und für internationale Verständigung, die Konferenzen von Zimmerwald und Stockholm, jeden Versuch, das Ende der großen Megelei herbeizuführen: alles Beweise des hochverräterischen Systems, an das er zu glauben vorgibt.

Abg. Prof. Bergströmer: „Hält das ganze Geröde Brüninghaus mit dem Hinweis darauf nieder, daß er absolut untrifflig“

sich sein Material zusammengefaßt habe. Er weist hin auf die Ergebnisse des Münchener Dolchstoßprozesses! Die Legende ist ja längst zerbrochen.“

Abg. Dittmann (Soz.)

hat selbste Spiel mit diesem Schlüsselwort einer restlos zusammengebrochenen Anklage. Der Oberreichsanwalt hat während des Krieges eindeutig ausgesprochen, es sei keinerlei Beweis für eine Schuld der U.S.P.-Zentrale beizubringen. Er hat eine Verhaftung der Abgeordneten während des Krieges ausdrücklich abgelehnt.

Was heißt hier moralische Schuld? Es war das Recht und die Pflicht aller Kriegsgegner und aller Derer, die sich ihrer Menschlichkeit bewahren wollten, mit allen legalen Mitteln den Versuch zu machen, das Gemetzel zu beendigen. Was die Schuld der erschossenen Matrosen

anbelangt, so habe das gleiche Reichsgericht auf Grund des Aktenmaterials keinerlei schlüssiges Beweismaterial für die Vollziehung der Todesstrafe anzuführen gewußt, so gern es dazu bereit gewesen wäre.

Selbst heftig mußte die Verhaftung der U.S.P.-Abgeordneten ablehnen.

Da das Material — leider — nicht ausreichte, Brüninghaus bzw. leichtfertig und verleumderisch mit Mutmaßungen und persönlichen Anschauungen auf. Die Zeugenvernehmungen des Untersuchungsausschusses Dr. Dobring sind von A bis Z politisch gefärbt. Deshalb lehnt das Reichsgericht jedes Einschreiten ab. Dobring selbst mußte zugeben, daß

der Wortlaut der Aussagen der verhafteten Matrosen und des angeblichen Programms der U.S.P. von ihm selbst konstruiert worden seien.

Das „Programm“ des Herrn Dobring war das Phantasieprodukt eines politischen Ignoranten, der Todesurteile erzwingen wollte. Er hat die Matrosen bedroht, „sie werden die Augen bekommen“. Der Protokollführer jener Untersuchungen hat das unter seinem Eid bestätigt! „Ich würde Reichstisch und Köbis noch einmal erschließen lassen!“ „Es kann um Ihren (Köbis) Kopf gehen!“ Neuerungen dieser Art gibt Dobring selbst als möglich an. Dieses System der Drohungen ersetzte jene angeblichen Beständnisse der Matrosen, die die Basis für die Todesurteile sowohl wie auch für das Bürgengebäude des Herrn Brüninghaus bilden.

Ran lese das Tagebuch Stumps!“, diese fürchterliche Anklage eines christlich-nationalen Mannes. Wäre dies Tagebuch gefunden worden,

auch Stumpf hätte das Schlüssel von Reichstisch und Köbis geteilt.

„Der Geist der Befehung,“ so schreibt Stumpf im Juni 1917, „ist so, daß man zu jeder Stunde bereit wäre, dem Ersten Offizier den Hals abzuschneiden.“ So Stumpf, der gläubige Christ! Das ganze Buch Stumps, alle Schilderungen von Augenzeugen aus Kiel, sind nichts als eine einzige furchtbare Anklage gegen ein System, zu dessen Vollstreckern sich der größte Teil des Offizierkorps hergab. Man erinnere sich auch an Rostes Aussagen, der von einer Organisation eines Aufrubers nichts, aber auch gar nichts gespürt, wohl aber überall Rikhandlungen abelster Art gefunden habe. Dittmann hält seinen Vorwurf, die Admirale hätten einen letzten meuterischen Vorstoß gegen England als Todeskampf der deutschen Flotte beabsichtigt voll aufrecht. Die Rebellion der Admirale war das Signal zu dem Aufstand der verzweifelten Matrosen. Der Zündstoff kam nicht von außen, er entzünd auf den Schiffen selbst. Nicht politische Propaganda, sondern die Verhältnisse an Bord haben das Unheil herbeigeführt. Der Rotemkerismus war ein Elementarereignis, das den Kadavergehoram zerbrach.

*) Richard Stumpf, Kriegstagebuch eines christlichen Arbeiters. Verlag J. H. W. Diez Nachf., Berlin SW 68.

Hatvany im Horthy-Gefängnis.

Aus Heimweh nach Ungarn zurückgeführt.

Ludwig Hatvany, der schwerreiche Literat, Kriegsgegner, Parteigänger der demokratischen ungarischen Republik, Gegner der Häteregierung, die ihm sein Palais wegnahm, dann Flüchtling und Bekämpfer des weißen Schreckens, ist freiwillig nach Ungarn zurückgeführt. Obwohl sein Buch „Das verwundete Land“ — von uns vor Jahren besprochen — sehr viel dazu getan hat, das Friedensdiktat von Trianon um den Glauben zu bringen, daß es halbwegs gerecht sei, hat das Horthy-Regime dieses Buch verboten und den Haftbefehl gegen Hatvany aufrechterhalten. Hatvany gehört zu den bedeutendsten philosophischen und sozialkritischen Schriftstellern unserer Zeit, sein „Bürger am Scheidewege“ ist sehr beachtlich. — Als er in Budapest hörte, daß die Polizei ihn suche, stellte er sich ihr freiwillig und ist in Untersuchungshaft gesetzt worden.

Bruch Südchina-Sowjetunion.

Der Schanghai-Generalkonsul ausgerissen.

Schanghai, 15. Dezember.

Der stellvertretende Außenminister der Nationalregierung hat dem Generalkonsul der Sowjetregierung in Schanghai die Pässe übergeben und ihn erucht, innerhalb einer Woche abzureisen.

Zusammenstöße in Wien gab es vor dem Parlament, das über die Ausschließung aller Kommunisten verhandelte. Etwa 500 Kommunisten versuchten angeblich in das Gebäude einzudringen. Gendarmen und Militär waren aufgeboten. Die Feuerwehr bespritzte die Demonstranten, doch wichen diese nicht. Militär griff ein. Das Parlament beschloß energische Maßnahmen gegen alle Umstürzler.

Jaspar siegt mit sieben Stimmen.

Sechsmönatige Dienstzeit abgelehnt.

Brüssel, 15. Dezember.

In der Kammer wurde heute der sozialistische Gesetzentwurf zur Einführung der sechsmönatigen Dienstzeit mit 74 gegen 67 Stimmen abgelehnt.

Danach haben etwa 15 christliche Demokraten sich der Stimme enthalten.

Eisenbahnkatastrophe in Rußland.

20 Tote — 30 Schwerverletzte.

Warschau, 15. Dezember. (U.)

Wie aus Riga gemeldet wird, stieß in der Nähe von Dujeprowitz ein Arbeiterzug mit einem Güterzug zusammen. Mehrere Wagen des Arbeiterzuges wurden zertrümmert. 20 Personen wurden getötet, 30 schwer und eine größere Anzahl leicht verletzt.

Der Schiedsspruch im Eisenkonflikt

Der Schlichter verteidigt sich selbst.

Der Schlichter im Eisenkonflikt hat heute mit seiner Stimme gegen die Stimmen der beiden Parteien zwei Schiedssprüche gefällt, über die Arbeitszeit und über den Lohn.

Der Schiedsspruch über die Arbeitszeit unterscheidet zwischen erzeugender und weiterverarbeitender Industrie. Die Begriffscheidung, was erzeugende und was weiterverarbeitende Industrie ist, soll durch eine paritätische Kommission vorgenommen werden.

Arbeitszeit in der erzeugenden Industrie: Für Thomasstahlwerke und die zugehörigen Walzwerke tritt die Dreischichtverordnung in Kraft — Achtstundentag, als Ausgleich wird Sonntagsarbeit von 7 Uhr abends festgesetzt, von 7 bis 10 Uhr als Ueberarbeit mit 75 Proz. Lohnzuschlag, von 10 Uhr an als ordentliche Schicht.

Für Hammer- und Presswerke sowie kalt einsehende Walzenstraße Zweischichtensystem, pro Schicht acht Stunden Arbeit und eine Stunde Pause. Für die Pausen werden Ablöser eingesetzt.

Marlin-, Elektro- und Siegelstahlwerke behalten bis zum 31. Januar die bisherige Arbeitszeit bei, dann tritt die Dreischichtverordnung in Kraft — sofern nicht Einzelausnahmen bewilligt werden.

Die Arbeitszeit in den Gas- und Krafzentralen beträgt ab 1. Januar 1928 — 57 Stunden wöchentlich und Sonntags 5 Stunden, ab 1. April 1928 48 Stunden wöchentlich und Sonntags 8 Stunden.

Für die übrigen Arbeiter der Hochofenbetriebe, soweit diese nicht durch die Verordnung erfasst werden, wurde die Arbeitszeit auf 57 Stunden wöchentlich festgesetzt (gegen bisher 60 Stunden).

Für die weiterverarbeitende Industrie ist die Arbeitszeit von 52 Stunden bestehen geblieben.

Für die Reparatur- und Ueberarbeit gelten die am 11. Mai und 23. Juni 1927 getroffenen Regelungen. Der Zuschlag erhöht sich danach mit Wirkung vom 1. Januar 1928 ab von 12 1/2 Proz. auf 25 Proz.

Der Schiedsspruch über den Lohn stellt zunächst fest, daß die Industrie in mißlicher Lage sei, und fährt dann fort:

„Durch die Verordnung vom 16. Juli 1927 und die gemäß der Arbeitszeitverordnung erfolgte Verdoppelung der Mehrarbeitszuschläge wird die Industrie weiter stark belastet. Es liegen also zwischen den Parteien ganz besondere Verhältnisse vor. Beide müssen sich auf die Neuregelung der Arbeitszeit umstellen.“

und der Arbeitnehmer muß für den Vorteil der Arbeitsverfugung einen wenigstens zeitweiligen Ausfall an Verdienst auf sich nehmen.

Unter Berücksichtigung alles dessen erscheint eine Erhöhung der Stundenverdienste um 2 Proz. angemessen. Darin und in der etwa zweiprozentigen Erhöhung, die sich aus der Verdoppelung des Mehrarbeitszuschlags ergibt, ist der Lohnausgleich für die zurückliegende Zeit mit abgegolten.

Für die weitere ab 1. Januar 1928 vorgesehene Arbeitszeitverkürzung ist der Lohnausgleich für die Stundenlöhne im Verhältnis von 50:50 und bezüglich der Akkord- und Prämienarbeiter so zu bemessen, daß sie 40 Hundertteile des Ausfalls tragen und der Arbeitgeber 60 Hundertteile.

Der Stundenlohn für Tariflohn beträgt für den 21jährigen Facharbeiter 75 Pf., für den 21jährigen Hilfsarbeiter 60 Pf.

Die Akkord- und Lehrlingslöhne sind gemäß der Vereinbarung vom 10. Dezember 1927 in den hierfür eingesetzten Kommissionen

zu regeln. Die anderen Bestimmungen des Schiedsspruchs vom 18. Februar 1927 bleiben bestehen.“

Der Schlichter lobt seinen Spruch über den Lohn im Schiedsspruch selbst mit folgenden Worten:

„Diese Entscheidung mag in der üblichen Weise heruntergerissen — sie mag durch die Machtverhältnisse der Parteien usw. verschoben werden —, sie ist kein Kompromiß, sondern das wohl- abgewogene Ergebnis aus dem Anbegriff des gesamten Verhandlungsmaterials und liegt daher sachlich richtig.“

Der Schiedsspruch über die Arbeitszeit gilt vom 1. Januar bis 1. Dezember 1928 und ist von da ab erstmals mit einmonatiger Frist zum Monatschluß kündbar.

Der Schiedsspruch über den Lohn gilt vom 1. Januar bis 1. Oktober 1928 unfündbar und ist von da ab erstmals mit einmonatiger Frist jeweils zum Monatschluß kündbar.

Erklärungsfrist für beide (gegenseitig und gegenüber dem Schlichter) bis 19. Dezember 1927, 18 Uhr.

Befoldungsdiktat der Reichsbahn.

Große Empörung unter ihrer Beamtenschaft!

Die Reichsbahn-Gesellschaft ist auf Grund des Reichsbahngesetzes berechtigt, für ihre Beamten eine eigene Befoldungsordnung aufzustellen, wie sie auch die übrigen Rechts- und Dienstverhältnisse der Reichsbahnbeamten in einer Personalverordnung selbständig regelt, die nicht vom Befehlgeber, sondern vom Verwaltungsrat der Reichsbahn-Gesellschaft verabschiedet wird. Dieser Zustand hat bisher schon zu empfindlichen Nachteilen für die Reichsbahnbeamten geführt, obwohl das Reichsbahngesetz ausdrücklich vorschreibt, daß die Reichsbahn sich bei der Aufstellung der Personalordnung an die gesetzlichen Bestimmungen anzulehnen hat, die für die Reichsbeamten gelten.

Von den Reichsbahnbeamten ist daher gemünscht worden, daß sie, wie bisher, auch zukünftig

in die Reichsbefoldungsordnung einbezogen

werden. Diese Forderung, die vom Einheitsverband der Eisenbahner sowie vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund der Reichsregierung und der Reichsbahn-Gesellschaft schon bei Beginn der Vorarbeiten zur Befoldungsreform übermittelt wurde, ist nicht berücksichtigt worden.

Bei dieser Sachlage hätte man erwarten können, daß die Reichsbahn-Gesellschaft dann wenigstens den gewerkschaftlichen Organisationen ein ausreichendes Mitwirkungsrecht bei der Vorbereitung und Durchführung einer so wichtigen Reform eingeräumt hätte. Leider ist auch das nicht geschehen. Obwohl die Neuordnung der Beamtenbefoldung seit Monaten schon die Parlamente und die breitesten Öffentlichkeit beschäftigt hat, die Reichsbahn-Gesellschaft die Organisationen der Reichsbahnbeamten — und auch die Personalvertretung — bis jetzt über ihre Absichten im Dunkeln gelassen. Erst in den letzten Tagen ist den Eisenbahnerverbänden der Entwurf der Reichsbahn vorgelegt worden. Diese Besprechungen sind mit den einzelnen Organisationen getrennt geführt, die Dauer der Besprechungen ist von vornherein auf wenige Stunden begrenzt worden. Sind durch diese Verhandlungstafel ordnungsmäßige Verhandlungen schon an sich unmöglich, so noch mehr durch das Verhalten der Reichsbahn-Gesellschaft gegenüber den Verbesserungsvorschlägen des Personals. Auch die geringsten Änderungen der Befoldungsordnung wurden abgelehnt.

Die Mitwirkung des Reichsbahnpersonals an der Reform der Befoldung ist dadurch praktisch ausgeschlossen worden. Die Reichsbahn-Gesellschaft erläßt auch in dieser hochwichtigen Frage, die auf Jahre hinaus für das wirtschaftliche und soziale Schicksal von über 300 000 Reichsbahnbeamten bestimmend sein wird, ein Diktat. Zwar be-

gründen die Vertreter der Reichsbahn-Hauptverwaltung diese diskretionäre Regelung damit, daß die Reichsbahnvorlage sich an den Reichsentwurf anlehne, der Rahmen für die Befoldungsordnung der Reichsbahnbeamten also durch die Beschlüsse der Reichsregierung und des Reichstages zwangsläufig gegeben sei.

Das trifft, soweit die zukünftige Einstufungsordnung für die Reichsbahnbeamten in Betracht kommt, jedoch nicht zu. So sind die bisherigen Gruppen I bis VI in

nicht weniger als vierzehn neue Befoldungsgruppen

auseinandergezogen worden (gegen acht im Reich). Berücksichtigt man noch die Kategorien mit Stellenzulagen, so kommt man bei den Befoldungsgruppen I bis VI sogar auf 18 neue Gruppen! Allein die Beamten der Befoldungsgruppe V sind in fünf verschiedene Gruppen auseinandergezogen worden.

In auffälligem Gegensatz dazu steht, daß bei den Befoldungsgruppen VII bis XIII eine derartige Vermehrung der Gruppen nicht vorgenommen worden ist — trotz Trennung der bisher in je einer Befoldungsgruppe vereinigten Reichsbahnräte und Amtmänner und Ober- und Oberamtmänner in verschiedene Befoldungsgruppen. Was bei den oberen Gruppen als Vorteilhaft angesehen wird, kann bei den unteren und mittleren Gruppen doch wohl nicht unzweckmäßig sein! Diese starke Auseinanderziehung der bisherigen Befoldungsgruppen I bis VI verlorfoll den Zweck, die Beamten des schweren, verantwortlichen und gefährlichen Betriebs- und Verkehrsdienstes und des handwerkstechnischen Dienstes bei der Reichsbahn in ihrer Bewertung herabzudrücken. Da von der Reichsbahn-Gesellschaft getroffene Regelung muß um so mehr befremden, als ihr schon im Oktober vom Einheitsverband ein ausführlicher Befoldungsreformvorschlag aller Beamtengruppen und Dienstzweige des Eisenbahnerpersonals vorgelegt worden ist, der im entgegengelegten Sinne wie der Reichsbahnentwurf das Einstufungssystem vereinfacht und den Wünschen der Reichsbahnbeamten auf ihre befoldungsmäßige Bewertung gerecht wird.

Das Befoldungsdiktat der Reichsbahn-Gesellschaft hat sofort nach seinem Bekanntwerden

helle Empörung im Eisenbahnerpersonal

ausgelöst, die in Hunderten von Protesten zum Ausdruck kommt. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat auch bei der Befoldungsreform an den Tag gelegt, daß ihr anscheinend an einem zufriedenen und ruhigen Reichsbahnpersonal nichts liegt.

Der Streit um den Sitz.

Das rheinische Landesarbeitsamt in Köln.

Der Verwaltungsrat der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat sich endgültig dahin ausgesprochen, den Sitz des rheinischen Landesarbeitsamtes von Düsseldorf nach Köln zu verlegen.

Freie Gewerkschaftsjugend Ost-Berlin. Febr. Freitag, 19. Uhr. Jugend der Gruppen: Zietenberg; Jugendheim Schwanenbergr. 24. Uhr. Besichtigung um 19.30 Uhr des Doram-Viehbaus. — Hermannplatz: Jugendheim Sanderstr. 11. Uhr. Besichtigung des Doram-Viehbaus. — Schöneberg: Jugendheim Kaufm. Str. 2 (Ester Str.). Wir treffen uns um 19.30 Uhr vor dem Doram-Viehbau. — Wedding: Gruppenheim Stadthaus Wedding. Freitag, 20. Uhr. Gruppenabend fällt aus. Wir besuchen das Doram-Viehhaus am Strolcher Platz. — Juppelitz-Platz: Gruppenheim Städtisches Jugendheim des Bezirksamtes Wedding. Freitag, 20. Uhr. — Köpenick: Kurier-Kursus II: Jugendheim Eberowalder Str. 10. Samstag 12. Uhr. Aus der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. — Hellens-Kursus: Turnhalle der Schule Dönhofsstr. — Jugendgruppe des PöB. Bezirk Zietenberg: Gefangenenheim des Präfektors Parkstr. 12. Weihnachtsfeier unter uns, mit Sitten. — Ostf. Eilmehr: Jugendheim Belle-Alliance-Str. 7/10. Übung in kurzen Referaten.

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Carl Geper; Schriftföhr: G. Rittschelt; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Oßner; Redaktions: A. S. Böhm; Polizei und Kontingent: Fritz Harßde; Ausgaben: H. Glöckel (amtlich in Berlin Verlag: Fortwärtig-Berlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Fortwärtig-Verlag und Verlagsanstalt) Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2, Hierzu 3 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Musikaufträge Überbringt man nur dem Kadetten des Deutschen Rufferrverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 64/64. — Dönhofsstr. 227-78. — Besichtigung 9-9. Sonntags 10-2 Uhr. — Karl Wunich. Bestpreiserhalt.

WERTHEIM

Leipziger Str. Königstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz
Preise soweit Vorrat; Fleisch, Fische, Obst u. Gemüse werden nicht zugesandt.

Weihnachtsäpfel selbe und rote 95 Pf.
Kleie 25 St. 1.25 Pf.
Eß- u. Kochäpfel 12 u. 15 Pf. Mandarinen 1.25 Pf.
Amorettbirnen 15 Pf. Apfelsinen 35, 60 Pf. 1 M.
Goldnüssen Pfund 28 Pf. Walnüsse Pfund 45 Pf. 55 Pf.
Schönerv. Boskop 28 Pf. Haselnüsse Pfund 58 Pf. 68 Pf.
Amerik. Aepfel 38, 48 Pf. Ananas frische Pfund 95 Pf.
Zitronen . . . Duzend 55 Pf. Traubenrosinen Pfund 95 Pf.

Landleberwurst . . . Pfund 1.20
Dampfwurst . . . Pfund 1.20
Jagdwurst . . . Pfund 1.45
Schinkenpolnische Pfund 1.45
Filetwurst . . . Pfund 1.50
Mettwurst Braunschweig Pfund 1.50
Leberwurst feine Pfund 1.70

Butter Molkerei Pfund 1.85
Camembert vollreif, Scherbel 20 Pf.
Allgäuer Stang. 1. Pfund 50, 62 Pf.
Holländer u. Edamer 76 Pf.
Gouda 68 Pf. Pfund 76 Pf.
Tilsiter vollreif, Pfund 94 Pf. an

Olympia-Mehl 5-Pfd.-Beutel 1.25 1.40 1.50
Maispuder . . . Pfund 25 Pf.
Kartoffelmehl . . Pfund 28 Pf.
Weizenpuder . . Pfund 44 Pf.
Mohnblau, Pfund 48 weiß 70 Pf.
Mandeln süß . . 1.92, 2.40
Mandeln bitter . 2.18, 2.40
Backpulver 5 Beutel 30 Pf.

Konfitüren Pfäunen 95 Pf. Aprikosen 1.10 Ananas 1.60
2-Pfund-Beutel

W Wein
Preise für 1/2 Liter ohne Glas
Besonders ausgewählte Qualitäten
1925 Niersteiner voll, saftig 1.40
1924 Ebernburger Berg kräftiger Pfälzer 1.50
1921 Wittlinger reifer Saarwein 1.70
1926 Oppenheimer Schloß sehr blumig 1.80
1921 Niersteiner Berg saftig, floll 2 M.
1921 Trittenheimer Falkenberg Wachst. 10/12er, prickelnd, süß 2 M.
1924 Rüdeshheimer Berg eleganter Rheingauer 2.10
1925 Liebfraumlich feiner bestechender Damenwein 2.25
1921 Zeltinger Schwarzlay Wachst. um Ehlen, reifer vollblumiger Mosel 2.50
1921 Kreuznacher Bittenfeld feiner, blum. Hehewein 2.75
1921 Dörkheimer Hochbann Kellerer Hochw. Plazwein mit sehr feinem Bockel 3 M.
1925 St. Justin voller spanischer Burgunder 1.50
1921 Chät. Cambon gepflegter Bordeaux 1.75
1920 Beaujolais Superieur saftiger Burgunder 2.25
1922 Chät. Pichon-Longueville sehr feiner Bordeaux 2.70
1922 Sauternes Wachst. Bernard, süßer, weißer Bordeaux 2.85
Sherry Imperator 10-jährig, Marquis Marlio 2.90
Douro-Portwein „Medium Rich“ 3 M.
Spezial-Cuvée (Hausmarke) feiner Traubensekt, mit Strauer und Flasche 4.20
Deutscher Weinbrand „Jacobi 1880“ 7.50
Schaumwein u. Likör aller bekannten Marken a. Lager

Br.- u. Schnittbohnen 56 Pf.
Prinzebohnen mittelfein 90 Pf.
Jgs. Erbsen mittelfein 93 Pf.
Junge Schoten fein 1.30
Stangenspargel extra stark 3.30
Pflaumen 65 Pf.
Mirabellen 1/2 D 70 Pf. 1.20

Zigarren-Präsentkistchen
Kistchen 10 Stück von 1.20 bis 6 M.
Kistchen 25 Stück von 2.50 bis 25 M.

Frisches Fleisch
Schweinebauch Blatt und Hühner mit Beilage, Pfund 80 Pf.
Schweineschinken u. Kamm, Pfund 85 Pf.
Kalbskamm Brust u. Rücken Pfund 72 Pf.
Rinderkamm u. Brust Pfund 80 Pf.
Schmorfleisch u. Roastbeef mit Knochen . . . Pfund 90 Pf.
Hammelvorderfleisch Pfund 88 Pf.
Käbler, Speer u. Kamm Pfund 95 Pf.
Lieser Pfund 78 Pf. Gehacktes Pfund 70 Pf.

Prima Ochsenfleisch gefroren
Kamm u. Brust Pfund 58 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen Pfund 70 Pf.

Geflügel u. Wild
Gänse gefroren Pfund 70 Pf. an
Ungarische Gänse jung, Pfund 95 Pf. an
Feltgänse kleine Pfund 1.30 an
Mühner frisch einschiel. . . Pfund 98 Pf. an
Junge fette Enten . . Pfund 1.15 an
Hasen, Reh- u. Hirschfleisch billigst

Grüne Heringe 5 Pfund 60 Pf. an
Schellfische Pfund 12 Pf. 24 Pf.
Kabeljau Pfund 22, 26 Pf.
Frische Bleie Pfund 25, 35 Pf.

Fettbücklinge Pfund 35 Pf. 45 Pf.
Sprotten Kistchen . . . 35 Pf.
Sprottbücklinge neu 38 Pf.
Fiundern Pfund 34 Pf. 65 Pf.
Schellfische gefroren, Pfund 38 Pf.

Endlich mehr Kleingartenschutz!

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Liste der „Dauerkleingärten“.

Die in der Berliner Stadtverordnetenversammlung von der sozialdemokratischen Fraktion mehrfach erneuerten Versuche, die Gemeinde zur Ausweisung von „Dauerkleingärten“ zu veranlassen, haben nun endlich einen ersten Erfolg gebracht. Was gestern beschlossen wurde, bedeutet noch keine „Dauerkleingärten“ im dem Sinne, daß ihre Dauer auf unbegrenzte Zeit gesichert wäre. Aber der Beschluß verschafft den Kleingärtnern der auf die Liste der „Dauerkleingärten“ gesetzten Ländereien wenigstens zunächst auf eine Reihe von Jahren einen Schutz vor der rücksichtslosen Verdrängung von der Parzelle, die sie in langer Arbeit ertragreich gemacht haben. Gegen die Einbeziehung privaten Grundbesitzes in das Gebiet der Dauerkleingärten wandten sich die Deutschnationalen und noch schärfer und schriller die Demokraten, deren Redner Michaelis „sich schuldig vor das Privateigentum stelle“. Unser Genosse Tempert nagelte diese Erklärung des demokratischen „Privateigentumschülers“ fest. In der Abstimmung wurde der vom Ausschuss festgelegte Beschluß fast nur von der Linken unterstützt. Mit ihren Stimmen und denen einiger Bürgerlicher wurde er angenommen.

Die Stadtverordneten stimmten in der gestern abgehaltenen Sitzung zunächst einem von allen Parteien empfohlenen Dringlichkeitsantrag zu, nach dem der Magistrat ersucht wird, den städtischen Beamten noch vor Weihnachten Vorläufe auf die bevorstehenden Gehaltserhöhungen zu gewähren. — Eine Anfrage der Demokraten wegen der

Diphtherieerkrankungen

beantwortete ein Vertreter des Hauptgesundheitsamtes dahin, daß die in letzter Zeit in Berlin beobachteten Diphtherieerkrankungen nicht in so bedenklichem Umfange zu verzeichnen sind, daß man von einer „fürchtbaren Epidemie“ sprechen könnte. In bezug auf die Beobachtung, die Kontrolle und die Heilung der Erkrankten ist alle Vorbeugung getroffen. Wenn die vorbeugenden Diphtherieimpfungen nicht in dem erwünschten Umfange angewendet werden, so ist demgegenüber zu betonen, daß diese Impfungen in Deutschland sich noch nicht in dem Maße durchgesetzt haben, wie in außerdeutschen Ländern. Nichtsdestoweniger hat aber der Magistrat in Krankenhäusern, Fürsorgeheimen und anderen städtischen Stellen Impfstationen eingerichtet, die auch auf den Anspruch genommen werden. Nach Rückfrage mit den Gesundheitsbeamten der einzelnen Bezirke haben sich diese sofort bereit erklärt, ihrerseits alles erdenkliche und mögliche zu tun, um in der Bevölkerung das Interesse an den Schutzimpfungen, die allerdings eine freiwillige, vorbeugende Maßnahmen darstellen, zu wecken und zu fördern. — Die Versammlung stimmte dann dem Ausschussbeschluß wegen der

Ausweisung von Heimstättengebiet

gemäß dem von der Deputation für das Siedlungs- und Wohnungswesen aufgestellten Pläne zu. Stadt Michaelis (Dem.) vertritt in der vorhergehenden Aussprache den Standpunkt, daß in Privathand befindliches Grundigentum als Heimstättengebiet nicht ausgewiesen werden dürfe. Die Demokraten würden sich schuldig vor das Privateigentum stellen. Genosse Tempert lehnte sich für eine weitgehende Grünflächenpolitik ein. Ein großer, weitgehend angelegter Grünzettel könne viel zur Hebung der Volksgesundheit beitragen. Im Gegensatz zum Vorredner meinte Genosse Tempert, daß Eigentum doch wohl verpflichtet und daß der Privateigentümer das seine zur Besserung der Volksgesundheit beizutragen habe. Wo es nötig sei, müsse denn auch Privateigentum ausgewiesen werden; dabei verkennen die Sozialdemokraten allerdings nicht die Schwierigkeiten, die das geltende Recht dem entgegenstelle. Wo es irgend angängig sei, sollte man die Kleingärtner auf ihren Parzellen liegen lassen

Die Sozialdemokratie werde sich stets dafür einsetzen, daß den Kleingärtnern ihr Recht werde.

Stadtrat Genosse Wuyt betont, daß das ausgewiesene Gelände genügend bürste, um die in absehbarer Zeit an die Stadt herantretenden Anforderungen in bezug auf Heimstättengelände zu befriedigen. Im Magistrat beabsichtige natürlich niemand, anfällige gewordene Kleingärtner ohne Not zu verdrängen; wo aber unerlässliche städtische Interessen zu befriedigen sind, müssen gelegentlich auch einmal Kleingärten eingezogen werden. Nachdem noch eine ganze Reihe Redner die Stellung ihrer Fraktionen dargelegt hatten, wurde noch ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion einstimmig angenommen, der verlangt, daß vor jeder Einziehung von Heimstättengelände die Stadtverordnetenversammlung zu hören sei.

Bei der Beratung der Vorlage wegen des Ankaufes des Ritterguts Wiesdorf

erklärte Stadt. Pfarrer Koch (Dnat) die grundsätzliche Gegnerschaft seiner Parteifreunde gegen den Ankauf und die Bewirtschaftung von Land durch die Stadt Berlin. Stadtrat Wuyt sagte ihm namens des Magistrats, daß der Magistrat und die Stadtverordneten keine „verlorenen Grubenarbeiten“ vorgenommen habe, sondern mit dem Ankauf der Jungfernhöhe, des Geländes im Böhlowiertel, am Viehpf. im Südosten bei Birk, dem Südgelände bei Schöneberg und des Ritterguts Doppel eine wahrlich wichtige Planwirtschaft in der Bodenvollkultur getrieben habe, die durchaus geeignet ist, preisrequisierend auf dem Grundstücksmarkt zu wirken. Im übrigen sei der geforderte Preis für Rittergut Wiesdorf angemessen; die Stadt kann das Gut zur Abrundung seines Grundbesitzes gebrauchen. Später wird es sicher teurer sein. — Der Ankauf wurde mit den Stimmen der Linken beschlossen. — Der Ausschuss zur Festlegung von Richtlinien für die Wiederaufnahme von Wohnungsuchenden in die Wohnungskolonien hatte beschlossen, daß die Personen, die wegen ihrer unterlassenen Meldung bei der Wohnungszählung aus den Listen der Wohnungsuchenden gestrichen wurden, wieder in alten Rang einzutreten sind, wenn sie den Nachweis der Bedürftigkeit erbringen. Die Versammlung trat nach kurzer Beratung dem Ausschussbeschluß bei. — Eine längere Debatte entspann sich in vorderster Stunde aus Anlaß der kommunalistischen Anträge wegen der Gewährung von Extrabeihilfen an Unterhaltungsempfänger und Erwerbstote. Bürgermeister Scholz wies dabei die Angriffe des Stadt. Röß (Komm.) zurück. — Beschlossen wurde unter Ablehnung aller anderen Anträge, den Magistrat zu ersuchen, den Betrag von 5 Millionen Mark für Winterbeihilfen an die Unterhaltungsempfänger zur Verfügung zu stellen, die an der einmaligen Unterhaltung aus Reichsmitteln nicht beteiligt sind.

Wilhelm bleibt im Panoptikum.

Der geschlagene Piscator.

Gestern um 15 Uhr wurde von der 4. Kammer des Landgerichts I unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Richter das Urteil im Prozeß des früheren Kaisers gegen Piscator gefällt. Enttäuscht war man freilich darüber, daß nur der Urteilsenior mündlich verurteilt wurde, während das Gericht die Gründe den Parteien schriftlich zu stellen will. Das Landgericht I hat die einstweilige Verfügung bestätigt und es Piscator verboten, in dem Stück „Kaspulin“, die Romanows, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand“, den ehemaligen deutschen Kaiser auf die Bühne zu bringen. Das Urteil wird gegen Sicherheitsleistung der Kläger in Höhe von 5000 M. für vollstreckbar erklärt. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 20 000 M. festgesetzt. Gegen dieses Urteil steht den Parteien die Revision am Kammergericht offen.

Nach Bekanntwerden der Urteilsgründe wird vielleicht auf die Angelegenheit zurückzukommen sein. Das eine oder wollen wir, abseits von allem Juristischen, heute schon feststellen: Der große Theater-Wilhelm darf im Theater nicht gezeigt werden. Aber in jedem Jahrmarktspanoptikum darf er dem Publikum neben Bates, Großvater und Ugrofmutter Luise präsentiert werden. Lassen wir ihn im Panoptikum. Dort gehört er hin.

Die Brandenburger Mörder gefaßt?

Die Festgenommenen schwer belastet.

Unter dem dringenden Verdacht, den Raubmord an dem Brauereibesitzer Fregdant, Brandenburg, ausgeführt zu haben, sind der 18 Jahre alte Erich Schmidt und dessen Namensvetter, der 20 Jahre alte Willi Schmidt, festgenommen worden. Beide, arbeitslose Arbeiterburken, haben sich dadurch verdächtig gemacht, daß sie jetzt, nach dem begangenen Raubmord, Neuanstellungen gemacht haben, die auffällig geworden sind. Einer von den Schmidts war früher in der Fregdantschen Brauerei beschäftigt. Beide wurde gestern ermittelt und festgenommen. Sie wurden von der Kriminalpolizei in Brandenburg einem Verhör unterzogen, haben aber noch kein Geständnis abgelegt.

Bei der sofort nach der Ermordung vorgenommenen Durchsicht der Geschäftspapiere des Ermordeten stieß man bald auf die Namen zweier junger Leute, auf einen 20 Jahre alten Willi Schmidt aus der Neudorfer Str. 30 und einen 18 Jahre alten Erich Schmidt, der in derselben Straße im Hause Nr. 30 wohnt. Obwohl nur zufällig Namensvettern, sind sie doch enge Freunde. Willi Schmidt war früher einmal bei Fregdant tätig gewesen und kannte daher das Haus genau. Erich war bis zum vergangenen Sonnabend in der Fregdantschen Brauerei angestellt. Ohne ersichtlichen Grund hatte er seine Papiere gefordert und war abgelohnt worden.

Am Mittwoch meldete sich nun bei der Polizei eine Geschäftsfrau, die berichtet, daß Willi Schmidt bei ihr für mehr als 40 M. eingekauft habe. Unter dem Gelde sei ihr ein zehnmarkteschein ausgefallen, der anscheinend Blutflecke aufwies. Der Schein wurde sofort beschlagnahmt und zur mikroskopischen Untersuchung eingeschickt. Auf Grund dieser belastenden Ermittlungen nahm man in den Wohnungen der beiden überraschend eine Durchsichtigung vor, die folgendes ergab: Bei Willi Schmidt wurde festgestellt, daß er am Dienstag ein Paar Siesel zum Schuster gebracht hatte, die, als man sie beschichtigte, zahlreiche Blutspuren erkennen ließen. Ein Bild von ihm, das er in der Nähe hatte, war ebenfalls mit Blut besudelt. Die wichtigste Entdeckung aber machte man in der Küche. Hier befindet sich hinter dem Herd ein sogenannter Wandföhrer aus Wochstah, der mit Reizwaffen angefertigt ist. Hinter diesem Schoner waren in Zeitungspapier eingewickelt, 270 M. verborgen.

Auch in der Wohnung Erich Schmidts wurde Belastungsmaterial gefunden. Hier entdeckte man ein blaues Radetz, das an den Armen blutwischer zeigte. Die beiden jungen Leute leugnen jedes Verbrechen. Bemerkenswert ist auch ein Fund, den man in einer Schublade in Willi Schmidts Wohnung machte. Dort lag ein Messer mit abgebrochener Spitze. Obwohl das Heft bereits gefälscht war, sind noch leichte Blutspuren zu erkennen. Die Ermittlungen werden während der Nacht fortgesetzt werden.

Altes Spielzeug im Märkischen Museum.

In den unteren Räumen des Märkischen Museums hat sich eine kleine buntpfarbige Welt aufgetan, ein Reich für sich, das gerade jetzt zu Weihnachten den rechten Zeitpunkt erwählt hat. Die Leitung des Märkischen Museums, in erster Linie Direktor Stenow, hat dort mit viel Mühe, Liebe und Umsicht eine Spielzeug-Ausstellung veranstaltet, die den Besucher in die Lage der Kindheit zurückführt und auch die Spielwaren unserer Vorfahren zeigt. Da zahlreichen Schränken, auf Tischen und in Nischen sieht man all die vielen netten und harmlosen Sachen und Sächchen, die das Kinderherz der Menschen des 19. und früherer Jahrhunderte bezauberten. Da sind Puppenstuben und Puppen in allen möglichen Trachten und Aufmachungen, Bilder

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

In der Nacht wartete er nicht mehr auf Dasha, wie früher. Er schloß nicht die Türen und legte sich früh schlafen und wußte nicht, wann Dasha nach Hause kam. Und wenn er für kurze Augenblicke durch ihre Anwesenheit erwachte, sah er: Dasha sah vor dem Tisch, hatte den Kopf aufgestützt, bewegte unhörbar ihre Lippen, sie las. In der Frühe, wenn er zur Arbeit ging, lächelte sie ihn mit blühender Freude an. Und in den Nächten (und manchmal auch am Tage) näherte sich ihm — Polja, und berührte ihn hinter Dasha, über Dasha hinweg, mit ihren Lippen. Sie kam langsam, liebesbereit, mit großen, lockenden Augen. . . .

2. Karm.

Man mußte sich selber davon überzeugen, was das Industriebureau eigentlich ist — dieses unüberwindbare Bollwerk des Volkswirtschaftsrates und der Fabrikleitung. Dieser mächtige Felsen stand ihm immer im Wege, und seine Fragen prallten an seinen schweren Kanten ab, ohne eine Antwort zu erhalten. Er beschloß: hinfahren und an Ort und Stelle alles nachprüfen. Wenn es ihm gelänge, dort verschiedenes aufzudecken — dann wird er, ohne zurückzukehren, seine Schritte nach Moskau lenken, zu Lenin, in den Obersten Volkswirtschaftsrat, in den Rat für Arbeit und Landesverteidigung. Dort wird er alles berichten, alles aufdecken, die Schadel einhauen, Värm schlagen, alle auf die Beine bringen und sein Ziel erreichen. Das Werk muß in Betrieb gesetzt werden — unbedingt.

In der Fabrikleitung herrschte vollständige Mißwirtschaft, Untätigkeit, Bureaokratismus, und es ging dort irgend eine innere, unsichtbare Arbeit vor sich. Und alle laufen sie dort geschäftig mit bauchigen Aktentaschen herum, nach Kommunifantenart glatt rasier. Das dreistöckige Haus zittert jeden Tag unter den geschäftig-wimmelnden Menschenmassen, die von Tür zu Tür huschen, und jeden Tag von zehn bis vier sind die Trottoirs vor den Mauern des Gebäudes mit Reihen ungewöhnlich geschwätiger Menschen besudelt, die sich früher in Kaffeehäusern und auf der Börse herumgetrieben hatten. Und diese Massen sind nur vor dem Volkswirtschaftsrat. Vor

der Abteilung für soziale Fürsorge, vor der Volksbildungsabteilung, vor der Abteilung für Volkshygiene gibt es keinen solchen Menschenandrang. Uebrigens sieht man auch viele Menschen vor der Agrarsektion, vor der Kommunalwirtschafts-abteilung und vor der Außenhandelsabteilung.

Gleb ging vor seiner Abreise in das Exekutivkomitee, in den Volkswirtschaftsrat, in das Parteikomitee — sammelte Material, Berechnungen, Pläne und Verordnungen. Er nahm einen Brief von Babjin an dessen guten Freund und Genossen, Mitglied des Gebietsbureaus des ZK. der RKP., und einen Brief von Schidkij an dessen Freund und Genossen, Mitglied der Gebietskontrollkommission.

Er ging über die Straße, besaßte sich, um nach Hause zu kommen. Vom Werk bis nach Hause waren es vier Werk. Er ging und es schien ihm, als ob er diese Straßen zum ersten Male sah. Das waren nicht dieselben Straßen, wie sie noch vor einem Monat waren. Damals waren die Geschäfte mit den Spiegelfenstern leer oder als Magazine für alle möglichen Abteilungen verwendet. Und die Fenster waren staubig und mit Schmutz bespritzt. Und jetzt . . . jetzt waren auch Magazine, aber zwischen ihnen —

Hier wird in nächster Zeit . . . ein Dessertgeschäft . . . Kaffeehaus mit ständigem Streichorchester. . . Private Handelsgesellschaft. . . Genossen, stärkt das Bündnis der Stadt mit dem Dorfe. . . In aller nächster Zeit. . . Wer nicht arbeitet der soll auch nicht essen. . .

In dieser letzten Besung, die mit ellenlangen Buchstaben an die Wand des Stadthauses geschrieben war — hatte eine spöttische Hand das erste nicht mit Schmutz ausgeföhren, und alle Vorübergehenden konnten sich an diese neue Kombination der Worte nicht gewöhnen und lachten laut.

Wer arbeitet, soll auch nicht essen. . . Arbeiterrationen . . . Feuerzüge und Hamsterwesen . . . Handelsgesellschaft. . . Sawtschul, barsch und zerlumpt . . . hungrige Kinder im Kinderheim . . . Verwüstung und Verwilderung . . . Kaffeehaus und Streichorchester. . . In den Spiegelfenstern der Geschäfte blühen die ersten Blumen der Auslagen. . . Gleb blieb unruhig und voller Sorge stehen, und wußte nicht, wie diese große Frage formulieren, die wie ein Rebel in seinem Hirn wirbelte: Neue ökonomische Politik . . . Regulierung und Kontrolle. Märkte. Naturalsteuer. Genossenschaften.

So, Kaffeehaus und Streichorchester. . . Und ein halbes Pfund Rationsbrat? Und der Quitschein der Gemert-

schaften für ein Arschin Stoff, eine Schnurrbarbinde und Damenstrumpfbänder? . . . Warum fällen sich die Auslagen so rasch, und warum ist es so schwer und qualvoll ums Herz? . . .

Auf der anderen Seite der Straße, vor dem Fenster des Kaffeehauses, bemerkte er Polja. Sie stand mit dem Rücken zu ihm gewendet, sah durch das Fenster hinein und konnte sich nicht losreißen. Ein Mann in einer neuen Toppe, mit einer Aktentasche unter dem Arm (wer trägt jetzt keine Aktentasche?), lief eilig an ihr vorbei, stieß sie und riß sie durch seine Bewegung vom Fenster. Sie bemerkte es nicht — lehrte auf ihren früheren Platz zurück.

Gleb überquerte die Straße, stellte sich neben Polja: sie wird seine Nähe schon fühlen und wird aufwachen. Aber Polja bemerkte auch ihn nicht — sie stand mit Augen, die in dem Dunkel der Fenster sich aufzulösen schienen. Dort in der düsternen, dämmerigen Tiefe saßen an Tischen, paarweise, einzeln und in Gruppen, Menschen, die aus der Vergangenheit auferstanden waren. . . Kaffeehaus. . . In aller nächster Zeit. . . Heiße Pastetchen mit verschiedener Füllung. . . Und aus der unburchsichtigen Dämmerung tönten aus dem Fenster gespenstisch-ferne Geigen.

Hinter ihrem Rücken, auf dem Trottoir — näselnde, rasch sprechende Stimmen: . . . feste Valuta, nur für feste Valuta . . . die Reise nach Suchum. . . Die Ware ist frisch aus dem Auslande geliefert. . . franko . . . Feluken . . . Progente . . . Reingewinn . . .

Gleb drehte sich um — der Wdoakal Tschirsky und mit ihm ein ehemaliger Weingroßhändler. Er war ihm im Volkswirtschaftsrat begegnet. Dort hatte er auch Tschirsky gesehen. Was für Geschäfte hatten sie im Volkswirtschaftsrat zu erledigen?

Verflucht und verdamm! Im Werke riecht es noch nach dem Oktober und der Kopf hat sich noch nicht vom Bürgerkrieg ausgerührt. Wenn man aber in die Stadt kommt — so vollzieht sich eine seltsame Verschlebung und die Welt verändert ihr Antlitz. . . .

Gleb zog scherzend die Aktentasche aus Poljas Arm. Sie zuckte zusammen und erwachte. Erichroden schaute sie Gleb an und in ihren Augen sah er einen unterdrückten Schrei. „Schau nicht auf dies Gefindel, Genosin Mochowa. Wenn dich der Reid packt — so dränge dich in diese Hölle hinein und getritt das Ungeziefer. . . Komm, gehen wir in die Frauengruppe.“

(Fortsetzung folgt.)

und Bilderbücher mit sehr nützlichen und anregendem Inhalt, Kaspertheater und Guckkästen, die sich einer großen Beliebtheit erfreuen, Sinnbilder, Holzschnitzwerke in mannigfaltiger Art, Holzschnitzereien, Lithographien, Aquarelle, dazwischen in bunter Folge reizende Kippesachen und Modelle, kurz alles, was ein Kinderherz selig macht. Sogar eine Weihnachtspyramide, die früher die Stelle des Weihnachtsbaumes vertrat, fehlt nicht. Es ist eine erfreuliche, sehenswerte Ausstellung, die bei freiem Eintritt täglich vom 18. Dezember bis zum 31. Januar geöffnet ist.

„Vom Leben getötet.“

Berufungsverhandlung im Kolomat-Nachon-Prozess.

Heute beginnt in Bremen vor der großen Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Löwe die Berufungsverhandlung gegen Frau Elisabeth Kolomat. Wie erinnerlich, hat das Schöffengericht sie am 17. Juni d. J. wegen Kuppelei an der eigenen Tochter und an der Prostituierten Trude Wolff zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es u. a., Frau Kolomat habe zwar nicht aus dem Männerverkehr ihrer Tochter Nutzen gezogen, jedoch sich dadurch strafbar gemacht, daß sie die ständige Gefährdung der Elisabeth gebildet habe; vom Männerverkehr der Trude Wolff habe sie jedoch profitiert. Die Prostituierte Trude Wolff war aber die Hauptbelastungszeugin im Prozeß; sie durfte es sein, obgleich auf Grund ihrer Mitteilungen die Elisabeth verhaftet worden war und obgleich sie auf die Frau Kolomat wegen ihres Buches nicht gut zu sprechen war.

Die Vorgeschichte des Prozesses ist noch in guter Erinnerung. Im katholischen Herder-Verlag waren Tagebücher eines fünfzehnjährigen Mädchens unter dem Pseudonym Nachon erschienen. Als Ort der Handlung wurde aber bald Bremen, als Verfasserin die Schürferstraße Kolomat erkannt. Aus dem Inhalt des Buches glaubten Polizei und Krankenhaus schwere Vorwürfe gegen sich entnehmen zu müssen: es wurde da behauptet, die Polizei sei gegen die fünfzehnjährige Elisabeth zu scharf vorgegangen und habe sie zu einer Dirne getrieben; das Krankenhaus habe sie zu Tode kuriert. Die Polizei ging von der Defensio zur Offensio über und erzwang bei der Staatsanwaltschaft eine Anklage wegen Kuppelei.

Die Anklage vertritt diesmal wieder der Staatsanwalt Dredler; er hat die Zahl der Belastungszeugen auf 16 beschränkt. Als Verteidiger erscheint neben R. A. Dr. Hertel auch Justizrat Dr. Berthauer in Berlin. Es soll die Ladung einer größeren Anzahl von Zeugen beantragt werden zum Beweise dafür, daß Frau Kolomat ihrer ganzen Verfassung nach den Männerverkehr ihrer Tochter für harmlos habe halten können und daß der Hauptbelastungszeugin Trude nicht zu glauben sei. Auch soll die Rolle der Polizei in dieser Verhandlung zur Sprache kommen. Der Prozeß wird voraussichtlich zwei Tage in Anspruch nehmen.

Das Internationale Arbeitsamt.

Bei den sozialdemokratischen Juristen sprach der Direktor des Berliner Bureaus des Internationalen Arbeitsamtes, Regierungsrat Donau über die Organisation und die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes bei der Völkerbundkonferenz. Aufgabe des Arbeitsamtes ist die Berücksichtigung der sozialen Gerechtigkeit durch Bereinigung der sozialpolitischen Gesetzgebung, die möglichst gleichmäßige Gestaltung der Arbeitsverhältnisse in allen Ländern. Es besitzt zwei Organe: die Arbeitskonferenzen und den Verwaltungsrat. An der Arbeitskonferenz nehmen außer den zwei Regierungsvertretern aus jedem von den 55 Völkerbundländern je ein Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber teil. Die Arbeitskonferenz tritt einmal im Jahre in Genf zusammen. Ihre Aufgabe ist, Entwürfe zu späteren Vereinbarungen auszuarbeiten. Das Charakteristische in den Konferenzen und den Arbeitsausschüssen ist, daß die Bestimmungen nicht national, sondern gewissermaßen international orientiert sind; Arbeitnehmer stehen hier geschlossen gegen Arbeitgeber. Bis jetzt sind 25 Abkommen in Aussicht ausgearbeitet worden. Von diesen Übereinkommen hat z. B. Deutschland bis jetzt nur vier ratifiziert; die Ratifizierung zweier weiterer steht unmittelbar bevor. Das Achtstunden-Übereinkommen ist von 10 Ländern ratifiziert worden. Die geringe Anzahl von Ratifizierungen hat dazu geführt, daß die Abkommenentwürfe nicht mehr den sozialpolitisch am höchsten stehenden Ländern angepaßt werden, sondern gewisse Mindestforderungen enthalten; die Höchstforderungen werden gewissermaßen nur programmatisch festgelegt.

Das Arbeitsamt selbst wirkt als beauftragender Verwaltungskörper. Er besteht aus 24 Mitarbeitern, von denen sich die eine Hälfte aus Regierungsvertretern zusammensetzt; die andere Hälfte besteht aus Vertretern von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Der Vorsitzende des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, ist seinerseits eine außerordentlich energische Tätigkeit aus, bereit persönlich die in Frage kommenden Länder, um insbesondere die Gewerkschaften zu veranlassen, daß sie durch ihren Einfluß das Zustandekommen der Ratifizierungen bewirken. Dies ist ihm schon oft verübelt worden. Dem äußerst interessanten Vortrage folgte eine rege Diskussion.

Der Fall des Bürgermeisters.

Sein vielfach vorbestrafter Geldvermittler.

Vor dem Schöffengericht in Eberswalde findet augenblicklich ein Verurteilungsprozeß gegen zwei deutsch-nationale Männer statt: den Bürgermeister König und seinen Geldvermittler, dem mehr als in 30 Fällen wegen Diebstahls, Urkundenfälschung, Betruges und Steuerhinterziehung vorbestrauten Pächter des Gütes „Neue Rühle“, Hamann — die letzte Gefängnisstrafe dieses Angeklagten betrug nicht weniger als sieben Jahre Gefängnis. Allerdings behauptet Bürgermeister König, daß er von dem Vorleben Hamanns keine Ahnung gehabt habe, das umso mehr, als dieser beim Landrat Vogel ein- und ausging; hinzu komme noch, daß Hamann ihm 500 000 R. Kredite für Bauten besorgt habe — ohne Gegenleistung.

Den Ausgangspunkt dieses Prozesses bildet ein Wechsel in Höhe von 350 000 R., den die Stadt Eberswalde der bald darauf verstorbenen Luise Städtichen hinterlassen hat, sie erhielt 150 000 R. und einen Rückwechsel über die restlichen 175 000 R., die jedoch anstatt ins Depot der Bank in den Ruhr-Berband gingen. So mußte dieser Wechsel schließlich von der Stadt Eberswalde eingelöst werden; also hatte sie 175 000 R. verloren. Um den Schaden gutzumachen, wandte sich König an den Geldvermittler Hamann. Diesmal aber ohne jeden Erfolg für die Stadt, aber mit um so größerem für Hamanns Tasche. Zuerst beschloß man, einem

Rittergutsbesitzer Herrn v. Kriebel einen Kredit von 350 000 R. zu geben und bei dieser Gelegenheit den Wechsel loszumachen. Aus der Operation wurde nichts. König gab aber Kriebel ohne Befragung des Magistrats 8500 R. Vorschuß, die in Wirklichkeit eine Provision für Hamann darstellten. Dann verfuhr man drei Häuser in Berlin zu beleihen. Gleichfalls ohne Erfolg. Schließlich fand man einen Ausweg. Hamann kaufte im Jahre 1925 das Gut „Reiersdorf“ und verlangte von der Stadt eine Hypothek von 180 000 R., von denen 30 000 R. sofort an ihn gezahlt werden sollten. Er erhielt auch das Geld. Allerdings nicht durch die Sparkasse, sondern aus der Kammerschatzkasse, und zwar das Geld, das der Notar für v. Kriebel zu treuen Händen empfangen hatte. Den Betrag sollte man von der späteren Hypothek auf das Gut Reiersdorf abrechnen. Hamann aber erklärte sich bereit, unter diesen Umständen den notleidenden Wechsel in Zahlung zu nehmen.

Nordverfahren gegen Primaner Krank.

Die Affäre in ein neues Stadium getreten.

Die von dem Verteidiger des Primaners Paul Krank beantragte Erklärungsfrist zu der gegen Krank erhobenen Anklage wegen gemeinschaftlichen Mordes an dem Kochlehrling Stephan ist gestern abgelaufen. Rechtsanwalt Dr. Frey hat den Antrag gestellt, das Verfahren gegen Krank wegen Mordes nicht zu eröffnen, da jeder Beweis fehle, daß er an der Tat des Günther Scheller teilgenommen habe. Ueber diesen Antrag wird von der Beschlußkammer des Schwurgerichts II entschieden werden, sobald der Beschluß gefaßt wird, ob der Anklage gemäß das Hauptverfahren gegen Krank zu eröffnen ist.

Inzwischen ist die Nordaffäre Krank in ein neues Stadium getreten. Als Rechtsbeistand des Grobhirten Scheller hatte Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt beantragt, das Verfahren gegen Paul Krank auch wegen Ermordung von Günther Scheller einzuleiten und Anklage zu erheben. Da die Staatsanwaltschaft gegen diesen Antrag entschieden hat, ist jetzt Beschwerde beim Generalstaatsanwalt des Kammergerichts gegen diesen Beschluß erhoben worden. Dieser Antrag wird damit begründet, daß Günther Scheller Einkäufer war und daß die beiden Schüsse, durch die Stephan getötet wurde, nachweislich linkschüssig abgegeben worden sind, während der angebliche Selbstmordschuß des Günther Scheller in die rechte Schläfe abgegeben worden ist, so daß der Rechtsbeistand daraus folgert, daß die Tötung Schellers nach vorheriger Verabredung durch seinen Freund Krank erfolgt sei. Außerdem aber hat Rechtsanwalt Dr. Arthur Brandt auch noch beantragt, Krank wegen Bedrohung der Hilde Scheller und wegen Verabredung zur Ermordung der Hilde Scheller nach § 49b des Strafgesetzbuches unter Anklage zu stellen. Bekanntlich hatte Krank, als Hilde Scheller auf die Schläfe hin wieder ins Zimmer stürzte, ausgerufen: „Rum-mehr-mache ich Schluß, es sind noch drei Kugeln im Lauf!“ Daraus folgert der Rechtsbeistand der Familie Scheller, daß Krank beabsichtigt habe, auch Hilde Scheller, wie es vorher festgelegt worden war, zu töten. Krank allerdings behauptet, daß er sich selbst nur gemeint habe. Ein Gedicht, das kürzlich veröffentlicht wurde und aus dem eine gewisse seltene Uebersetzung der sechzehnjährigen Hilde Scheller gefolgert wurde, stammt übrigens, wie wir erfahren, nicht von ihr, sondern sie hat es aus einer Sammlung, die Krank ihrem Bruder gegeben hatte, abgeschrieben und soll es dann auch noch mit spöttischen Bemerkungen versehen haben. Ob Krank selbst der Dichter ist oder ob er es auch irgendwo abgeschrieben hat, steht noch nicht fest. Bei dem jetzigen Stande des Verfahrens dürfte die Schwurgerichtsverhandlung voraussichtlich erst im September stattfinden.

Aufklärung eines Raubüberfalls.

In der Nacht zum 5. Dezember hatte eine Verkäuferin Frieda B., die auf dem Bahnhof Grunewald einen Kiosk betreibt, nach der Durchfahrt des letzten Fernzuges die Tageskassette in ihre Geldtasche gesteckt und einige Sachen von Bäckert in einen Eimer gelegt. Gegen 1 1/2 Uhr ging sie dann vom Bahnsteig herunter, um sich zum Abrechnen in das nahegelegene Wirtschaftsgebäude zu begeben. Da sprang plötzlich hinter einen Baum hervor ein junger Burde auf sie zu und versuchte, ihr mit Gewalt die Geldtasche und den Eimer zu entreißen. Das gelang ihm aber nicht. Die Ueberfallene setzte sich mit dem Eimer zur Wehr, rief um Hilfe und zwang den Räuber zur Flucht. Der Burde entkam

Funkwinkel.

Es ist hier schon oft die Feststellung gemacht worden, daß die Berliner Funkstunde ihre Programme ökonomischer einleiten muß. Will sie die Ueberlegenheit der klassischen Musik über die moderne oder umgekehrt an einem Tage demonstrieren? Man kann gegen Unterhaltungsmusik mit der Maritima-Duettreihe und ähnlichem allerlei einwenden, wenn am Abend irgendein Kunstpieker und ein Tiroler Quartett sich produziert. Aber Bach, Beethoven und Reger am Nachmittag und moderne Komponisten abends bedeutet etwas zu viel des Guten. Gibt man klassische Musik am Nachmittag, dann wäre ein populäres Orchesterkonzert abends angebracht, oder jetzt man kurz nach dem Mittagessen, dann könnte die Problematik der Modernen musikalisch am Abend ausgewertet werden. Musik ist und bleibt für den Rundfunk das eigentliche Gebiet. Doch eine Ueberspannung ist auch in dieser Beziehung abzulehnen. Die Stunde der Lebenden, eine Einrichtung des Rundfunks, die nicht genug zu loben ist, paßt am besten für den Sonntagmittag. Hier hat jeder Zeit zu hören und ist ausgerichtet. Die neuartige Einrichtung, Jazzkonzerte aus irgendeinem Theater zu übertragen, würde sich besser für die Abendstunden am Wochentag eignen, wo der Hörer, der von der Arbeit kommt, gern eine Entspannung erlebt. Was soll er aber, müde und abgelenkt, mit problematischen Kompositionen von Grolz, Weigl oder Behr anfangen? Auch der Arbeiter will die moderne Musik kennenlernen. Doch alles zu seiner Zeit. Was hier von abgesehen im Rundfunk geschieht, hat unbedingt künstlerisches Niveau. Daß Paul Schmidt ein Meister des Orgelbaus ist, bestätigt Ray von neuem Carol Greiter spielt Beethovens Appassionata farblich und ausdrucksvoll, und Maurits van den Berg ist als hochbegabter Interpret klassischer und moderner Komponisten bekannt. Die Stunde der Lebenden bringt diesmal gewissermaßen einen Ueberblick über die Zweipoligkeit im modernen Musikleben. Antonas steht neben Melobiosen, Grotteskes neben Kathetischem. Professor Weismann gibt kurze, klar umrissene Charakteristiken der aufgeführten Lieddichter. Verdienstvoll, daß Hermann Rasch die Entstehung eines Buches schildert, die Schwierigkeiten, die ein Autor hat, um sein Werk anzubringen, die Honorarfrage, die Drucklegung und schließlich den Vertrieb.

ohne Beute in den Grunewald hinein. Der Polizei ist es gelungen, den Täter zu ermitteln. Es handelt sich um zwei junge Menschen von 18 und 19 Jahren; sie sind beide wohnungs- und arbeitslos und standen dem Richter gegenüber.

Zahnplomben aus Kupferamalgam.

Ihre Gefährlichkeit ist erwiesen.

In der in diesen Tagen stattgefundenen Sitzung des „Bereins für innere Medizin“ berichtete Prof. Dr. Fleischmann über die Ergebnisse seiner Untersuchungen „zur Frage der Gefährlichkeit kleinster Quecksilbermengen“, die er als Leiter der an der II. Inneren Universitätsklinik der Charité eigens dafür geschaffenen Untersuchungsstelle seit über einem Jahre geführt hat.

Bekanntlich haben die auffehenerregenden Befunde des Chemikers Prof. Stod (Berlin), die dieser vor etwa anderthalb Jahren mitteilte, die Frage aufgeworfen, ob der Quecksilbergehalt der Amalgamplomben zu chronischer Quecksilbervergiftung der Amalgamplomben zu chronischer Quecksilbervergiftung durch geringe Aufnahme von Quecksilber in dem Körper führt. Es wurde daher damals eine Stelle geschaffen, an der Kranke, die an Quecksilbervergiftung zu leiden glauben, genau untersucht wurden, sowohl auf ihre Beschwerden, wie auf die Beschaffenheit ihrer Zahnfüllungen und auf die Anwesenheit von Quecksilber im Harn. Prof. Fleischmann teilte nun mit, daß seine Nachprüfung insofern eine Bestätigung der seitherzeit von Prof. Stod gemachten Beobachtungen erfahren hätten, als tatsächlich aus kupferhaltigen Amalgamfüllungen — bei Chelomalgamen nur selten — häufig kleinste Quecksilbermengen in den Körper übergeben. Allerdings sei dieser Nachweis noch nicht gleichbedeutend mit einer Schädigung, die nur dann eintritt, wenn außerdem eine gewisse Ueberempfindlichkeit des Körpers vorhanden ist, wie sie auch bei gewissen anderen Medikamenten, zum Beispiel Jod und sogar bei gewissen Nahrungsmitteln (Krebsten, Erdbeeren), manchmal beobachtet wird. Jedemfalls erhebt Prof. Fleischmann die Forderung, daß das Kupferamalgal aus dem Arzneischatz des Zahnarztes verschwindet und daß in Zukunft auch in der Kassenpraxis und in der Schulzahnpflege das Kupferamalgal nicht mehr gebraucht wird, sondern daß es mangels anderer einwandfreier Füllungsmaterialien zunächst durch das sogenannte Chelomalgam ersetzt wird. Zu erklären sei diese relative Giftigkeit durch die unangenehme Eigenschaft der Kupferamalgalfüllungen, sich mit der Zeit auszuwaschen und porös zu werden und dadurch eine Auscheidung von Quecksilber zu begünstigen.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich Professor Dieck (Berlin) und Dr. Borinsten vom Hauptgesundheitsamt der Stadt Berlin. Letzterer gab einen Ueberblick über die bisherigen Ergebnisse der seit mehreren Monaten an den Berliner Schulzahnkliniken gemachten Quecksilberuntersuchungen, der Schulzahnärzte, Schwestern und Schulkinder, die sowohl im Harn wie im Stuhl Quecksilber zeigten. Professor Stod (Berlin) gab seiner Betrübnis Ausdruck, daß seine im Vorjahre ausgesprochenen Bedenken gegen die Amalgamfüllungen doch zu einer kritischen Nachprüfung geführt hätten, und daß diese ein ganz ähnliches Resultat wie seine eigenen Untersuchungen gezeigt hätten.

Auch ein Stellennachweis!

Industrie und städtische Behörden vernachlässigen ihn.

Aus Architektenkreisen wird uns geschrieben: Der öffentliche Stellennachweis in der Rostocker Straße, der unter anderem auch die Techniker der verschiedenen Großindustrien umfaßt, ist vor längerer Zeit von der Stadt Berlin als gemeinsames Institut ins Leben gerufen worden und wird von ihr mit großen Kosten unterhalten. Unter den klagelustigen Bewerbern sind bewährte, tüchtige Kräfte die allen an sie gestellten Anforderungen genügen könnten. Es ist aber den mit der Stellungsvermittlung betrauten Beamten des städtischen Stellennachweises trotz bestem Willen in vielen Fällen nicht möglich, selbst fähige Bewerber in Stellungen unterzubringen. Ihre Bemühungen scheitern an dem passiven Widerstand der in Frage kommenden privaten Firmen oder auch städtischer Behörden. Es herrscht eben eine ungebührliche Vorurteilhaftigkeit gegenüber den von dem städtischen Stellennachweis zugelassenen Bewerbern für vakante Stellen. Um diesem bedauerlichen Zustand abzuwehren, müßten die städtischen Behörden den privaten Firmen mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie als städtische Behörden in erster Linie auch die von dem städtischen Stellennachweis überwiesenen stenosomen Bewerber berücksichtigen und in ihre Bureaus einstellen. Ferner müßte die Bauverwaltung der Stadt Berlin bei Ausführung eigener Bauvorhaben zuerst auch ihren eigenen Stellennachweis in Anspruch nehmen.

Der Rettungsdienst der Arbeiteramariter.

Ueber den von den Arbeiteramaritern auf dem Tegeler See und den angrenzenden Gewässern ausgeübten Rettungsdienst liegt jetzt die Statistik für den Sommer dieses Jahres vor. Das im Mai in Denit gestellte große Motorrettungsboot hat sich außerordentlich bewährt, es hat sich gezeigt, daß seine Anschaffung dringend nötig war. Das mitgeführte Bordbuch verzeichnet folgende Unglücksfälle, bei denen die Samariter helfend eingreifen konnten:

Gefamziffer der Unglücksfälle: 103, Ertrunkene 21, Wiederbelebung mit Erfolg 16, ohne Erfolg 5. Wertvolle Dienste bei den Wiederbelebungserlöchen leistete der an Bord befindliche Pulmotor, den auch die städtische Feuerwehr bei allen in Frage kommenden Fällen anwendet. Lobend erwähnt seien auch die Rettungsschwimmer und ihre tatkräftige Unterstützung. Außerdem wurden nicht weniger als 26 Boote, die aus den verschiedensten Gründen Havarie erlitten und gekentert waren, abgeschleppt, und die mit dem Tode kämpfenden Insassen den Wellen entzogen. Leider wird die Geländebefreiung auf dem Tegeler See durch seine buchtenreichen Ufer außerordentlich erschwert. Eine zweite ständige Dienstbesetzung durch ASB. land im Freibad Rixdalsee statt. Aus der dort geführten Statistik ist folgendes ersichtlich: Gefamziffer der Unglücksfälle: 833, Ertrunkene 29, Wiederbelebung mit Erfolg 23, ohne Erfolg 6, Transport zum Arzt 22, zur Wohnung 13, ins Krankenhaus 29.

Aus diesem kurzen Ueberblick ist klar ersichtlich, wie dringend notwendig der verstärkte Ausbau des Sicherheitsdienstes in den Freibädern ist, damit der werktätigen großstädtischen Bevölkerung, die nach schwerer Tagesarbeit ein paar Stunden der Erholung sucht, die absolute Gewähr gegeben ist, daß alles zur Sicherheit des Lebens getan ist. Die Behörden werden durch Gewährung höherer Beiträge den Ausbau des Rettungswesens fördern müssen. Bräute



Lachende Gesichter

Fröhliches Weihnachtsfest

überall



wo eine gute JUHLZIGARE im Hause ist. — Die vornehme gediegene Ausstattung macht sie zum Geschenkartikel geeignet für alle mit neugierigem Blick führen, was Sie suchen.

achten Sie auf unsere Schutzmarke

Spenden sind unter Postcheckkonto 108354 erbeten. Zu bemerken ist, daß der Samariterdienst von den Mitgliedern des VSB. ehrenamtlich ausgeübt wird, daß aber die sachlichen Ausgaben doch recht hoch sind.

Schwarzweißrote Verfassungsfeier.

Ein gemäßigter Studienrat.

Den 11. August dieses Jahres, den Erinnerungstag der Reichsverfassung von Weimar, glaubte eine Klasse der Höheren Staatsschule in Cuxhaven dadurch am würdigsten zu begehen, daß sie mit einer Schwarzweißroten Fahne bei ihrem Ausflug herumbislerete. Verantwortlich für diese monarchische Demonstration war der Studienrat Niehner, der die gleiche Gefühlsregung bereits im Vorjahre für angebracht gehalten hatte. Der Leiter der Anstalt, ein Studiendirektor Dr. Lohmeyer, erachtete es nach Bressempfehlungen nicht für nötig, von Amts wegen gegen diese Provokation der Staatshoheit der Republik einzuschreiten, nein, er belegte im Gegenteil ein Cuxhavener republikanisches Blatt, die „Alte Liebe“, das sein Verhalten kritisiert hatte, mit Bonitätsmaßnahmen.

Die Republikanische Beschwerdestelle wandte sich an die Oberschulbehörde der freien und Hansestadt Hamburg und erhielt am 6. Dezember vom Präses der Oberschulbehörde einen mitleidigen Bescheid. Dieser besagt, daß in der Angelegenheit der Verfassungsfeier der Höheren Staatsschule in Cuxhaven in den allernächsten Tagen nach dem 11. August der Lehrer, der geduldet hatte, daß bei dem Ausflug eine Schwarzweißrote Fahne mitgenommen wurde, vom Schulleiter in Gegenwart des Vertrauensauschusses der Schule auf das durchaus Ungehörige dieses Verhaltens hingewiesen worden ist. Außerdem habe der Schulleiter seiner vorgesetzten Behörde unterzüglich einen Bericht über das Vorkommnis und darüber, daß er den Studienrat Niehner auf das Ungehörige seines Verhaltens hingewiesen habe, eingereicht. Im Dienstaufsichtswege sei sodann der Lehrer durch die Oberschulbehörde zur Strafe einer ersten Verwarnung verurteilt worden. Die ernste Verwarnung sei ihm dann durch den zuständigen Oberschulrat erteilt. In der Antwort der Hamburgers Oberschulbehörde heißt es dann weiter: „Es darf wohl die bestimmte Hoffnung ausgesprochen werden, daß sich ein so ungehöriges Vorkommnis nicht wieder ereignet.“

In der Angelegenheit des Bonitäts der „Alten Liebe“ hat der Präses der Oberschulbehörde in Hamburg mitgeteilt, daß „ein Bonitäts der Zeitung durch die Schule als staatliches Organ oder den Schulleiter als hamburgischen Beamten, wie meine Untersuchung ergeben hat, nicht erfolgt ist. Alle amtlichen Insignien werden der „Alten Liebe“ nach wie vor gemacht, auch alle anderen amtlichen Publikationen der Schule.“

Das energische Durchgreifen der Hamburger Oberschulbehörde kann als erfreulich verbucht werden. Hoffentlich nehmen sich auch in den anderen deutschen Ländern die zuständigen Behörden ein Beispiel daran und erteilen Pädagogen, denen das erforderliche Verantwortungsgefühl gegenüber ihren schuldlosen Schülern und das rechte Verständnis für nationale Würde fehlen, die gebührende Rüge.

Neu-Deutschland. Wenn Neuheiten in der Großstadt auftauchen, kann es sich in neun bei zehn Fällen nur um Reklame handeln. Diesmal ist es ein leuchtendes Flugzeug, unter dessen Tragflächen elektrische Lichtbuchstaben aufkommen und auswechselbar, ähnlich wie bei der Wandlerchrift, die Reklamezeilen verändern. Der Besizer wurde die Neuheit zum erstenmal vorgeführt. Wenn die

Die Staatliche Porzellan-Manufaktur Berlin veranstaltet in ihren beiden Verkaufsräumen Leipziger Str. 2 und Bismarckstr. 1 am Stadtbahnhof-Viergarten eine Weihnachtsausstellung, deren Besuch jedem Liebhaber Berliner Porzellans empfohlen sei. Eine große Anzahl überraschend preiswerter Weihnachtsgaben, wie Tassen, Dolan, Schreibzeuge, Mägenbecher, Figuren, Porzellanfiguren und viele begehrenswerte Stücke für den Haushalt stehen in reichhaltiger Auswahl bereit.

Die durch ihre einzigartige Handmalerei berühmten Porzellane der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Berlin sind als vornehm und dabei erschwingliche Weihnachtsgaben besonders zu empfehlen. Beide Verkaufsräume sind auch am kommenden Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet.

Breslauer die große Attraktion nicht zu sehen bekommen haben, so lag es an dem wechselnden Wetter, das zeitweilig den Berliner Flughafen in ein russisches Schneetreiben hüllte. Immerhin bot die Veranstaltung viel Interessantes, eines der größten Flugzeuge, das der Flughafen je gesehen hat, ist in den Dienst dieses neuen Unternehmens gestellt worden. Ursprünglich flog die Maschine zwischen Raiterhafen und London und hat durchschnittlich 15 Passagiere aufgenommen. Die Kabine ist so geräumig und hoch, daß in ihr zweimal ein Reumpferd nach London transportiert werden konnte. Auch für ihre Leuchtflüge braucht sie vier Mann Bedienung. Ihre Flügelspannweite beträgt etwa 30 Meter und die Rumpftiefe etwa 10 Meter. Man könnte sie als das zurzeit größte Flugzeug Europas anprechen. Sie wird von drei Motoren angetrieben. Die Lichtanlage selbst wird durch einen separat angebrachten vierten Motor mit Dynamo erzeugt. Eine heulende Sirene sorgt dafür, daß die Bevölkerung Kenntnis davon nimmt, wenn der Riesenvogel zum Schreden aller Seetiers mit seinen Schwingen über dem Häusermeer dahinfliehet.

Die Opfer des Waisenhausbrandes.

Bei den Aufräumungsarbeiten nach dem Waisenhausbrand in Durbec sind bisher 26 Leichen geborgen worden. 34 Kinder werden noch vermisst. Die Rettungsarbeiten wurden durch das rasche Umsichgreifen des Brandes erschwert, denn die Mauern stürzten nach ganz kurzer Zeit nach Ausbruch des Brandes ein. Der Brand ist vermutlich durch eine Gasexplosion entstanden, wodurch ein Lammstall in Brand geriet. Die Kinder wurden aus den Schlafkammern in Rachtischen ins Freie geführt oder auf Leitern hinausgetragen. Viele Kinder nutzten in die Sprungtische springen. Bei zahlreichen Verletzten sind schwere Verbrennungen festgestellt.

Kommunisten! Die genossenschaftlich organisierten Parteimitglieder der 118. Abteilung, die zur 84. Warenabgabestelle (Schiffstr. 67) gehören, werden zu einer Versammlung am Freitag, dem 16. Dezember, 9 Uhr, in der Kasse von Marx, Neue Schönhaferstr. 28, eingeladen. Tagesordnung: Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung der Kommunisten. Erscheinen ist Pflicht!

Aus der Partei.

Kommunalpolitische Neuerscheinungen.

Das neueste Heft der kommunalpolitischen Zeitschrift „Die Gemeinde“ (Nr. 24) bringt neben zahlreichen Mitteilungen und Anregungen für sozialistische Arbeit in Stadt und Land einige beachtenswerte größere Artikel. Einer der Beiträger der Schachredaktion seien hier genannt: Die Veranlagung der Realisten von Stadtkämmerer Bruno Kisch, Frankfurt a. M.; „Die kommunalen Beerdigungsinstitute“ von Amtsverwalter Schimmel-Derne, Stadtobersekretär Braune schreibt über die Anstoßredaktion und Studienrat Dr. Bittke über die Höheren Schulen Berlins. Oberbürgermeister Kämpel-Freitag l. Sa. schildert in einem Reisebericht seine Eindrücke über „Jugoslavische Kommunalpolitik“. „Die Gemeinde“ erscheint vierzehntägig beim Verlag A. H. W. Dieckmann, Berlin SW 68, Lindenstr. 3 und ist zum Preise von monatlich 90 Pf. durch alle Postanstalten und Buchhandlungen zu beziehen.

Die Kulturpflege in den Gemeinden. Der Verlag A. H. W. Dieckmann hat das ausgezeichnete Referat des Stadtverordneten G. Bener, das auf der 2. Reichskonferenz für Kommunalpolitik in Magdeburg gehalten wurde, als Broschüre für 30 Pf. herausgegeben. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Kommunale Wohnungswirtschaft und Wohnungskultur. Die auf der 2. Reichskonferenz für Kommunalpolitik in Magdeburg gehaltenen Referate des Stadtrats Ruppel-Berlin und des Landtagsabgeordneten Reyer-Soltingen sind beim Verlag A. H. W. Dieckmann als Broschüre zum Preise von 40 Pf. erschienen.

Die jüdischen Sozialisten Polens sind in den „Bund“ und die „Boles-Bund“ gespalten, letztere wieder in eine Rechte und Linke. Alle Lehnen die Beteiligung am Rinderheidenlauf ab; ihr Wahlbündnis miteinander würde ihnen voraussichtlich einige Mandate verschaffen; bisher hatten sie nicht eins.

Coon Journeman. Seit Anfang der neunziger Jahre Kampfer der Freiheitsbewegung und Abgeordneter der belgischen Arbeiterpartei, ist in Brüssel, 66 Jahre alt, gestorben.

Sport.

Kampfabend des Polizei-Sportvereins.

Seinen letzten Kampfabend in diesem Jahr wickelte der Polizei-Sportverein im „Kriegervereinshaus“ in der Chausseestraße ab. Der Besuch war schwach; die durchweg guten Leistungen der Beger hätten ein volles Haus verdient. — Campe I (PSB.) gegen Babstein (Leut.), Böglar (Union) gegen Reichert (PSB.) trennten sich unentschieden. Auch im Bellergewicht brachte es Anders (Pol. Schule Brbg.) gegen Schwarzgültz (UEB.) nur zu einem Unentschieden. Durch genauen Treffer lag K. etwas vor, doch reichte es nicht zu einem Punktsiege. Einen flotten, aber auch harten Kampf gab es im Mittelgewicht zwischen Thoren (Pol. Schule Brbg.) und Frank (Df.); Schlagwechsel bis zur letzten Kampfhälfte. Die Punktrichter gaben den Sieg an Thoren. Einen recht knappen Punktsieg errang Korduan (Leut.) im Mittelgewicht über den talentierten Drähing (PSB.). In der dritten Runde drückte K. seinen Gegner in äußerst unfairer Weise aus dem Ring, so daß Drähing rücklings auf den Saalboden stürzte. D. hielt sich dann trotz mehrerer Niederschläge bis zum Schluß recht tapfer. Im Halbschwergewicht schlug Hoffmann (Df.) den Polisten Heide nach Punkten. Heide, der über einen enormen Schlag verfügt, ist viel zu wenig Latifler, als daß er seinem Gegner auch nur einmal hätte gefährlich werden können. Im zweiten Halbschwergewicht trennten sich Anzorg (PSB.) und Klein (Hannover) nach drei spannenden Runden unentschieden. Schließlich konnte Daniel (PSB.) über den guten Lücke (Hannover) im Schwergewicht knapp, aber verdient, nach Punkten gewinnen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Kocher, ver.) Welt wolkig mit nur unbedeutlichen Schneefällen und weiter zunehmendem Frost. — Für Deutschland: Nur noch in Süden und Südosten geringe Schneefälle, überall Temperaturabnahme.

Der Electrola-Gesicht-Don ist eine sehr zu begrüßende Erfindung für alle, die einen Reiterklub ein Weihnachtsgeschenk auswählen wollen, von dem sie sicher sind, daß es dem Empfänger Freude machen wird, weil er noch eigenes Gesicht seine Blätter betrachten kann. Der Gesicht-Don, dessen Schwere dem Wunsch des Senders entsprechend ausgestellt wird, ermöglicht dem Empfänger die Auswahl der Electrola-Fabrik ganz nach eigener Wahl. Der bewundernswürdige Besuch der großen Electrola-Ausstellung in der Leipziger Str. 28 und am Ratschhausdam 30 bewirkt die Reichtümer der Electrola-Fabrik.

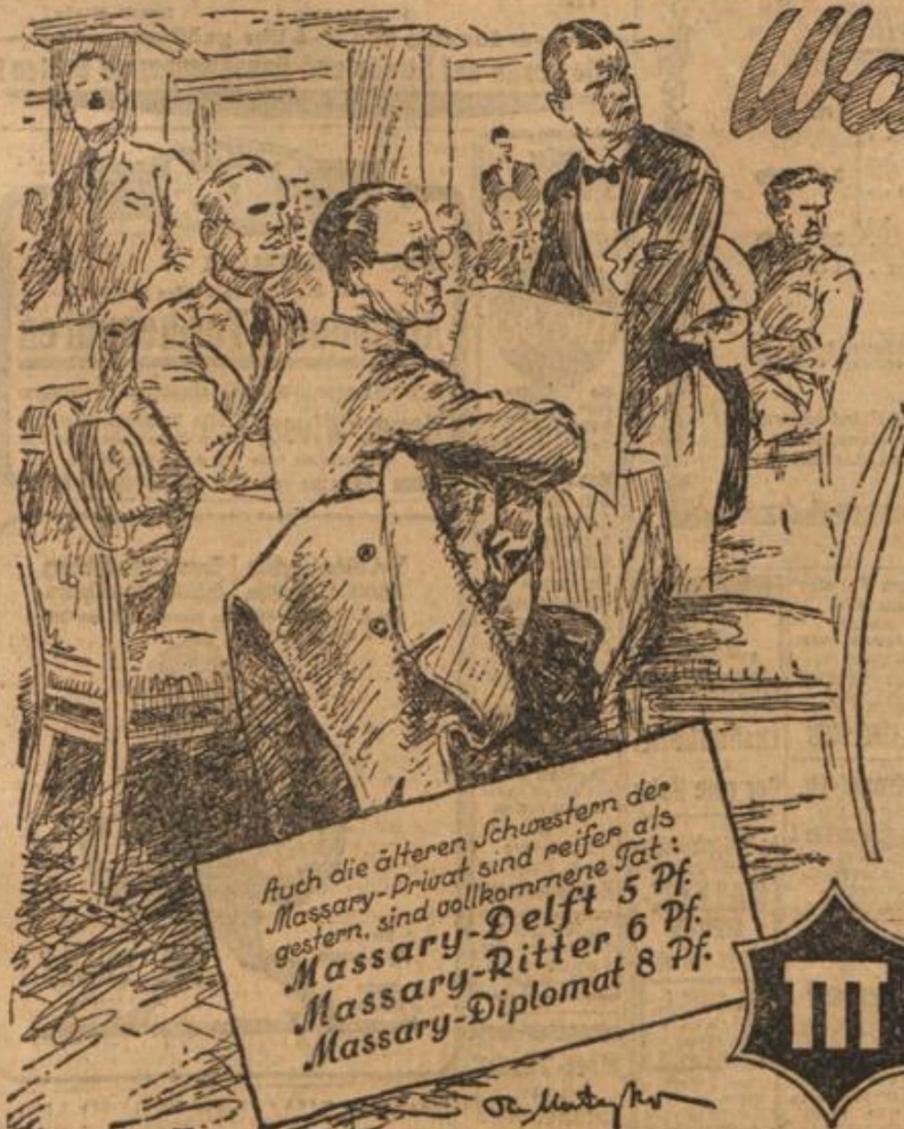
Die richtige Behandlung der Verdauungsbeschwerden

besteht in der Ueberwindung der Ursache des Leidens — des Säureüberschusses — durch den die empfindliche innere Magenwand angegriffen und schmerzlos, normale Verdauung behindert wird. Es gibt zu diesem Zweck nichts Besseres, als die Anwendung von einem halben Teelöffel voll Biferitz Magnesia, durch welche die Säure unschädlich gemacht wird, die Schmerzen und Beschwerden beseitigt werden. Die Entzündung der Gewebe gemildert und der Magen in den gesunden Zustand zurückgeführt wird, in schmerzloser, normaler Weise zu funktionieren. Probieren Sie es einmal! Beobachten Sie, wie der Schmerz verschwindet — als ob er weggezaubert wäre! Kaufen Sie noch heute Biferitz Magnesia von Ihrem Apotheker.

Wichtig! Hüten Sie sich vor Nachahmungen und bestehen Sie darauf, nur die echte Biferitz Magnesia zu erhalten, die den Namen Bismag Ltd. London trägt.

Qualitätsstoff
Praktisches Weihnachtsgeschenk
Aachener Anzugstoffe 12.—
Aachener Rosenstoffe 13.50
Metzer Mk.

Baer Sohn A.-G.
Chausseestraße 29 30



Was ist passiert?

Nichts von Bedeutung:
Zwei Herren gerieten in einen lebhaften Meinungswechsel, und einen Augenblick sah die Situation bedenklich aus. . . .
Wenn nicht der Gast am Nebentisch die erhitzten Gemüter besänftigt hätte. Mit freundlichen Worten, mit Massary-Privat.
Interessant zu beobachten, wie bedeutsam in solchen Situationen eine gute Zigarette ist, wie sie die Gedanken klärt und eine Atmosphäre der Verträglichkeit schafft.

Auch die älteren Schwestern des Massary-Privat sind reifer als gestern, sind vollkommene Tat:
Massary-Delft 5 Pf.
Massary-Ritter 6 Pf.
Massary-Diplomat 8 Pf.



Massary-Privat 4 S
ohne Mundstück- und mit Goldmundstück
Das ist Tabak!

Angestelltenversicherungsgesetz.
Gesetzentwurf zur Aenderung.

Alle Parteien des Reichstags haben einen Gesetzentwurf zur Aenderung des Angestelltenversicherungsgesetzes eingebracht, wonach für die freiwillige Beitragsrichtung die Beitragsklassen G, H, J und K gebildet werden. Der freiwillige Monatsbeitrag beträgt in der Beitragsklasse G 25 M., in H 30 M., in J 40 M. und in K 50 M. Das Gesetz, das der Reichstag in seiner Rittersitzung bereits verabschiedet hat, tritt am 1. April 1928 in Kraft.

Die Ortslohnzulagen der Eisenbahner.

Bei der Reichsbahn sollen bis Sonntag abgeschlossen werden. Bis jetzt wurde über zwölf Bezirke verhandelt; verschiedene große Bezirke, wie Hamburg und Berlin sind zurückgestellt worden. Die Zugeständnisse der Reichsbahnhauptverwaltung sind bis jetzt sehr mager. Ein Gesamturteil über die Regelung der Ortslohnzulagen läßt sich erst nach Abschluß der Verhandlungen fällen.

Die Verhandlungen über die Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe für das gesamte Eisenbahnpersonal sind ergebnislos verlaufen. Die Hauptverwaltung hat zunächst eine solche Beihilfe abgelehnt, sich aber bereit erklärt, erneut darüber zu verhandeln, wenn das Reich den Reichsarbeitern eine Weihnachtsbeihilfe gewährt.

Die Forderung auf Bewilligung einer Weihnachtsbeihilfe ist von den Organisationen vor allem deshalb gestellt worden, weil die Reichsbahn-Gesellschaft eine generelle Lohnerhöhung abgelehnt hat. Die Reichsbahnhauptverwaltung verteidigt sich hinter dem Reichsfinanzministerium. Zur Abwechslung hat man die Rollen vertauscht. Bei der Frage der generellen Lohnerhöhung hat sich das Reichsfinanzministerium hinter der Reichsbahn-Gesellschaft verchanzt. So sucht einer Deckung hinter dem anderen, und der Endeffekt ist, daß die Arbeiter die Geprellten sind.

Ein Kommunistenstreik.
Gegen den Textilarbeiter-Verband.

Vergeblich kämpfen die Moskauer Arbeiter um die Eroberung der Ortsverwaltung. Es naht wieder die Zeit der Neuwahl, und weil die alberne und oft pöbelhafte „Opposition“ in den Versammlungen nur Sicherheit erzielte, suchte sie schärfere Mittel anzuwenden. Man hegte mit lägenhaften Versprechungen die unorganisierte Arbeiterschaft von Gebauer in einen wilden Streik, der schon bei seinem Beginn als völlig erfolglos bezeichnet werden mußte, weil er mit seiner Spitze gegen den Textilarbeiterverband gerichtet war, um die Ortsverwaltung durch eine kommunistische Leitung zu verdrängen. Hier eine kurze Schilderung des Streikverlaufs:

Der Betriebsrat hatte von der Firma eine allgemeine Erhöhung der Stundenlöhne um 16 Pf. gefordert. Es sollte in Gegenwart der Vertretungen des Textilarbeiterverbandes und des Verkehrsverbandes mit der Firma verhandelt werden. Kurz vor Beginn der Verhandlung verließ die Arbeiterschaft ihre Arbeitsplätze und verammelte sich auf dem Fabrihof, um nach kommunistischer Weisheit die Verhandlung für sich günstiger zu gestalten. Die Firma aber lehnte es ab, unter diesem Druck zu verhandeln und verlangte Wiederaufnahme der Arbeit, ehe sie über eine Lohnerhöhung oder Teuerungszulage verhandeln wollte.

Weil der Betriebsrat den anwesenden Gewerkschaftsvertretern von der geplanten Arbeitsniederlegung nichts mitgeteilt hatte, erklärten diese ein solch unehrliches Vorgehen nicht mitzumachen, lehnten jede Verantwortung ab und machten auf die verderblichen Folgen aufmerksam. Aber der kommunistische Unfug hatte das Denkfähigkeit der Arbeiter so verwirrt, daß alle guten Ratschläge nicht beachtet wurden.

Fünf Wochen lang mußte die irreführende Arbeiterschaft die schweren Opfer eines nicht von der Gewerkschaft geleiteten Streiks ertragen, um das zu erreichen, was vorher schon möglich war: Lohnerhöhung nach Ausnahme der Arbeit. Jetzt trat sogar eine Verschlechterung ein, denn 32 Opfer bleiben jetzt vor Weihnachten auf der Strecke, und das nennt die Kommunistische Partei einen „Teilerfolg“.

Mit Sägen und Schindeln wurde die Arbeiterschaft in den Streik getrieben und mit Beschimpfungen der Gewerkschaften die Niederlage beendet. Ein echt kommunistischer Subentwurf!

Die organisierte Textilarbeiterchaft wendet sich mit Ekel von solchem arbeiterfeindlichen Treiben ab und wird nach wie vor die Führung ihrer Kämpfe ihrem lieb und wert gewordenem Textilarbeiterverband übertragen und nicht den kommunistischen Gewerkschaftsführern.

Hoffentlich wird auch die Gebauerische Arbeiterschaft durch diesen Schaden klug.

Tarifabschluß für die Spritzgußarbeiter.

Seit längerer Zeit bestand für die Arbeiter in den Berliner Spritzgußfabriken kein Lohnarif mehr. Nach längeren Verhandlungen ist es dem Deutschen Metallarbeiterverband gelungen, wieder einen Lohnarif für diese Branche abzuschließen.

Das neue Lohnabkommen, das mit 14tägiger Frist zum Ende eines jeden Monats, erstmals jedoch zum 31. März 1928 fälligbar ist, sieht ab 28. November folgende Mindeststundenlöhne vor: Für Formbauer 1,30 M., für Dreher, Hobler, Fräser, Schleifer, Einrichter, Maschinenbauer, Schmelzer und Spritzer 1,20 M., für Hilfsarbeiter 75 Pf. und für Arbeiterinnen über 21 Jahre 52 Pf. Jugendliche werden nach dem Tarif des Verbandes Berliner Metallindustrieller bezahlt. Spritzer erhalten den Lohn von 1,20 M., jedoch nur, wenn sie mit Spritzen beschäftigt sind. Während der ersten vier Wochen der Anlernzeit erhält der Spritzer 95 Pf. Stundenlohn. Wird der Spritzer zu Hilfsarbeiten herangezogen, so erhält er 1 M. pro Stunde und wenn er auf die Fertigung der Form warten muß, 90 Pf. Zu diesen Mindestlöhnen können Leistungszulagen in unbeschränkter Höhe gezahlt werden. Alle Arbeiter, mit Ausnahme der Spritzer, Hilfsarbeiter, Arbeiterinnen und Jugendlichen, erhalten eine Zulage von 4 Pf. pro Stunde, auch wenn sie bereits mehr als den Mindestlohn verdienen oder die Aufbesserung zu dem Mindestlohn weniger als 4 Pf. betragen würde. Lohnzulagen, die seit dem 1. September d. J. gegeben worden sind, werden auf diese neue Zulage angerechnet.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, 16. 12. 27 Staats-Oper Am Pl. d. Repub. 12 Uhr: Sinfonie-Mittagskonzert 4 Uhr: 2. Sinfoniekonzert	Freitag, 16. 12. 27 Städtische Oper Bismarckstr. 8. Jan. IV. ab. 7 1/2 Die Nachtgall Der Feuervogel
Staatl. Schauspiel im Lusthausmarkt 8 Uhr Penthesilea	Staatl. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr Robert Gniskara Wozzek

Volksbühne
Theater an Gölpfplatz Th. an Schillbaurdamm
8 Uhr
Hinkemann Schleher
des Ruhms

8. Komische Oper 8.
Neuartiges Revue-Stück
Alles Nackt!
Nach d. gleichn. Paris. Revue
Tout nu! - 200 Mitw. riende
Original-Pariser Kostüme
Parkett 3,50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffnet

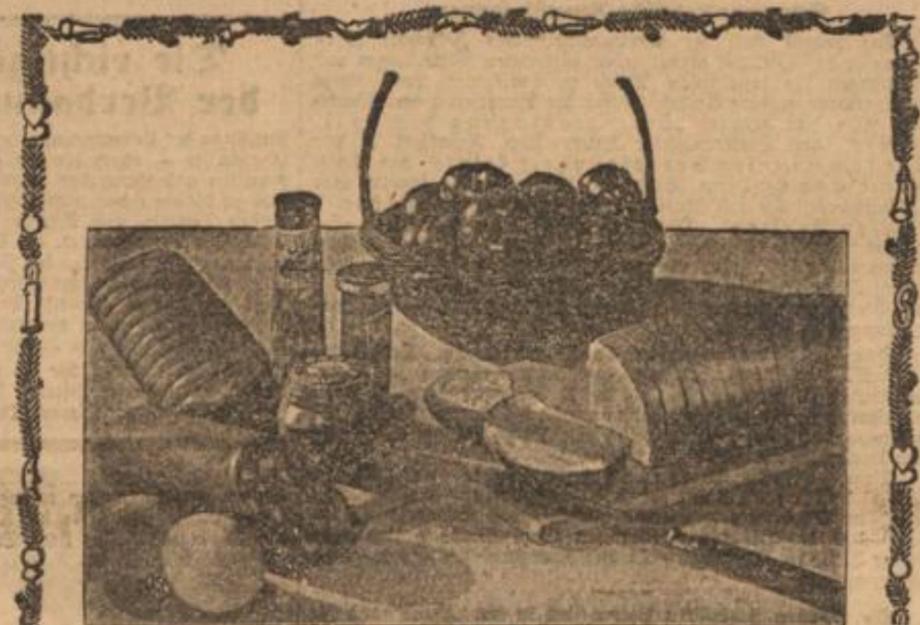
Renaissance-Theater
Steinplatz 90. - Täglich 8 Uhr
Die Schule von Uznach.

SCALA
No. 100001 1000.
Drei (original) Fratellini
und andere weltberühmte,
zum ersten Male in Berlin auf-
tretende internationale Stars
Sonabends u. Sonntags
je 2 Vorstellungen
12 u. 8 Uhr - 3^{te} zu ermäßigten
Preisen das ganze Programm.

WINTER GARTEN
Rausch u. Gekostet
u. d. austral. Holzfaller
im brennenden Busch
u. d. er Weihnachtsprogramm!

Theater am Kottbusser Tor
Kottbusser Straße 6.
Täglich 1 U. u. Sonntag nachm. 3 U.
Elite-Sänger
Wundervolles
Weihnachtsprogramm.
Volkspreise von 30 Pf. bis 2,50 M.
5. u. 1. u. 2. Feiertag nachm. 3 U.
große Familien-Vorstellungen
volles Programm - Kleine Preise.

Reichshallen-Theater
8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr.
Stettiner Sänger
Lebende Weihn.-Lieder
nachm. 8 u. 8 u. Preise
volles Programm.
Bönhof-Brenn's
Varieté, Tanz, Carl Braun's Frost-Walzer



Für die Festtage
nur
Aschinger's Ia Wurstwaren
Sie sind billig und dabei vorzüglich!

Einige Preisbeispiele		1 Pfd. 1/2 Pfd.	
Hallische Leberwurst	0.95	0.25	2.40 0.60
Blutwurst	0.95	0.25	
Berliner Mettwurst	1.80	0.45	2.20 0.55
Mettwurst, Braunsch. Art			
Silzwurst L.			
Gef. Schinken			1.75 0.45
Aschinger Bierwurst . . . 1 Paar 35 Pfennig			
Aschinger Schinkenwurst . 1 Paar 35 Pfennig			

Diese, wie alle anderen Würste und Fleischwaren sind trotz billigster Preise von vorzüglicher Qualität, die durch den Namen „Aschinger“ verbürgt wird.

Verkaufsstellen bei Aschinger
Spittelmarkt - Dönhofsplatz - Leipziger Straße 85 - Bahnhof Friedrichstraße
Königsgrätzer Str. 29/30 - Büchelerplatz 2 - Alexanderplatz - Alexanderstr. 55
Rosenthaler Platz - Turmstr. 73 - Oranienburger Tor - Potsdamer Str. 57/58

Infolge der mir neuerdings auferlegten restlosen Durchführung der Liquidation sehe ich mich gezwungen, den
Total-Ausverkauf
endgültig
bis zum 24. Dezember 1927
stattfinden zu lassen.

Manheimer
Oberwallstr. 6-7 Leipzigerstr. 119

Günstiges Weihnachtsangebot
In Ulstern, Anzügen und Damenmänteln
Trotz wöch. Teilzahlung
= außergewöhnlich billige Preise =
Julius Fabian
Maßschneiderei
Große Frankfurter Straße 37
Kein Laden! Nur II. Stage!
Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet.
Bitte genau auf Straße und Hausnummer zu achten!

Großes Schauspielhaus.
Leipzig 7. Vorst.
Tägl. 11 Uhr
3 U.
DER MIKADO

Sie staunen
über die billigen Preise meiner
Armband- u. Taschenuhren
Großes Lager in allen Qualitäten u. Preislagen
Herm. Wiese, Berlin N, Artilleriestr. 30
Nähe Oranienburger Tor
Garantie für jede bei mir gekaufte Uhr
Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet

Lustspielhaus
8 1/2 Uhr
„Zaza“

Bei Sichel, Diphtherie, Nerven- u. Kopfschmerz
Aphrasia, Grippe, Erkältungskrankheiten
haben sich Fogal-Tabletten hervorragend bewährt.
Sie bewahren Sie gesund!

In allen Apotheken
Fogal
Tagesdosis bis
höchstens
aus!

Deutsches Theater
Norden 10334-37
8 U. Ende 11 U.
Cornelia Angermann
v. Gerh. Hauptmann
Regie: Max Reinhardt

CASINO-THEATER 8 Uhr
Lothringers Str. 37.
Neu! **Klein-Kleidersdorf!** Neu!
Ausscheiden! Gutschein 1-4 Pers.
Fautell nur 1,10 M., Bessel nur 1,20 M.

Trianon-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Gastspiel
Erika Gläser
in **Gretchen**
für Operette nicht geeignet.
Sonntag, nachm. 4 Uhr
Zum letzten Male:
Kasperle-Theater

Neues Theater
am Zoo
Heute
geschlossene Vorst.
Vollst. neues Progr.
nur bis 23. Dezemb.
Ab morgen
täglich 8 Uhr:
Der blaue Vogel

Thalia-Theater
8 Uhr
Der rote Hahn

Kammerspiele
Norden 10334-37
8 1/2 Uhr
Ende nach 10 Uhr.
Bronz-Express

Piscatorbühne
Heal. u. Hollenderplatz
Kurfürst 2091/43
Anf. Ende nach 11
Kaspulin, die Komasowa,
der Krieg und das Volk,
das gegen sie aufstand
von Alexey Tolstoj
und Schtschegolew
insc. Erwin Piscator

Chicago
Kasperle-Theater
8 Uhr
Schlinderbannes

Metropol-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Paganini!
Operette von Franz Lehár
Jules, Edward Lichtstein,
Lutz Kerschbaum,
Hella Käy, Arthur Hill u. a.

Th. im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
HALLER-REVUE
„Wann und wo“

Die Komödie
Bismarck 2414-7516
8 1/2 U., Ende 10 1/2 U.
Die Ehe von Welt

Resident-Theater
8 Uhr
Der sensationellste
Schön schn wir aus
30 lustige Bilder mit
Henry Bender
Sonntag u. Sonntag
Weihnachtsmärchen:
Lügenmännchen
danzu
Zauber-Künstler
Bella Schick
Jedes Kind erhält
ein Geschenk

Planatorium am Zoo
Tägl. 10 Uhr
Noll. 1578
Im Reiche der
Nitternachtssonne
Vorführungen
16 1/2, 18, 19 1/2, 21 Uhr
Eintritt 1 M.
Bis zum 15. Jan. 8, 10 u.

Walthalla-Th.
8 1/2 Uhr
Sumpf
Letztes Kapitel aus
dem Leben eines
Mädchens aus der
Friedrichstr.

Rose-Theater
8 1/2 Uhr
Einer von unsers Leut.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtbeilage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Bürgerblock und Wohnungsnot.

Eine Reichsdenkschrift gegen Wohnungsbau.

Es ist jetzt knapp ein Jahr her, daß hintereinander der Reichsarbeitsminister ein fünfjähriges und der Reichswirtschaftsminister ein dreijähriges Wohnungsbauprogramm versprochen. Die deutsche Arbeiterschaft wartet auf die Einlösung dieser Versprechungen noch heute vergeblich. Über beide Minister denken jetzt nicht im mindesten mehr daran. Warum sollen sie sich auch um die Wohnungsnot kümmern? Ist es nicht natürlicher, zur Linderung der „Not“ der Hausbesitzer die Mieten zu steigern und die Hauszinssteuer abzubauen?

Über ganz vergessen hat der Herr Reichsarbeitsminister sein Versprechen doch nicht. Er legt jetzt dem Reichstag eine Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung vor. Sie ist über 200 Seiten stark. Wer aber in ihr das Wohnungsbauprogramm suchte, würde bitte enttäuscht werden. Er findet nur, ungeachtet des ministeriellen Versprechens, die Mitteilung, daß sein Wohnungsbauprogramm aufgestellt werden soll. Denn es heißt in dieser Denkschrift wörtlich:

„Da die Entwicklung der Konjunktur nicht zu übersehen ist, empfiehlt es sich nicht, langfristige Bauprogramme aufzustellen. Richtig ist, im allgemeinen lediglich festzusetzen, wieviel Wohnungen auch bei Beanspruchung von Kapital und Arbeitskräften durch die übrige Wirtschaft mit den bereitgestellten öffentlichen Mitteln, deren Höhe für einen bestimmten Zeitraum sich überschauen läßt, erreicht werden können und diejenigen rechtlichen und wirtschaftlichen Vorbereitungen zu treffen, die es ermöglichen, bei flüssigerem Kapitalmarkt und größerem Angebot auf dem Arbeitsmarkt durch die stärkere Heranziehung privaten Kapitals den Wohnungsbau auszudehnen.“

Wenn diese Ausführungen befolgt werden sollten, daß man nicht Wohnungsbauprogramme für einzelne Jahre aufstellen sollte, so wären sie vorzüglich. Da sie im Gegenteil gerade gegen ein langfristiges Wohnungsbauprogramm gerichtet sind, sind sie unsinnig. Innerhalb eines fünfjährigen Zeitraumes treten erfahrungsgemäß alle Phasen einer Konjunkturentwicklung auf. Fixiert man z. B. die Zahl der in 5 Jahren zu bauenden Wohnungen auf eine Million, so ist es vernünftig, im Jahre guter Konjunktur vielleicht nicht 200 000 Wohnungen, wie dem Jahresdurchschnitt entsprechen würde, sondern nur 150 000 zu bauen, um im Jahre schlechter Konjunktur 250 000 Wohnungen zu errichten. Aber

ein solches Mindestbauprogramm für einen längeren Zeitraum aufzustellen, ist durchaus vernünftig und sogar notwendig,

wenn man durch den Neubau von Wohnungen der Wohnungsnot ernsthaft begegnen will. Die Ausführungen der Denkschrift geben dem Reichsarbeitsminister keine Berechtigung, die Einlösung seines Versprechens zu verweigern. Heraus mit dem fünfjährigen Mindestbauprogramm!

Aber weit wichtiger als das fünfjährige Bauprogramm, das

der Arbeitsminister bisher schuldig geblieben, ist ihm der Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, dessen wichtigste Voraussetzung weitere Mietsteigerungen sind. Wörtlich heißt es in seiner Denkschrift:

„Es ist immer wieder die Frage aufzuwerfen, ob nicht eine weitere Erhöhung der gesetzlichen Mieten nötig ist.“

Wenngleich er sie auf absehbare Zeit für unmöglich hält, hält er grundsätzlich an diesem Programm fest. Einen anderen Grund als seine Ablehnung einer staatlichen Regelung des Mietwesens führt er für seine Auffassung nicht an, und daran, daß in jedem Fall die Wiederkehr so unmöglicher Wohnungsverhältnisse, wie sie in der Vorkriegszeit bestanden, verhindert werden muß, denkt er anscheinend überhaupt nicht. Jeder rechtlich mögliche Mißbrauch der wirtschaftlichen Überlegenheit des Vermieters, wie er in der „freien“ Wohnungswirtschaft der Vorkriegszeit üblich war, ist ihm lieber als eine Wohnungsregelung, die den Mieter in seinem Wohnrecht schützt. Der „Abbau der Zwangswirtschaft“ scheint ihm die wichtigste Aufgabe der Wohnungspolitik zu sein, als stelle nicht die heutige vielgestaltete „Zwangswirtschaft“ auf dem Gebiete des Wohnungswesens in Wahrheit eine Befreiung des Mieters von der unerträglichen Zwangswirtschaft dar, die für ihn die rechtliche und wirtschaftliche Überlegenheit des Vermieters in der Vorkriegszeit bedeutete.

Um den Abbau der Zwangswirtschaft zu beschleunigen, um den Hauswirt möglichst bald wieder zum Hausvater zu machen, muß hier wie immer, wenn für falsche politische Ziele Stimmung gemacht werden soll, die Statistik herhalten. Trotz aller Gegenbeweise hält der Reichsarbeitsminister daran fest, daß der in den vergangenen Kriegs- und Inflationsjahren nicht gedeckte Wohnungssehbedarf mit nur 600 000 Wohnungen anzulegen sei. Gleichzeitig gibt er aber seiner Denkschrift eine Statistik bei, die zu anderen Ergebnissen führt. Der Reichsarbeitsminister selbst nimmt an, daß der normale jährliche Neubedarf an Wohnungen 200 000 beträgt. Hinzukommt nach den von ihm selbst angeführten Vorkriegserfahrungen ein normaler Abgang an Wohnungen durch Abbruch und andere Ursachen von 50 000 Wohnungen, so daß der normale jährliche Neubedarf 250 000 Wohnungen brutto beträgt.

In den 6 Jahren von 1919 bis 1926 hätten also insgesamt 2 Millionen neue Wohnungen erstellt werden müssen. Tatsächlich wurden aber nur 1,1—1,2 Millionen Wohnungen errichtet.

Allein in diesen acht Nachkriegsjahren ist also ein Fehlbetrag von über 800 000 Wohnungen nach den eigenen Rechnungsgrundlagen des Herrn Reichsarbeitsministers entstanden. Er ist in dieser Höhe nur darum nicht sichtbar geworden, weil eine Fülle von Wohnungen, die in der Vorkriegszeit längst abgetilgt worden wären, bestehen geblieben sind, deren Abbruch und Ersatz aber dringend notwendig wäre. Das weiß der Reichsarbeitsminister natürlich,

aber er bezieht es nicht in seine Rechnung ein, um einen möglichst niedrigen Fehlbetrag an Wohnungen auszuweisen. Die Zahl der fehlenden Wohnungen beträgt tatsächlich nicht 600 000, wie er den Reichstag glauben lassen will, sondern mindestens das Doppelte davon. Aber der Zweck, der „Abbau der Zwangswirtschaft“, heiligt bekanntlich jedes Mittel, auch das der unrichtigen Auslegung der statistischen Zahlen, die in diesem Fall klar und wirklich unwiderlegbar sind.

Hinsichtlich der Bekämpfung der Wohnungsnot enthält diese Denkschrift, die sich mit allen Kräften bemüht, jedes Programm für die Zukunft zu vermeiden, kaum irgendwelche Hinweise. Angedeutet wird nur, daß man hoffe, durch Rationalisierung im Baugewerbe die Baukosten zu senken, eine Hoffnung, zu deren Erfüllung bisher nicht allzu viel geschehen ist. Außerdem wird mit Recht betont, daß grundsätzlich der Bau von Kleinwohnungen, die im Preise auch für die Masse der Bevölkerung erschwinglich sein sollen, zu fördern sei und daß bisher der Wohnungsneubau diesem Erfordernis keineswegs immer gerecht wurde. Die Forderung aber, die in der Denkschrift daran geknüpft wird, ist unerträglich. Es heißt dort wörtlich:

„Es werden die Ansprüche, die an eine neue Wohnung zu stellen sind, gegenüber der Vorkriegszeit... um ein Maß gekürzt werden müssen, das sich den gesteigerten Baukosten anpaßt.“

Wir glauben nicht, daß der Herr Reichsarbeitsminister diese Forderung ernsthaft vertreten will. Nach der Berliner Wohnungszählung von 1910 gab es in dem kleineren Berlin rund 10 000 Wohnungen, die überhaupt kein heizbares Zimmer hatten. Nach den Ausführungen des Reichsarbeitsministers hätten wir die Zahl dieser Wohnungen, die im Winter überhaupt keinen Schutz gegen Kälte gewähren, um mindestens 7 000 zu vermehren. In Groß-Berlin hätten wir die Zahl dieser Wohnungen wahrscheinlich auf mindestens 30 000 zu bringen. Damals gab es in Berlin rund 42 000 Wohnungen mit höchstens einem heizbaren Zimmer, die von 5 und mehr als 5 (bis zu 13) Personen bewohnt wurden. In Groß-Berlin hätten wir also nach den Worten dieser Denkschrift dafür zu sorgen, daß etwa 80 000 Familien in derartig staudalösen Wohnungen ihr Leben verbringen sollten.

Wir hoffen, daß der Herr Reichsarbeitsminister den miserablen deutschen Wohnungsstandard nicht noch tiefer herabdrücken will, und nehmen vorerst an, daß die zitierten Ausführungen seiner Denkschrift nicht ernst gemeint sind. Wenn heute 40 Prozent der Berliner Bevölkerung in Wohnungen leben, die eine Trennung der Familien nach Alter und Geschlecht völlig ausschließen, so wird er doch kaum ernsthaft beabsichtigen, nun wirklich entsprechend den gesteigerten Baukosten 70 Prozent der Berliner Bevölkerung in solchen Wohnungen zusammenzusperren? Wenn dies das Ziel seiner Wohnungspolitik ist, so mag er es in dürren Worten in seiner nächsten Reichstagsrede sagen. Der Beifall aller Scharfmacher und Hausbesitzer ist ihm dann sicher.

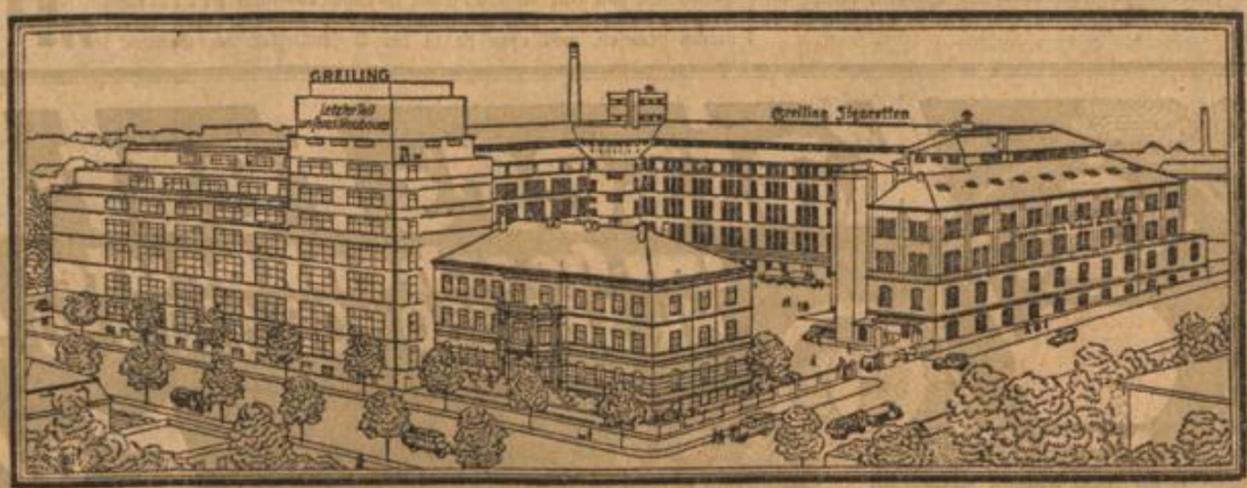
Wer solchen Zielen zustrebt, kann in der Tat den Abbau der Zwangswirtschaft sofort vornehmen. Die wohnungspolitischen Ziele des Bürgerblocks haben in dieser Denkschrift ihren Ausdruck gefunden. Sie übertreffen all das, was selbst die industriellen Spitzenverbände je an reaktionären und unsozialen Forderungen aufgestellt haben.



Über

30000

Arbeiter und Angestellte stellen Greiling Zigaretten. Ein höchster Wertarbeit her.



Über 13 000 000

Greiling Zigaretten werden täglich geraucht.

In über 35 000

besseren Tabakhandlungen sind sie stets zu haben. In etwa ebensoviel sonstigen Verkaufsstellen, wie Gaststätten, Bahnhofs wirtschäften, Kolonialwarenhandlungen, u. s. w. werden sie vorrätig gehalten. 46 eigene Fabriklager in allen größeren Städten Deutschlands sorgen für schnelle Verteilung, damit der Raucher die Ware frisch erhält. So wird ihre höchste Qualität anerkannt und beliebt, und so schätzt man ihre milde Geschmacksrichtung.

Greiling Auslese zu 5s

15 Jahre Volksfürsorge.

Die Versicherungsaktiengesellschaft „Volksfürsorge“, die große Selbsthilfeorganisation des arbeitenden Volkes, eine Gründung der deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften, steht heute auf einer fünfzehnjährigen Tätigkeit zurück. Fast das ganze erste Jahrzehnt stand die Arbeit des jungen Arbeiterunternehmens unter den Einwirkungen des Krieges und der Inflation, die den Bestand der Gesellschaft auf das äußerste gefährdeten. Mit der Stabilisierung aber zeigte sich wieder die Kraft, die in den Selbsthilfeorganisationen des arbeitenden Volkes liegt. Es begann ein Aufstieg, der bis heute zu einer Million Versicherten geführt hat. Dabei nimmt die Zahl der Versicherungsanträge von Tag zu Tag zu, so daß jetzt monatlich 30.000 Anträge und mehr gestellt werden. Aus den angesammelten Prämiegebern konnten anderen Unternehmungen der Arbeiter- und Verbrauchergruppen im laufenden Jahre fast 20 Millionen Hypothekengelder zur Verfügung gestellt werden. Die werden die Behebung dieses großen Unternehmens und seine Leistungen bald noch ausführlicher würdigen.

Zum Schicksal der Preußentasse.

Zahlentunstücke des Preußentassen-Direktoriums.

In der gestrigen Landtagsitzung gab der Finanzminister Dr. Häppler-Schiff bis jetzt längere Zeit angeforderte Erklärung über die Lage der Preußentasse ab. So zurückhaltend er sich dabei auch ausdrückte, offenbar in dem Bestreben, den durch die Mißwirtschaft des jetzigen Direktoriums erschütterten Kredit des Instituts nicht weiter zu schädigen, aus seinen Ausführungen ging doch klar genug hervor, daß er keineswegs die Absicht hat, das bisher Geschickene zu verteidigen, und daß er gewillt ist, Ordnung in die verfahrenen Verhältnisse zu bringen.

Das neue Zahlenmaterial, das der Minister über die Lage des Instituts, fast ohne jeden Kommentar, vortrug, zeigt, daß unsere bisher geübte Kritik zu Recht besteht. Es zeigt aber auch, daß das Direktorium der Preußentasse die Öffentlichkeit bisher mit Zahlentunstücken über das wahre Bild der Kreditgewährung an den Großgrundbesitz ganz planmäßig getäuscht hat. In der bekanntesten Pressebesprechung wurde gesagt, daß von den gesamten landwirtschaftlichen Krediten nach Abzug der 93 Millionen Mark Rentenbankwechsel und der 75 Millionen Mark Düngerkredite, rund 700 Millionen Mark — noch keine 100 Millionen Mark an den Großgrundbesitz gegeben seien. Diese Zahl bezieht sich aber nicht auf die „gesamten“ 700 Millionen Mark, sondern nur auf den Teilbetrag von 204 Millionen Mark (die sogenannten Kundenwechsel). Von diesen allein sind schon, wie sich jetzt herausstellt, mehr als 100 Millionen Mark, d. h. mehr als die Hälfte, an die ostelbischen Großgrundbesitzer gegeben worden. Wieweil aber von den übrigen 690 Millionen Mark an Landwirtschaftskredit dem Großgrundbesitz zugesprochen sind — darüber schweigt sich die Preußentasse gründlichst aus. Nur über die 204 Millionen Mark an Kundenwechseln werden jetzt genaue Angaben veröffentlicht, und da zeigt sich, daß 90 Millionen Mark (in Einzelposten mit jeweils über 20.000 Mark) an noch nicht einmal 2.000 Großgrundbesitzer gegeben sind, daß weitere 6.500 Großgrundbesitzer und größere Betriebe (mit Krediten zwischen 5000 und 20.000 Mk.) 58 Millionen Mark erhalten haben, und daß die kleinbäuerliche Kundschaft, zu der sicherlich auch viele mittelbäuerliche Betriebe zählen, mit Krediten, die im Einzelfalle unter 5.000 Mark liegen, zusammen — 70.000 Kreditnehmer! — erst 38 Millionen Mark erhalten hat.

Zu den 100 bis 150 Millionen Mark, die allein aus dem Posten „Kundenwechsel“ in die Hände des Großgrundbesitzes gegeben worden sind, treten sicherlich mindestens noch einmal sozial Millionen als Anteil der Großgrundbesitzer, die in den übrigen Krediten (690 Millionen Mark) enthalten sind.

Sobald es über die Höhe der Großgrundbesitzerkredite zu sagen, während über ihre Güte auch jetzt nach den Ausführungen des Ministers, noch gar nichts bekannt ist. Die Tatsache, daß von 80 Millionen Mark Kontokorrentkredit fast 60 Millionen Mark Ueberziehungskredit sind, also als Überläufe angesehen werden müssen, wirkt ein großes Schlaglicht auf diese Frage.

Eines ist sicher: So wie bisher können die Verhältnisse in der Preußentasse nicht weitergehen. Das Direktorium hat

keine Uebersicht mehr über die Verlustgefahren, die in den Krediten enthalten sind, und es hat keine finanzielle Möglichkeit mehr, heftend einzugreifen, wenn einmal die Lawine der Pleiten ins Rollen kommen sollte. Deshalb muß, wie wir immer wieder betont haben, gerade im Interesse eines gesunden landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und einer vernünftigen agrarischen Kreditpolitik, mit dem bisherigen Kurs in der Preußentasse Schluss gemacht werden.

Der Güterverkehr der Reichsbahn.

In der Woche zum 3. Dezember ist die arbeitstägliche Stellung von Güterwagen bei der Reichsbahn wieder etwas in die Höhe gegangen. Sie ist von 161.200 auf 164.200 gestiegen, nachdem die vorhergehenden Wochen jene großen Schwankungen gebracht hatten, über die wir schon berichtet haben.

Tabellarische Uebersicht seit September (in 1000 Stück)

Woche	wöchentlich	durchschnittlich pro Arbeitstag
25. 9.— 1. 10.	960,0	859,3
2. 10.— 8. 10.	962,8	890,3
9. 10.— 15. 10.	1007,8	901,9
16. 10.— 22. 10.	998,5	931,4
23. 10.— 29. 10.	1034,9	950,0
30. 10.— 5. 11.	970,8	900,3
6. 11.— 12. 11.	997,4	943,2
13. 11.— 19. 11.	889,5	848,4
20. 11.— 26. 11.	967,5	939,5
27. 11.— 3. 12.	985,4	907,2

Der Vergleich mit den entsprechenden Vormonaten läßt deutlich erkennen, daß die Verkehrsstärke bei der Reichsbahn noch immer erheblich über dem Vorjahresniveau liegt. In den Wochen zum Dezember hin zeigte sich im vorigen Jahr aber nach dem Höhepunkt Mitte November ein starkes und ununterbrochenes Absinken, während in diesem Jahre die erste Dezemberwoche sofort wieder eine gewisse Steigerung brachte. Das Absinken im Vorjahr dürfte sich aber wesentlich aus dem schnell verringerten Kohlenverbrauch nach Abbruch des englischen Streiks erklären.

Offener Konkurrenzkampf der Spartassen.

Die Verständigung mit den Banken zu Ende. — Bedeutende Erklärungen des Präsidenten Dr. Steiner.

Der Deutsche Sparfassen- und Giroverband hat durch programmatische Erklärungen seines Präsidenten Dr. Steiner gestern unter die bisherigen Verständigungsverhandlungen mit den privaten Banken jenen Stich gezogen, der nach dem offenen Uebergang der Berliner Groß- und der Privatbanken zur Konkurrenz im Sparfassengeschäft unvermeidlich war.

Die wohlüberlegte Programmrede des Führers der Sparfassenbewegung reichte zunächst die Gründe aneinander, aus denen die heutige Tätigkeit der Sparfassen wieder als normal zu bezeichnen ist und aus denen das bisherige Vorgehen der Privatbanken gegen die Sparfassen unzulässig erscheint. Stetige rasche Zunahme des Hypothekendarlehen, starker Rückgang des Anteils der kurzfristigen Kredite, wachsende Bedeutung des Kommunalkredits, Abzug der aus den ersten Stabilisierungsjahren stammenden Großkredite an die bewußte Förderung des Kleinrenten, — mit diesen Stichworten wurde die Wiederanpassung des Sparfassenwesens an seine natürlichen und geschäftlichen Zwecke deutlich umrissen. Die besondere Leistung der Sparfassen im Rahmen der gegenwärtigen drängenden volkswirtschaftlichen Bedürfnisse wurde unterstrichen durch den Hinweis auf die rund 590 Millionen, die die deutschen Sparfassen 1927 für die Finanzierung des Kleinwohnungsbaus aufgebracht haben, durch die erhebliche Beteiligung der Sparfassen bei der Umschuldung kurzfristiger Kredite der Landwirtschaft in langfristige Hypotheken gemeinsam mit den landlichen Kreditgenossenschaften. Den programmatischen Willen, in den Sparfassenangelegenheiten eine bestimmte Grenze einzuhalten, umriss Dr. Steiner dahin, daß sich in den tatsächlich durchgeführten Kreditgeschäften für 80 Proz. aller Kreditposten Höchstbeträge bis zu 5000 Mk. ergeben und daß mit der Tätigkeit für den Mittelstand eine Grenze gegenüber dem Bankgeschäft gekennzeichnet werden soll, die sich vom eigentlichen Bankgeschäft noch relativ deutlich unterscheidet.

Nach dieser wirkungsvollen, sachlichen Feststellung der volkswirtschaftlichen Position und Funktion der Sparfassen zer schnitt Dr. Steiner das Tilgung zwischen den Sparfassen und den Banken. Daß alle Verständigungsverhandlungen mit den Banken jetzt zu Ende sind, kann man aus der Erklärung entnehmen, daß eine Arbeitsstellung im engen Wortsinne praktisch nicht möglich sei. Die Verständigungsverhandlungen seien nicht unnütz gewesen, weil ohne sie in der Öffentlichkeit der Eindruck

entstanden wäre, daß nicht alle Möglichkeiten der Verständigung ausgeschöpft sind. Damit wird auch von den Spartassen der von den Privatbanken begonnene Kampfzustand bestätigt. Daß nach Lage der Dinge nur noch ein korrektes Nebeneinanderarbeiten und ein logischer und gesunder Wettbewerbskampf möglich und wünschenswert sei, — diese Formulierung des Sparfassen- und Giroverbandes umschreibt nur noch die Form, in der der volkswirtschaftlich sicher nur nützliche Konkurrenzkampf auf den betroffenen Gebieten geführt werden wird.

100-Millionen-Dollar-Anleihe der Reichsbahn

Es wird gemeldet, daß die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft mit amerikanischen Banken über die Beschaffung eines Dollarcredits über 400 Millionen Mark verhandelt. Diese Maßnahme ist erforderlich. Die Bemühungen der Reichsbahn entsprechen unseren Vorstellungen, den Auslandskredit zur Durchführung ihres Programms, das nach einer kürzlichen Mitteilung aus dem Verwaltungsrat für 1928 gedroht werden sollte, auszunutzen. Die Gefahr der Drohung der Reichsbahnaufräge für die Entwicklung der Konjunktur liegt auf der Hand, ebenso der Nutzen ihrer Durchführung. Man muß sich aber wundern, daß die Reichsbahn-Gesellschaft jetzt ihren Willen zur Einschränkung ihrer Aufträge erklärt hat. So ist man leider, so begründbarwert die jenseitigen Entschuldigungsversuche sind, zu der Annahme genötigt, daß es nicht nur sachliche Erwägungen waren, die die schwankende Politik der Reichsbahn veranlaßt haben.

Kohlenstaub gegen Dampfer.

Neue Heizverfahren für Dampfer.

Der Kampf zwischen der Motor- und der Dampfschiffahrt hat nach aus Amerika kommenden Nachrichten jetzt eine Wendung erfahren, die den Siegeszug des Motors als Antriebskraft in der Ueberseeschiffahrt vermutlich beträchtlich verlangsamen wird. Nach mehrjährigen Versuchen ist es nämlich den Amerikanern kürzlich gelungen, die Kohlenstaubfeuerung unter Verwendung der vorhandenen normalen Antriebsmittel — ein Problem, an dessen Bewältigung für die Schiffahrt schon seit langem gearbeitet wurde — in die Praxis umzusetzen.

Während bisher auf den Dampfern neben dem Öl durchweg nur beste Kohle verwendet werden konnte, ist jetzt die Möglichkeit gegeben, die Schiffskessel auch mit minderwertigem Kohlenmaterial zu heizen, und zwar so zu heizen, daß die Verbrennung jeder Kohle fast vollständig, d. h. unter Zurücklassung geringster Mengen Flugasche, durchgeführt werden kann. Die Versuche sind auf einem mittelgroßen amerikanischen Frachtdampfer vorgenommen worden, und man hat dabei mit dem neuen Verfahren eine Verbrennungseffizienz erreicht, die unter intensiver Ausnutzung des Brennstoffes die normale Leistung der Kessel auf fast das Zweifelhafte erhöht hat. Außer der Verbrennungseffizienz des billigeren Brennmaterials bei Erhöhung der Kesselleistungen kommen als weitere Vorteile in Betracht die durch die auf mechanischen Wege erfolgende Zerkleinerung der Kohle bewirkte Ersparnis an Personal für die Bedienung der Kesselanlage, sowie die Herabsetzung eines geringeren Kohlenpreises bei Antritt der Reise, wodurch Raum für andere bezahlte Ladung frei wird.

Gegenüber der bisher auf dem Versuchsschiff üblich gewesenen Dampferheizung hat man allein auf diesem einen Dampfer eine Ersparnis von mehr als 10.000 Dollar jährlich erreicht. Das ergibt, auf die gesamte Weltseeschiffahrt umgerechnet, natürlich eine exorbitant hohe Summe, und es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß die Reedereien der neuen Feuerungsart, die ihnen wieder eine lukrativere Ausnutzung ihres Dampfschiffpartes neben den Motorschiffen gestattet, ein gewaltiges Interesse entgegenbringen.

TEILZAHLUNG

Kleinste Anzahlung, Wochenraten von 1,- an

Herren- u. Damen-Bekleidung

Herren- und Damen-Pelze

Teppiche * Läufer * Gardinen

Steppdecken * Tischwäsche * Bettwäsche

„Peca“ Kottbusser Damm 79!
Kein Laden

Kaiser's Fest-Kaffee
im Geschenkbeutel
Mk. 3,60 3,80 4,00 4,20 4,40 4,60 4,80 das Pfd.

5% Rabatt
IN MARKEN (ZUCKER AUSGESCHLOSSEN)
AUF JHREN EINKAUF
VERLANGEN SIE IN UNSEREN FILIALEN EIN SPARBUCH

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT ÜBER 1000 FILIALEN

Linba Schuhmann Trennt uns nicht Peiser Discher!



Discher Schuhe drücken nicht

Umtausch nach dem Fest gern gestattet.



4⁹⁰
Gr. 18/19

Lackbesatz-Kinder-Stiefel
mit grau, beige und taupe Chevreau-Blaulack. Gr. 27-28 8,90, 29-30 7,90, 31-32 6,90, 33-34 5,50



9⁹⁰

4⁹⁰
Gr. 23-24



Fellbesatz-Stiefel
mit weissem, warmem Fellschutt, der ideale Winterschuh für die Kleinen. Gr. 25-26 6,90



5⁹⁰
Gr. 33-35

Braune und schwarze Kinder-Stiefel in echt Chevreau mit weissem, warmem Fellschutt, extra hoch gestülpt, ausschliesslich in Qualität, unser Schlag

Kinder-Filz-Schnür- und Schnallenstiefel in hübschen Farben, mit kräft. Wollfilzsohle, Gr. 18-24 **1⁶⁰**

Kinder-Kamelhaar-Schnallenstiefel mit Lederspitze, kräftiger Ledersohl, stark Filzwischensohle u. Absatzfleck, Gr. 31 bis 35 2,25, 25-30 2,75, 23-24 **2²⁵**

Mädchen-Kamelhaar-Umschlag-schuhe gute wollene Qualität Gr. 31-35 **2⁷⁵**

Braune Kinder-Stiefel in echt Chevreau, mit weissem, warmem Fellschutt, bequem und behaglich, Gr. 20-22 3,75 18/19 **3²⁵**

Schw. Filzschnallenstiefel m. Lederbesatz, warm gefüttert, kräftige stabile Ausführung, Ledersohle, Gr. 32-35 **3⁹⁰**

Kräftige Schultiefel besonders strapazierfähig, Gr. 36-39 8,50, 31-35 6,90, 27-30 5,90, 25/26 4,50, 23/24 **3⁹⁰**

Lack-Spangenschuhe in bequemer breiter Form, besonders billig, 35/36 7,90, 31-34 6,90, 27-30 **5⁹⁰**

Pa. Masib.-Knaben-Stiefel mit kräftiger Doppelsohle, Original Goodyear gedoppelt, Gr. 31-35 9,90, 27-30 **8⁹⁰**

Pa. Masib.-Knaben-Stiefel Orig Goodyear gedoppelt, elegante halbspitze Form, Gr. 36-39 **10⁹⁰**

Jedes Kind erhält ein Geschenk

Nach langem, schwerem Erben harbt am Mittwoch, dem 14. Dezember 1924, 10^{1/2} Uhr, mein lieber Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der Ehrliche
Hermann Eulenfeld
im 74. Lebensjahre. Dies setzt im Namen der Hausfrau hinterbliebenen die Bestattung an
Emma Eulenfeld geb. Biering, Berlin, 16. Dez. 1927, 9^{1/2} Uhr in St. Matthäi.
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 17. Dezember, 19 Uhr, im Friedhof am Baumhain statt.

Danksagung.
Für die aufrichtige Teilnahme anlässlich des Todes meines lieben Vaters
Fritz Koboldt
legen wir allen Beteiligten, insbesondere den Herren Röhren, unseren herzlichsten Dank.
Emilie Koboldt, geb. Coos
nebst Kindern und Enkelkindern

LJUERGENS
ALEXANDER PLATZ
Kaufhaus für
Kleider, Hüte, Schuhe, etc.

Kinderland 1928
Ein proletarisches Jahrbuch für die Buben und Mädels des arbeitenden Volkes. An dem Kalender haben auch dieser Mal die Kinder selbst tüchtig mitgearbeitet. Das „Kinderland“ kostet
Mark 1.50
Zu haben in allen „Vorwärts“-Abgabestellen und Parteilbuchhandlungen oder direkt von der „Vorwärts“-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 05, Lindenstraße 3

Sekolo'aden - Grosshandlung
Alfred Strecker
Stralauer Str. 32, am Molkenmarkt
Größte Auswahl in nur bekanntesten Marken, sowie Weihnachtsartikel usw. für Wiederverkäufer, Kinos, Theater, Restaurants, Kantinen, Vereine usw.

Danksagung
Für die uns überaus zahlreich bewiesene innige Anteilnahme und für die reichen Kranz- und Blumenspenden anlässlich der Einäscherung meines lieben Mannes und Vaters
Hermann Silberschmidt
sagen auf diesem Wege statt Karten allen Teilnehmern ihren tiefgefühlten Dank
Köpenick-Uhlenhorst
Ww. Silberschmidt, geb. Ruhnow
Walter Silberschmidt als Sohn

Billige Spielwaren
Reste vom Engroslager für die Hälfte:
Holzspielwaren statt 75 Pf. bis 1 M. jetzt 30 Pf.
Gekl. Puppen 50 Pf., Unzerbrechl. Puppen gekl. 50, 75 Pf.
Spielzeugpuppen 1.20, 1.50, 1.80 M. Klettermaße 75 Pf.
Bauspiel 2.- M. Peitzlers große 40 Pf. Lehuhr gr. richtig gehend, 4.50 M. Gesellschaftsspiele 35, 70 Pf.
Viele Serien Spielwaren, alles halb geschenkt, nur soweit Vorrat.
Gegr. 1890 **Alte Firma Maas** Gegr. 1890
nur Markgrafstraße 64, an der Lindenstr.

Treppe nur
Von **2 Mark** an
wöchentl. Teilzahlung
tiefer
Elegante Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
unter Garantie für tadellosen Sitz u. Verarbeitung,
nur Qualitätsware eigener Herstellung
zu konkurrenzlos billigen Preisen
Maßschneiderei J. Kurzberg
Oranienstraße 160, 1
und
Chausseestraße 1 (Eingang Eisäcker Str.)
Bitte auf Straße und Hausnummer zu achten.

AUF KREDIT
Leichteste Zahlungsbedingungen
2 Beispiele meiner Leistungsfähigkeit:
Beamte u. Festangestellte ohne Anzahlung
Möbel- und Waren-Kredithaus
Liebermann
Hackescher Markt 1 1 Minute v. Bhf. Börse
Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet.

Mifa
KINDER-FAHRADER
DAS QUALITÄTS-FAHRRAD
DIREKT AB FABRIK
64 - 85 - 96 - 105 M
Kassapreis usw.
Wochenraten v. 2.50 M an
DIE QUALITÄTS-NÄHMASCHINE
135-170-207 M Kassapreis usw.
Wochenraten von 2.50 M an
MIFA-FABRIK-VERKAUFSTELLEN
Berlin NW 7, Schiffbauerdamm 1; NW 21, Turmstr. 3 (gegenüber vom Kriminalgericht); N 34, Schönhauser Allee 177; O 34, Petersburger Straße 8; SW 61, Belle-Alliance-Str. 4; SW 48, Alexandrinenstr. 15; Charlottenburg, Taugoggen-Str. 12; Kaiserin-Augusta-Allee 44; Friedenau, Czarnachstr. 37; Bin.-Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 89; Neukölln, Friedenstr. 27; Pankow, Schönstr. 18; Pommern, Berliner Str. 1; Schöneberg, Barbarossastr. 42; Spandau, Pommern Str. 14; Tegel, Berliner Str. 15; Bin.-Tempelhof, Berliner Str. 62

Häßlicher Zahnbelag
Übler Mundgeruch besottigt.
(Ein Urteil von Vielen): Ich fühle mich verunreinigt, Ohren heute vollkommen freiwillig und unaufgefordert ein Dankschreiben zu überreichen. Nachdem ich einmal aufgedeckt habe, Chlorodont zu gebrauchen verlor ich in Reihenfolge. Ich kaufte nun vor kurzem wieder Chlorodont und beobachtete folgendes: Meine Zähne haben schon nach kürzester Zeit wieder den gelblichen Schein verloren, sind wieder blendend weiß und blank. Außerdem ist die frühere Glatte wieder zum Vorschein gekommen. Der eigenartige Geschmack des „Chlorodont“ übt außerdem eine erfreuliche, im Sommer besonders wohlthuende Wirkung aus. Ich werde nach den mirlich gemachten Erfahrungen ab jetzt nur noch „Chlorodont“ benutzen und meine Dentifrice wird preis lauten, für mich und jeden zur Empfehlung:
Kauf Chlorodont Dir heute ein,
Dann ist Dein Zahn stets blendend rein.
Berlin-Schöneberg
D. D.
(Originalartikel bei unserem Notar hinterlegt) Nr. 6
Überzeugen Sie sich gleich durch Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 RM Chlorodont-Zahnbürsten 1.25 RM, für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser Flasche 1.25 RM. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen. Man verlange nur echt Chlorodont und weise jeden Ersatz dafür zurück.

Das Unrecht an den Kriegssopfern.

Sozialdemokratischer Protest im Reichstag. - Der Rechtsblock uneinig.

Auf der Tagesordnung des gestrigen Reichstags stand die zweite Beratung der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz und anderer Versorgungsgesetze. Ueber die Ausschussverhandlungen berichtet Abg. Hülfert (Dnat.). Die Renten der Kriegsbeschädigten und der Kriegerhinterbliebenen sollen der Beamtenbesoldung entsprechend erhöht und das Heilverfahren verbessert werden. Die dadurch entstehenden Mehrkosten hat die Regierung auf 190,5 Millionen veranschlagt. Der Ausschuss schlägt eine Reihe von Verbesserungen über die Regierungsvorlage hinaus vor.

Abg. Frau Reiche (Soz.):

Die Vorlage der Regierung bringt zwar für die Kriegsbeschädigten einige Verbesserungen, aber an den bestehenden Rechtsvorschriften wird nur wenig geändert. Der teilweise Einbau der Zulagen ist ein begrüßenswerter Fortschritt. Er wäre erst vollkommen geworden, wenn die Art der Sozialdemokratie auf die Zusammenfassung der Rente mit den Zulagen, auf den Einbau der Zulagen und der Ausgleichszulage angenommen worden wäre. Nach der Fassung vom Jahre 1926 beziehen 15 Prozent der Kriegsbeschädigten keine Ausgleichszulage, 83,9 Prozent beziehen eine solche und nur 1,1 Prozent eine erhöhte Ausgleichszulage. (Hört, hört! bei den Soz.)

Soziale Gerechtigkeit tut gerade den Kriegssopfern gegenüber not. Aber daran fehlt es.

Für 1927 sind im Durchschnitt für einen Offizier des alten Heeres an Pensionen je 4367 Mark veranschlagt worden, für den Kriegsbeschädigten des Mannschaftsstandes ohne Zulagenrente ist aber im Durchschnitt nur eine Jahresrente von 395 Mark vorgesehen. (Beifall bei den Soz.) Die Durchschnittsrente der Hinterbliebenen beträgt einschließlich der Zulagenrente rund 730 Mark jährlich, die Durchschnittspension der Offiziershinterbliebenen dagegen 2515 Mark. (Hört, hört!)

Die Behandlung der Hinterbliebenen steht zu dem § 87 des Versorgungsgesetzes in Widerspruch, denn die Erhöhung der Hinterbliebenenrente entspricht nicht der Besserstellung der vergleichbaren Gruppen der neuen Beamtenbesoldung.

Der klare Wortlaut dieses Paragraphen wird durch die Umgestaltung des Begriffs der Vollrente umgangen. Es ist behauptet worden, daß die hohen Bezüge der Witwen in ihrer Umgebung Mitleid erregt hätten. Hat man je etwa davon gehört, daß die hohen Pensionen der Offiziere und ihrer Hinterbliebenen solches Mitleid erregt hätten? Eine solche Behandlung der Kriegswitwen muß tiefste Erbitterung hervorrufen. Wir halten die einheitliche Rente für das Zweckmäßigste und wünschen den Einbau der Zulagenrenten. Kriegswitwen aller Stände führen über die rigide Durchführung der Bestimmungen lebhaft Klage. Durch den Entzug der Zulagenrente kann man die Arbeitsfreude nicht haben. Man zu der Frage der

Heilbehandlung der Hinterbliebenen.

Auf diesem Gebiet ist unbedingt eine Besserung und eine Vereinfachung notwendig. Sie muß auch eine vorbeugende Gesundheitsfürsorge enthalten. Unter der Verschiedenheit der Richtungen in der Frage der Heilbehandlung haben am meisten die Hinterbliebenen auf dem Bande zu leiden. Bedauerlich ist, daß die Regierung den seit langem gemäßen Ueberblick über den Stand der Heilverföhrung noch nicht gegeben hat. Die Prüfung der Bedürftigkeit muß weiterbilden. Diese fortwährenden Prüfungen gehen schon seit dem Tage, an dem der Ernährer zum Kriegsdienst eingezogen worden ist. Es ist ein ganz unzumutbarer Zustand, daß die Heilbehandlung der Hinterbliebenen unter Vormundschaft gestellt wird. Sehr viel könnten die Frauen für die Verbesserung der Versorgung leisten. Wenn nur die Frauen wollen, dann ist ihr Einfluß nicht gering. Erst gestern haben wir erlebt, daß drei weibliche Mitglieder der Regierungsparteien beinahe die Regierungskoalition gesprengt hätten. Und warum? Weil die eine dem sozialen Gedanken mehr Geltung verschaffen wollte. Die unsoziale Behandlung der Kriegerhinterbliebenen sollte der gesamten Frauenwelt Veranlassung sein, sich mehr als bisher um soziale und wirtschaftliche Dinge zu kümmern, nur dann werden die Frauen sich in der Gesetzgebung durchsetzen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Krahne (Z.) führt aus, daß die Erfüllung weiterer berechtigter Wünsche durch die ungünstige Finanzlage unmöglich gemacht worden sei.

Abg. Hülfert (Dnat.) behauptet, man werde auf absehbare Zeit immer vor einer unlöslichen Aufgabe stehen, wie die große Zahl der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen bei der ungeheuren finanziellen Belastung Deutschlands versorgt werden könne. Die Novelle biete zu einer Agitation gegen die Regierungsparteien keinen Anlaß.

Abg. Thiel (D. Vp.) hält eine schematische Gleichstellung der Versorgungsberechtigten mit den Sozialrentnern für unmöglich. Bei der großen Zahl der Kriegssopfer könne man nicht alle Wünsche erfüllen.

Reichsarbeitsminister Brauns:

Ich habe starke Bedenken gegen die Einführung von Sterbegeldern für die Kriegerhinterbliebenen. Ein Rechtsanspruch dieser Art bestehe bisher weder in der Sozialversicherung noch in der Beamtenbesoldung. Die Einführung des Sterbegeldes beim Versorgungswesen würde aber zu ähnlichen Forderungen auf anderen Gebieten führen, zumal heute schon einige Beamtenverbände solche Ansprüche angemeldet hätten. Das Sterbegeld würde auch Personen zugute kommen, die in keinem näheren Verhältnis zu dem Kriegsgeschehen gestanden hätten. Er bitte dringend, diesen Beschluß des Ausschusses abzulehnen. (Hört, hört! bei der Opposition.)

Abg. Spater (Dem.) begründet einen Antrag, monach den Kriegerhinterbliebenen die Heilbehandlung obligatorisch gewährt werden soll. Er verlangt die Aufrechterhaltung des vom Ausschuss beschlossenen Sterbegeldes.

Abg. Weber-Düsseldorf (Komm.) führt aus, wenn man Geld habe für die entthronten Fürsten, für die Ruhrindustriellen, für überflüssige Rüstungen und für die überhoch bezahlten hohen Beamten, dann sollte auch Geld für eine bessere Versorgung der Kriegssopfer vorhanden sein.

Nach weiteren Reden der Führer von Splittterparteien begründet Abg. Frau Anforge (Soz.) einen sozialdemokratischen Antrag auf Verbesserung der Elternbeihilfe. Sie verweist u. a. darauf, daß es Blumen gibt, die mehrere Söhne im Krieg verloren haben, ihnen muß jetzt durch ausreichende Versorgung die Möglichkeit gegeben werden, die Erziehung der ihnen verbliebenen Kinder durchzuführen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Passelt (Soz.): Die Lage der Versorgungsanwärter läßt nach immer noch zu wünschen übrig. Die Sozialdemokratie fragt die Regierung, ob und wann sie endlich ein soziales und einheitliches Versorgungsgesetz für diese Anwärter vorlegen will. Bei der jetzigen Vorlage würden sie am schlechtesten behandelt werden. Es muß jetzt das soziale Unrecht aufgemacht werden, das bisher an ihnen begangen wurde, insbesondere wenn man damit vergleicht, wie die Offiziere in dieser Beziehung behandelt werden. Der Redner begründet den sozialdemokratischen Antrag, monach der Betrag für Erziehungshilfen auf 25 Millionen Mark erhöht wird. (Beifall bei den Soz.)

19 Stimmen für die Regierung!

Ueber den Ausschussbeschluß auf Gewährung eines Sterbegeldes, den die Regierung ablehnt, wird namentlich abgestimmt. 385 Abgeordnete stimmen dafür, 19 Abgeordnete dagegen. Es waren vor allem die Mitglieder des Reichstagslinks und einige Zentrumsabgeordnete, die für die Regierungsvorlage eintraten. Der Ausschussbeschluß ist also angenommen.

Das Gesetz wird schließlich unter Ablehnung aller Abänderungsanträge in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Protest der Sozialdemokratie.

Vor der Schlussabstimmung gibt Abg. Rohmann (Soz.) folgende Erklärung ab:

Die Sozialdemokratische Fraktion stellt mit Bedauern fest, daß die 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz die Wünsche der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, die auch vom Reichstag seit langem als berechtigt anerkannt worden sind, im wesentlichen Umfang unerfüllt läßt. Der Einbau der Zulagenrente in die Grundrente wird in ganz unzulänglicher Weise durchgeführt. Die Folge ist, daß auch nach der Verabschiedung der Novelle Zehntausende von Kriegsbeschädigten

nicht einmal die Rentenbezüge erhalten, auf die bei Kriegsausbruch ein Rechtsanspruch bestand.

Zum schärfsten Widerspruch fordert die Behandlung heraus, die den Witwen, Waisen und Kriegerwitwen durch den Entwurf widerfährt. Die gesetzliche Garantie, daß die Bezüge der Kriegssopfer im gleichen Ausmaße wie die Bezüge für die Beamten erhöht werden müssen, ist durch die Novelle für die Hinterbliebenen ausdrücklich aufgehoben worden. Diese Maßnahme hat in Verbindung mit einer Verringerung des Bezuges der Grundrente zu dem Ergebnis geführt, daß die Kriegerwitwen nur eine Erhöhung von 6 Prozent, die Witwen in der Regel eine Erhöhung von 10 Prozent erhalten, während die Erhöhung für die vergleichbaren Beamtengruppen durchschnittlich 20 Prozent der Gesamtbezüge beträgt. Der für diese rückwärtsgehende Maßnahme geltend gemachte Grund, daß Uebersteigerungen mit dem mutmaßlichen Einkommen des verstorbenen Ernährers der Familie vermieden werden müßten, hört sich seltsam an aus dem Munde einer Regierung, die zusammen mit der hinter ihr stehenden Mehrheit des Reichstags es ablehnt, einer Begrenzung der Pensionen auf 12 000 RM. im Jahre zuzustimmen und in eine beschlossene Kürzung der Pensionsbezüge zu willigen, die neben Privateinkommen von durchschnittlich 8000 RM. im Jahre gezahlt werden.

Der von den Kriegswitwen seit Jahren geforderte Rechtsanspruch auf Heilbehandlung wird ihnen auch jetzt nicht vorerhalten. Dasselbe gilt von dem berechtigten Wunsch nach einer einheitlichen Rente für alle Witwen. Diese Zurücksetzung der Hinterbliebenen hat in den Kreisen der Beteiligten mit Recht eine starke Verstimmung hervorgerufen.

Die sozialdemokratische Vertretung ist im Ausschuss mit allen Kräften bemüht gewesen, den Gesetzentwurf zu verbessern. Leider hat sie in ihrem Bemühen bei den Regierungsparteien nur in ganz bescheidenem Maße und in verhältnismäßig untergeordneten Fragen Entgegenkommen gefunden. Selbst eine gesetzliche Regelung der Versorgung der Eltern, die den einzigen Sohn oder mehrere Söhne durch den Krieg verloren haben, ist abgelehnt worden. Die mangelhaften Anträge, die von der Sozialdemokratischen Fraktion dem Pleum unterbreitet wurden, würden auch bei sehr gespannter Finanzlage den Reichshaushalt nicht aus dem Gleichgewicht bringen können. Sie sind trotzdem unterschiedslos von den Regierungsparteien abgelehnt worden. Die Regierungsvorlage trägt die volle Verantwortung dafür, daß die 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz infolge ihres unzulänglichen Gehalts nicht die Befriedigung und die Beruhigung bei den Kriegssopfern hervorruft, die auch die Sozialdemokratie als das Ziel eines neuen gesetzgeberischen Vorgehens auf dem Gebiete der Reichsversorgung gewünscht hätte.

Wenn die Sozialdemokratische Fraktion der Novelle in der Schlussabstimmung gleichwohl die Zustimmung gibt, so geschieht es im Hinblick auf die Tatsache, daß die soziale Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen leider eine so schlechte ist, daß ihnen gegenüber eine Ablehnung selbst sehr beschleunigter Verbesserungen nicht verantwortet werden kann.

Nachher verliest noch der kommunistische Abg. Weber-Düsseldorf eine außerordentlich lange Erklärung.

Präsident Löbe bemerkt dazu, daß derartig lange Erklärungen die neue Angriffe auf andere Parteien enthalten, künftig nicht mehr zugelassen werden könnten. Eine Erwiderung darauf könne nicht mehr erfolgen, da die Debatte bereits geschlossen sei. Die anderen Parteien würden dadurch benachteiligt.

Dannmehr werden die Abstimmungen über die Entschlüsse zum Beschäftigungsgesetz nachgeholt.

Eine sozialdemokratische Entschließung, monach den Reichsarbeitern sofort eine den Tarifverhältnissen entsprechende Lohn-erhöhung gewährt werden soll, wird abgelehnt, dagegen eine Entschließung der Regierungsparteien angenommen, worin die Gewährung von örtlichen Zulagen unter Aufrechterhaltung des bestehenden Tarifvertrages bestimmt wird.

Um 20½ Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag, 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Verlängerung der Mietschutzgesetzgebung, Kraftfahrzeugsteuerreform, 1. Beratung des Kriegsbeschädigtenversicherungsgesetzes, deutsch-dänisches Abkommen über Zoll-erleichterungen.



Ein schönes, gutes und preiswertes Fest-Geschenk.

Machen Sie Gebrauch von unseren Mercedes-Präsentkarten!

MERCEDES

Neu eröffnet: Königstr. 53-54 gegenüber dem Rathaus Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 54a

Großer Weihnachts-Verkauf

Sonntag von 2-6 Uhr geöffnet!

Wir haben für jeden Kunden eine Weihnachtsüberraschung, Kinder in Begleitung ihrer Angehörigen erhalten ein schönes Spielzeug.



AUF Teilzahlung IN RATEN ohne Preisauflschlag

Unsere Abteilung Herren-Konfektion

bietet Ihnen eine Auswahl, die Sie überraschen wird

Herren-Ulster

neue Fassons

mit Rückengurt und breitem Rundgurt, gute, mollige Stoffe

34.- 42.- 48.- 55.- 60.- 64.- 68.- 75.- 82.- 90.- bis 125 M.

Herren-Paletots

1- und 2reihig

u. Rock-Paletots aus guten Eskimostoffen

45.- 58.- 65.- 72.- 78.- 88.- 92.- 98.- 105.- bis 115 M.

Herren-Sakko-Anzüge

1- u. 2reihig

aus Cheviot, Melton, Gabardine, Kammgarn

28.- 34.- 38.- 45.- 55.- 65.- 72.- 85.- 92.- 98.- bis 130 M.

Herren-Sport-, Tanz-, Smoking-, Frack-Anzüge, Burschen-, Jünglings-, Kinder- und Kieler-Anzüge Burschen-, Jünglings-, Kinder-Paletots und Pyjacks, Gummi- und Loden-Mäntel - Windjacken - Joppen - Tanz-, Streifen, Brecheshosen, Berufs- und Arbeiter-Kleidung

Herren-Gebpelze Herren-Sportpelze

Schuhwaren

für Damen und Herren in einfacher und Luxusausführung in großer Auswahl
Arbeitsstiefel / Kamelhaarschuhe

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Wollwaren, Baumwollwaren, Inletts, Leibwäsche, Bettwäsche, Tischwäsche, Hauswäsche, Frotteewäsche, Oberhemden, Trikots, Wollwaren, Schlafdecken



Der elegante reinwollene Velour-Mantel kostet nur Mk. 29,50

Der kleidliche Rockpaletot kostet nur Mk. 62,-

Der reinwollene Rips-Mantel reich mit Seal-Electric befezt, wie Bild zeigt nur Mk. 95,-

Unsere Abteilung Damen-Konfektion

bringt Ihnen stets die letzten Neuheiten

Damen- u. Backfisch-Mäntel

aus Eskimo, Velours, Rips, Ottoman und englischen Stoffen

18.- 21.- 27.- 33.- 38.- 45.- 55.- 65.- 75.- 83.- 90.- bis 150.- M.

Seal-, Plüsch-, Astrach.-Mäntel

ganz auf Damassé gefüttert, auch in großen Weiten

60.- 68.- 72.- 78.- 84.- 88.- 95.- 98.- 105.- bis 125.- M.

Entzückende Wollkleider

mit langem Arm, aus Popeline, Wollrips, Kascha, Crêpe-Caid

6.- 8.- 9.50 11.50 13.75 16.50 19.50 23.- 26.- 30.- bis 55.- M.

Seiden-Kleider für Straße, Tanz u. Gesellschaft

aus Taffet, Crêpe de Chine, Veloutine, Crêpe Georgette

12.75 16.50 19.50 23.- 27.- 32.- 36.- 39.- 42.- bis 95.- M.

Frauen-Mäntel und -Kleider in großen Weiten / Kinder- und Maid-Mäntel in allen Längen / Kostüme, Damen-Gummi- und Trench-Coat-Mäntel

Pelz-Mäntel / Pelz-Jacken

Strickkleider / Strickwesten
Strickkostüme / Pullover
Sportjacken / Lumberjacks

Teppiche, Vorlagen, Brücken

Teppiche in Haargarn, Bouclé, Velours, Axminster, Wollpuser, Größe ca. 130/200, 170/240, 200 300, 225/325, 250/350, 300/400

Chaiselongsdecken / Tischdecken
Steppdecken / Wandbehänge
Künstler-Gardinen / Halbstores
in engl. Tüll, Madras, Elanle / engl. Tüll, Elanle
Gardinenstoffe / Madrasstoffe / Bouleauxstoffe

KAUFHAUS

Modern

IM OSTEN:
Große Frankfurter Str.101
Ecke Krautstr. Am Straußbergerpl.

IM SÜDEN:
Kottbuserdamm 72
Ecke Lenaufstr. Nähe Hermannpl.

Der Junge und seine Lehrer.

Von Sigmund Morley.

Ich habe einen kleinen Tölvling, der mir als Erbschaft zugefallen ist, da er Vater und Mutter verloren hat. Er ist ein sehr lieber kleiner Junge, viel zu klein noch dazu, um zu begreifen, wie ein Schicksalschlag es ist, verworren zu sein, und sein Blut wässert, sein kleines Gehirn arbeitet prächtig, das Leben tobt in ihm.

Ich gab ihn in ein Erziehungsinstitut in der Nähe von Budapest und sein Zeugnis wies gleich im ersten Halbjahr lauter Einser auf. Er wohnte dort im Internat und ich war bezüglich seines Loses etwas beruhigt.

Was geschieht aber? Plötzlich, zu Ostern, bekomme ich ein Mahnschreiben.

Ich wurde sehr betroffen und fuhr sofort zu ihm hinaus.

Vor allem ging ich in das Internat. Ich fragte die Aufsichtsdame, wie sich das Kind aufführte, ob es nicht lernt? „Oh, es lernt sehr fleißig.“ Und es kann doch nicht die Aufgaben? „Kartürlich kann es sie!“ Dann liegt also gegen kein stilles Betragen etwas vor? „Durchaus nicht, es ist ein sehr liebes Kind, ein jeder hat es gern.“

Ich verstand nicht die Sache. Wenn er sich im Internat brav aufführt, was macht er in der Schule? Ich gehe also dorthin und suche seinen Professor auf:

„Ich bitte, Herr Professor, warum hat mein kleiner Tölvling ein Mahnschreiben bekommen?“

Der Professor schaut mich an und sagt sehr aufgeregt: „Da, der Heiser? ... Ich habe kein anderes Zuchtmittel, deshalb habe ich den Eltern ein Mahnschreiben geschickt.“

„Warum nennen Sie ihn, Herr Professor, ‚der Heiser‘, frage ich etwas gereizt. Ich habe es nicht gern, wenn meinen kleinen Jungen, das kleine Waisenkind, sein Professor mit einem Spottnamen erwähnt.“

Es stellt sich heraus, daß mein kleiner Junge einmal am Ende der Stunde, als gelaunt wurde, einen lauten Pfiff ausstieß. Vor Freude, frei zu sein.

Und der Professor nahm ihm das übel.

„Über um Himmels Willen, im Internat, wo er die ganze Nacht und den größten Teil des Tages verbringt, ist man mit ihm zufrieden; ist es denn nötig, ein sechsjähriges Kind wegen eines Pfiffs in der Schule gleich so zu disziplinieren?“

„Bitte, ich bin kein leichtfertiger Mensch,“ sagte der Professor ganz außer sich, und seine Stimme schmettert, wie die eines Korporals. „Ich hegte die Hoffnung, daß seine Moralität, angesichts seines Alters, noch nicht sehr verdorben sein könne und ich behielt ihn zwei Wochen lang im Auge. Ich beschloß, aus ihm einen anständigen Menschen zu machen. Und nach zwei Wochen hielt ich halt, daß er noch tröglicher war als in der ersten Minute. ... Er weinte. ... die Tränen rannen ihm aus den Augen. ... und als ich ihm sagte, deshalb brauchst du nicht zu weinen, sondern bedanke dich, da antwortete er mir tropig: ‚Ich weine nicht.‘ Da, erst nach diesem, schickte ich das Mahnschreiben.“

Ich betrachtete den Professor. Und ich erinnerte mich an meine eigene Jugend. Es ist schrecklich, wenn sich ein Professor mit seiner ganzen Energie auf den Studenten wirft und es gibt keinen noch so vorzüglichen Studenten, dem er nicht in jener Minute ein Ungenügen ausbitten könnte, wann er will. Auch mir ist mein Lateinprofessor gegenüber gestanden und seine Nase war einen Zentimeter von der meinen entfernt und er vergrub seine großen, braunen Augen in die meinen und von seinem nach Tabak riechenden Atem wurde es mir fast übel; und warum tat er das? Ich hatte mich nicht vorbereitet. Und er wollte beweisen, daß ich mich nicht vorbereitet habe. Und anstatt das unter einem Augenblick festzustellen und mich mit mannhafter Überlegenheit zu entlassen, martierte er mich so lange, bis er es nicht, vor der ganzen Klasse befähigt hatte, daß ich den Einser nicht verliere, auch nicht den Zweier und auch nicht den Dreier. Daß ich gar nichts verdiene. Nachdem ich aber in der Schule einen guten Namen hatte und ein Ansehen genoss und er gezwungen war, mir den Zweier, so sogar einen Einser zu geben, denn von der Tagesaufgabe abgesehen stand mein allgemeines Lateinfähigen hoch über das der Klasse, rächte er sich an mir wenigstens dadurch, daß er meine Ehre zerzauste. Es war ein Duell.

Und wie ich diesen harten kleinen Professor betrachtete, wurde ich über das Schicksal meines kleinen Tölvlingens entsetzt: Wie lange wird ein sechsjähriges Kind diesen Kampf mit einem Erwachsenen aushalten?

„Ich danke, Herr Professor, für die Aufklärung; ich erkläre Ihnen aber, daß, wenn ein sechsjähriges Kind soviel seelische Kraft, soviel Mannhaftigkeit besitzt, um einen Professor selbst nach dessen zweifelhafter ‚Mahnung‘, wenn es meint, zu erklären, daß es nicht weint, dann ist in diesem Kinde irgendein edles Material enthalten. Gut, daß Sie mich darauf aufmerksam machen; ich werde alles mögliche tun, damit es aus ihm nicht verschwinde, dieses Metall und dieses Stählernes.“

Der Professor schaute mich mit hartem Ernst an und ich dachte bei mir: Ein Mensch, der nicht lächeln kann, dürfte eigentlich gar nicht den Beruf eines Professors ausüben.

Ich nahm das Kind aus dem Internat hinaus und gab es in eine andere Stadt, in ein anderes Institut. Die ruinierte Ehre ist auch im Leben schwer wieder in Ordnung zu bringen, in der Schule aber schon ganz unmöglich. Das Kind steht dem Professor als unerfahrener, ungeübter Schüler gegenüber und bei jeder einzelnen Antwort geht der Kampf auf „Blut“.

Bereits nach zwei Wochen ging ich mich erkundigen, wie es sich aufhält.

Der Direktor ist ein lieber, freundlicher Herr. Als er erfährt, nach wem ich mich erkundige, leuchtet sein Gesicht auf:

„Der kleine Junge? Das ist ein sehr originelles, liebes Kind. Als ich das erstemal in die Klasse kam, sprang er von seinem Platz auf, lief zu mir, umarmte und küßte mich. Ich fragte, wer denn dieses so zugängliche Kind sei? Die Lehrerin erzählte, daß es auch sie damit überraschte, daß es ihr um den Hals fiel und sie küßte. Freilich, die kleinen Buben sind eher mürrisch und furchtsam, und sie freuen sich, wenn sie unbeweglich in der Bank sitzen. Wir müssen sie an uns gewöhnen.“

Ich betrachtete voll Liebe den Direktor; ja, diesen Ton wünschte ich von einem Kindererzieher zu vernehmen.

Ich selbst bin demselben, leider, während meiner ganzen Schulzeit nicht begegnet. Wenn ich an die vielen Schulen zurückdenke, die ich besucht habe, dann sehe ich überall nur harte, schulmeisternde und strafende Blicke. Zusammengezogene Augenbrauen; aus den

Läseln hervorgeholte schreckliche Rotzbücher; während des Antwortens einen böswillig zuhörenden Professor; immer der müde, verdrießliche, zerstreute Begner, der „Herr Professor“, der Achtung verlangt und erwartet, daß man ihn schon von weitem mit gezogenem Hute begrüße.

Der Direktor sagt:

„Das Kind grüßt immer so: ‚Ergebenster Diener! Ich sage zu ihm: ‚Schau, mein kleiner Junge, hast du nicht gehört, daß mich hier ein jeder so grüßt: ‚Küß die Hand?‘ — O ja! — ‚Warum grüßest also nicht auch du so?‘ Darauf erwidert er mir ernst, mutig: ‚Herr Direktor, ich weiß, daß ein jeder so grüßt; ich werde aber auch künftig nicht so grüßen.‘ — ‚Warum?‘ — ‚Darum, weil mir die Frauen so grüßen: küß die Hand. Aber wir Männer werden einander doch nicht so begrüßen?‘ ...“

Der Direktor lachte laut, und auch ich lachte. Aber in meinen Augen schloß ich die Wärme einer Träne. Vielleicht wäre aus mir ein anderer Mensch geworden, wenn auch ich jemals, zur Zeit der Empfänglichkeit des kindlichen Herzens, einer so warmen, verständigen Seele begegnet wäre. ... Ich aber bin im Leben durch einen schrecklich schweren Kampf hindurchgegangen; voller Entsetzen denke ich daran, wenn ich auch nur für einen Tag ins Studentenalter zurückkehren müßte.

Run freilich, nur daß ich nicht solch ein herziges kleines Kind war, obzwar auch ich irgendein war. ... Wie war ich denn nur? ... Ich war kein Junge, der zu pfeifen wagte; ich war ein erschrockenes kleines Kind, ein Opfer der alten Erziehungslehre, das trotzig und köstlich ins Leben hinaustrat und die Strenge des Schicksals mit müder Auflehnung entgegennahm, wie ein umerktes Professorsfall. ... Und ich kann tatsächlich auch heute noch nicht für das Ziel kämpfen, sondern nur leiden und das Recht abwarten.

(Berechtigter Uebersetzer von Franziska Wegerl.)

Das Flugzeug des täglichen Verkehrs.

Wenn die Welt heute nicht von Katastrophen spricht, so spricht sie vom Flugzeug. Das Jahr 1927 wird in der Geschichte als das Jahr der Popularisierung des Flugzeuges fortleben. In allen Ländern ist mit einem Schlage das Interesse für die Fliegerei erwacht, und selbst die Jäger, die noch vor wenigen Jahren abseits standen, glauben heute an die selbstsamen und unwahrscheinlichsten Flugprojekte.

Nur eine Art des Fliegens wurde bisher außerordentlich fliegelmäßig behandelt. Es heißt nämlich an Amateurliegern. Man hält das Denken des Flugzeuges für eine so ungeheuerliche Kunst, daß sie für den normalen Sterblichen überhaupt nicht in Frage kommt. So kommt es, daß man in Deutschland zum Beispiel die Besitzer eigener Flugzeuge fast an fünf Fingern herabzählen kann. Es sind sechs oder sieben, die sich neben ihrem Auto ein Flugzeug leisten. Das Haupthindernis ist offenbar die noch stark rückständige Bodenorganisation, das Fehlen günstiger Flugplätze, durch das

jeder Anreiz zur schnellen Erledigung einer Reise im eigenen Flugzeug vereitelt wird.

Das wird nun auch mit der Zeit anders werden. Das Reichsverkehrsministerium, dem auch die Luftfahrt untersteht, hat im Hinblick auf den sich entwickelnden privaten Luftverkehr Vorkehrungen für eine Verbesserung der Bodenorganisation getroffen, die sich schon in den nächsten Jahren auswirken wird.

Feht nur noch das billige Kleinflugzeug. Aber auch hier steht schneller Wandel bevor. Die englische Flugzeugindustrie ist diesmal bahnbrechend. Die englischen Kleinflugzeuge, die sogenannten „Motten“, haben außerordentlich günstige Erfolge aufzuweisen. Fast täglich wird der Höhenrekord verbessert, der heute schon die Grenze der Rekorde der Groß- und Normalflugzeuge erreicht und über 8000 Metern liegt. Täglich fast kommen neue Nachrichten über Langstreckenflüge, die die außerordentliche Leistungsfähigkeit dieser Kleinflugzeuge beweisen. Auch die deutsche Flugzeugindustrie hat sich inzwischen dem Kleinflugzeug zugewandt und ihm größere Aufmerksamkeit geschenkt als bisher. Die Kleinflugzeuge verfügen im allgemeinen über Rotoren von etwa 20 PS, d. h. über gewöhnliche Automotoren. Ihr Preis beträgt allerdings noch immer fast 10000 Mark. Sobald aber erst genügend Erfahrungen mit den Kleinflugzeugen gesammelt sind, wird man mit dem Typenbau beginnen können. Die Folge ist dann eine ganz bedeutende Preis- senkung.

In Amerika hat Ford, der Vater des billigen Automobils, sich bereits der Produktion leichter Serienflugzeuge zugewandt. Seit längerer Zeit werden in den Ford'schen Fabriken die Vorarbeiten für das Kleinflugzeug gefördert. Ford selber hat kürzlich in der amerikanischen Presse über seine Pläne mit diesem Kleinflugzeug folgende Ausführungen gemacht:

Zurzeit bauen wir (in den Ford-Fabriken) noch keine Flugzeuge, denn wir experimentieren noch, um festzustellen, wie am besten ein Flugzeug gebaut wird, dessen Leistung nicht mehr Geschwindigkeit fordert, als das Denken eines Autos. Das Flugzeug soll so billig produziert und verkauft werden, daß der breiten Masse die Anschaffung durchaus möglich ist. Das Flugzeug soll auch in unerfahrenen Händen vollkommen betriebstüchtig sein. Wir gehen nur langsam vorwärts, doch immer noch schneller, als bei der Entwicklung des Automobilsprogramms. Der Weg vom Auto zum Flugzeug ist nicht so weit und beschwerlich, wie der Übergang vom Pferdewagen zum Auto. In erster Linie kommt es überhaupt nur auf das Problem der Sicherheit des Flugzeuges an.

Folgende Richtlinien haben wir uns selbst gegeben: 1. Die Schaffung einer vollkommen feuerfesten und zuverlässigen Konstruktion, die jeder Wetterlage gewachsen ist. 2. Der Bau einer Motorenanlage, die niemals ausfällt. Die Sicherheit der Rotorenanlage soll durch Einbau mehrerer Rotore erhöht werden. 3. Die Erreichung einer Geschwindigkeit von 170 Kilometern in der Stunde, bei voller Belastung mit nur 75 Proz. der Motorenleistung. 4. Der Führer soll ganz vorn angebracht werden, um bei dem zu erwartenden starken Flugwiderstand dem Führer ungehindert Sicht zu gewährleisten. 5. Die Ermöglichung einer Zulast von 2 Kilogramm je PS mit Brennstoff für sechs Stunden, 6. die Möglichkeit, täglich 20 Stunden in der Luft zu fliegen.

Nach Ansicht von Ford wird das Flugzeug in nicht zu langer Zeit ebenso zu unserem Leben gehören, wie heute das Auto.

Blutungen ohne religiöse Ekstase.

Vorfürungen des schlesischen Bergmannes Paul Diebel.

Im Konnerstuch ist es still geworden. Auch die voraussetzungslos, verdienstlos empfindliche Beurteilung des Gleitwiger Redakteurs, der dem tranken Bauerumdrücken ein uneheliches Kind nachgesetzt hat, wird ihren Ruhm nicht aufzufrischen können. Medizinisch ist der Fall Konnerstuch endgültig begraben worden durch den Artikel des Erlanger Psychiaters Ewald in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ vom 18. November. Menschlich betrachtet wird der Fall zu Ende sein, wenn die Kranke, trotz des Widerstandes ihrer Umgebung, in einem Krankenhaus von ihren religiösen Zwangsvorstellungen befreit wird. Aber der Fall Konnerstuch hat auch eine öffentliche Bedeutung. Hier wurde unter wohlwollender Duldung des Klerus mit Mitteln antiquierter Heilglaubens versucht, den suggestiblen Massen ein göttliches Wunder vorzutäuschen. Auch heute noch, nachdem die medizinische Wissenschaft längst festgestellt hat, daß es sich bei allen an Therese Neumann beobachteten Phänomenen um zwar seltene, aber durchaus natürliche Erscheinungen auf psychogener Grundlage handelt, wird immer noch von interessierter Seite ein Fall konstruiert, der nur durch den Glauben und nicht mit der praktischen Vernunft zu verstehen sei.

Run kommt aus dem schlesischen Bergarbeiterdorf Niederhermsdorf bei Waldenburg ein einfacher Arbeiter, der alle an Therese Neumann beobachteten Erscheinungen ohne jede Zuhilfenahme religiöser oder sonstiger Ekstasen initiiert. Dieser 32jährige Arbeiter Paul Diebel, der in wenigen Tagen in Berlin öffentlich auftreten wird, initiiert nicht nur Therese, er übertrifft sie sogar.

Ein junger sympathischer bildungsreicher Mensch, der in seinen Ruhestunden ganz gute Gedichte macht und etwas unbeholfen Violine spielt. „Was soll ich Ihnen zeigen?“ fragte er unseren Berichterstatter. „Alles!“ Er entblößt seine Brust. Nach wenigen Sekunden erscheint ein großes blaurotes Kreuz auf der Haut. Buchstaben und was man sonst noch wünscht. Unser Mitarbeiter winkt ab: „Dermographie? Da haben Sie viele hundert Vorgänger. Blutungen!“ Diebel entkleidet sich und während er sich unterhält, erstreckt auf seinem Oberkörper ein dunkler Fleck. Einige Sekunden vergehen, dann tritt Blut aus der Haut! „Können Sie an jeder Stelle Ihres Körpers Blutungen erzeugen?“ Diebel antwortet mit einer Gegenfrage: „Wo soll ich bluten, Herr Doktor?“ Ich nenne Hand, Fuß, Augen und während er sich Zigaretten raucht mit mir unterhält, beginnen diese Stellen zu bluten. Während wir uns weiter unterhalten, lasse ich den Fotografen Aufnahmen machen, darunter auch die erste jemals gemachte Aufnahme von außerhalb der religiösen Ekstasen erzeugten willkürlichen Augenblutungen.

Paul Diebel oder richtiger Ein Doktor, wie er unter seinem „Künstler“-Namen bald heißen wird, kann aber nicht nur willkürlich Blutungen erzeugen, er kann sich auch Verletzungen zufügen, ohne daß Blutungen entstehen und ohne daß er Schmerzen empfindet. Er nimmt zum Beispiel einen dünnen Dolch und stößt ihn mitten durch den Arm. Manchmal trifft er den Knochen, dann muß er es noch einmal versuchen. Er hat keine Angst vor Blut-

vergiftung, — er holt irgendeinen Nagel und nagelt seinen Fuß mit kräftigen Hammerhieben an ein Brett, ohne daß ein Blutstropfen hervorquillt und ohne seinen Gesichtsausdruck auch nur im geringsten zu verändern. Dieses Experiment hat er übrigens schon vor längerer Zeit Dr. Magnus Hirschfeld und anderen vorgeführt.

Wenn man Diebel fragt, wie er das mache, dann zuckt er mit den Schultern: „Ich will eben, daß eine bestimmte Stelle blutet oder daß sie nicht blutet und dann gehorcht mein Körper. Irigentlich Schmerzen empfinde ich nicht dabei, nur halberher eine gewisse Anspannung. Woher diese Fähigkeit kommt, weiß ich nicht. Ich habe sie überhaupt nur durch einen Zufall erlangt. Vor Jahren, als ich in russischer Kriegsgefangenschaft war, beging ich durch Ausschneiden der Pulsadern einen Selbstmordversuch. Aber dann packte mich auf einmal wieder die Lebenslust und dieser Wille zum Nicht-Verbluten war so stark, daß die Blutung auf einmal stand. Später in Deutschland habe ich diese Fähigkeit planmäßig weiterentwickelt. Auf das Erzeugen von Blutungen kam ich erst, als ich Therese Neumann gesehen habe. Die Stigmata an Händen und Füßen willkürlich zu produzieren, gelang mir bald. Das Schwierigste waren die Augenblutungen. Das kann ich erst seit acht Tagen.“

Paul Diebel, auch nach dem Urteil bekannter Aerzte, wie Sanitätsrat Hirschfeld, Berlin und Dr. Prager, Breslau, ein durchaus unghysterischer, ungewöhnlich klarer und aufrichtiger Mensch, precht nicht. Alle Angaben über seinen Entwicklungsgang stimmen. Die breite Narbe von dem Selbstmordversuch ist heute noch zu sehen, und schließlich sind seine Experimente und die Bereitwilligkeit, mit der er sich dabei kontrollieren läßt, der beste Beweis. Er initiiert nicht nur Therese von Konnerstuch, sondern er übertrifft sie bei weitem. Doch er sich überhaupt mit diesen Experimenten beschäftigt, geschieht nicht aus irgendeinem Geltungsdrang heraus, sondern weil er seine materielle Lage verbessern will und weil er ein gewissermaßen unpersonelles Interesse an den selteneren Fähigkeiten seines Körpers hat. Denn diese Fähigkeiten sind nur selten, sie sind ebensoviele wie die Therese Neumanns übernatürlich. Aber dadurch, daß Diebel dieselben Erscheinungen, die alle 63 mehr oder minder echten Stigmatisierten der katholischen Kirche von Franz von Assisi bis zu Therese von Konnerstuch hervorbrachten, ohne religiöse Brütenfessionen unter der Kontrolle des Arztes produziert, hat er der Wissenschaft einen unschätzbaren Dienst geleistet. Wenn wir seine Fähigkeiten vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes betrachten, so unterscheiden sie sich nur graduell von den alltäglichen Leistungen unseres eigenen Körpers. Gerade die Haut steht ja in besonders engen Beziehungen zum Nervensystem. Und wenn wir z. B. unter dem Einfluß einer Stimmungserregung plötzlich erblinden oder erröten, so ist es eigentlich das Gleiche wie wenn Paul Diebel seiner Haut und seinen Blutgefäßen befehligt, zu bluten oder nicht zu bluten. Hoffentlich wird das öffentliche Auftreten Diebels es für alle Zeiten unmöglich machen, daß allzu Leichtgläubige in zwar seltenen aber durchaus natürlichen Erscheinungen des menschlichen Körpers göttliche Wunder sehen. Wenn wir so wollen, ist unser ganzes Leben ein Wunder, und alle seine Neugierungen sind gleich wunderbar.

